ARK-Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Wiedergutmachung":
Übersicht über die Überlieferung und Rechtsgrundlagen zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Bundesrepublik Deutschland in den staatlichen Archiven

Düsseldorf, 2010

Impressum:
Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Wiedergutmachung“
Redaktion: Dr. Christoph Schmidt, Sebastian Geßmann
Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Fachbereich Grundsätze
Stand: 27.1.2010

Status: abgestimmt

Kontakt (AG-Leitung):
Dr. Christoph Schmidt
Graf-Adolf-Str. 67
40210 Düsseldorf
Tel.: 0211 159 238 208
Fax: 0211 159 238 222
Mail: christoph.schmidt@lav.nrw.de

1 Inhalt

1 Inhalt ... 3
2 Einleitung ... 7
3 Dokumentation der Wiedergutmachungsüberlieferung: Entschädigung ... 10
3.1 Bundesarchiv ... 10
3.2 Baden-Württemberg ... 12
3.2.1 Hauptstaatsarchiv Stuttgart ... 12
3.2.2 Generallandesarchiv Kralsruhe ... 13
3.2.2.1 Behörden ... 13
3.2.2.2 Gerichte ... 14
3.2.3 Staatsarchiv Freiburg ... 15
3.2.3.1 Behörden ... 15
3.2.3.2 Gerichte ... 18
3.2.4 Staatsarchiv Ludwigsburg ... 19
3.2.5 Staatsarchiv Sigmaringen ... 20
3.2.5.1 Oberste Landesbehörden ... 20
3.2.5.2 Behörden ... 22
3.2.5.3 Gerichte ... 23
3.3 Bayern ... 25
3.3.1 Bayerisches Hauptstaatsarchiv München ... 25
3.3.1.1 Ministerien ... 25
3.3.1.2 Behörden ... 27
3.3.1.3 Gerichte ... 28
3.3.2 Staatsarchiv München ... 29
3.4 Landesarchiv Berlin ... 30
3.4.1 Behörden ... 30
3.4.2 Gerichte ... 32
3.5 Staatsarchiv Bremen ... 33
3.5.1 Senat ... 33
3.5.2 Behörden ... 33
3.6 Staatsarchiv Hamburg ... 35
3.6.1 Behörden ... 35
3.6.2 Gerichte ... 36
3.7 Hessen ... 37
3.7.1 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden ... 37
3.7.1.1 Oberste Landesbehörden ... 37
3.7.1.2 Behörden ... 38
3.7.1.3 Gerichte ... 40
3.8 Niedersächsisches Landesarchiv ... 41
3.8.1 Staatsarchiv Aurich ... 41

3.8.1.1 Behörden ... 41
3.8.1.2 Gerichte ... 42
3.8.2 Hauptstaatsarchiv Hannover ... 43
3.8.2.1 Ministerien ... 43
3.8.2.2 Behörden ... 44
3.8.2.3 Gerichte ... 45
3.8.3 Staatsarchiv Oldenburg ... 47
3.8.3.1 Behörden ... 47
3.8.3.2 Gerichte ... 48
3.8.4 Staatsarchiv Osnabrück ... 49
3.8.5 Staatsarchiv Stade ... 50
3.8.6 Staatsarchiv Wolfenbüttel ... 52
3.8.6.1 Behörden ... 52
3.8.6.2 Gerichte ... 53
3.9 Landesarchiv Nordrhein-Westfalen ... 54
3.9.1 Abt. Rheinland ... 54
3.9.1.1 Ministerien ... 54
3.9.1.2 Behörden ... 60
3.9.1.3 Gerichte ... 65
3.9.2 Abt. Westfalen ... 66
3.9.3 Abt. Ostwestfalen-Lippe ... 68
3.9.3.1 Behörden ... 68
3.9.3.2 Gerichte ... 69
3.10 Rheinland-Pfalz ... 70
3.10.1 Landeshauptarchiv Koblenz ... 70
3.10.1.1 Behörden ... 70
3.10.1.2 Gerichte ... 72
3.10.2 Landesarchiv Speyer ... 74
3.10.2.1 Behörden ... 74
3.10.2.2 Gerichte ... 76
3.11 Saarland ... 77
3.12 Landesarchiv Schleswig-Holstein ... 78
4 Dokumentation der Wiedergutmachungsüberlieferung: Rückerstattung / Vermögenskontrolle ... 79
4.1 Bundesarchiv ... 79
4.2 Baden-Württemberg ... 83
4.2.1 Hauptstaatsarchiv Stuttgart ... 83
4.2.2 Generallandesarchiv Karlsruhe ... 84
4.2.3 Staatsarchiv Freiburg ... 86
4.2.3.1 Behörden ... 86
4.2.3.2 Gerichte ... 88
4.2.4 Staatsarchiv Ludwigsburg ... 89
4.2.5 Staatsarchiv Sigmaringen ... 93
4.2.5.1 Oberste Landesbehörden ... 93
4.2.5.2 Gerichte ... 94
4.3 Bayern ... 95

4.3.1 Bayerisches Hauptstaatsarchiv ... 95
4.3.2 Staatsarchiv Amberg ... 96
4.3.3 Staatsarchiv Augsburg ... 99
4.3.4 Staatsarchiv Bamberg ... 101
4.3.5 Staatsarchiv Landshut ... 102
4.3.6 Staatsarchiv München ... 103
4.3.7 Staatsarchiv Nürnberg ... 107
4.3.8 Staatsarchiv Würzburg ... 110
4.4 Landesarchiv Berlin ... 113
4.5 Staatsarchiv Bremen ... 114
4.5.1 Senat ... 114
4.5.2 Behörden ... 114
4.5.3 Gerichte ... 119
4.6 Staatsarchiv Hamburg ... 120
4.6.1 Behörden ... 120
4.6.2 Gerichte ... 121
4.7 Hessen ... 122
4.7.1 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden ... 122
4.7.1.1 Behörden / Gesellschaften ... 122
4.7.1.2 Gerichte ... 126
4.8 Niedersächsisches Landesarchiv ... 127
4.8.1 Staatsarchiv Aurich ... 127
4.8.1.1 Behörden ... 127
4.8.1.2 Gerichte ... 128
4.8.2 Staatsarchiv Bückeburg ... 129
4.8.3 Hauptstaatsarchiv Hannover ... 130
4.8.3.1 Behörden ... 130
4.8.3.2 Gerichte ... 134
4.8.4 Staatsarchiv Oldenburg ... 138
4.8.4.1 Behörden ... 138
4.8.4.2 Gerichte ... 139
4.8.5 Staatsarchiv Osnabrück ... 140
4.8.5.1 Behörden ... 140
4.8.5.2 Gerichte ... 141
4.8.6 Staatsarchiv Stade ... 142
4.8.6.1 Behörden ... 142
4.8.6.2 Gerichte ... 143
4.8.7 Staatsarchiv Wolfenbüttel ... 145
4.8.7.1 Behörden ... 145
4.8.7.2 Gerichte ... 146
4.9 Landesarchiv Nordrhein-Westfalen ... 147
4.9.1 Abt. Rheinland ... 147
4.9.1.1 Behörden ... 147
4.9.1.2 Gerichte ... 147

4.9.2 Abt. Westfalen ... 153
4.9.2.1 Behörden ... 153
4.9.2.2 Gerichte ... 154
4.9.3 Abt. Ostwestfalen-Lippe ... 158
4.9.3.1 Behörden ... 158
4.9.3.2 Gerichte ... 159
4.10 Rheinland-Pfalz ... 161
4.10.1 Landeshauptarchiv Koblenz ... 161
4.10.1.1 Behörden ... 161
4.10.1.2 Gerichte ... 165
4.10.2 Landesarchiv Speyer ... 167
4.10.2.1 Behörden ... 167
4.10.2.2 Gerichte ... 173
4.11 Saarland ... 176
4.11.1 Behörden ... 176
4.11.2 Gerichte ... 177
4.12 Landesarchiv Schleswig-Holstein ... 178
4.12.1 Ministerien ... 178
4.12.2 Behörden ... 179
5 Rechtsgrundlagen des Bundes und der Länder zur Wiedergutmachung ... 180
5.1 Bund ... 180
5.2 Baden-Württemberg ... 182
5.2.1 Württemberg-Baden ... 182
5.2.2 Württemberg-Hohenzollern ... 182
5.2.3 Baden ... 183
5.2.4 Baden-Württemberg ... 183
5.3 Bayern ... 185
5.4 Berlin ... 186
5.5 Bremen ... 187
5.6 Hamburg ... 188
5.7 Hessen ... 189
5.8 Niedersachsen ... 190
5.9 Niedersachsen ... 190
5.10 Nordrhein-Westfalen ... 191
5.11 Rheinland-Pfalz ... 192
5.12 Saarland ... 193
5.13 Schleswig-Holstein ... 194

2 Einleitung

ARG-AG „Wiedergutmachung“

Das vorliegende Inventar von Beständen und Rechtsgrundlagen ist ein Nebenprodukt der Arbeiten der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Wiedergutmachung“, die im Auftrage der Archivreferentenkonferenz des Bundes und der Länder zwischen 1998 und 2009 Vorschläge für eine bundeseinheitliche Bewertung, Erschließung und Benutzung von Wiedergutmachungsunterlagen erstellte.

Zu Beginn ihrer Tätigkeit erhoben die Mitglieder der Arbeitsgruppe einen Sachstand der Wiedergutmachungsüberlieferung in den staatlichen Archiven des Bundes und der Länder sowie bei den aktuell noch für Wiedergutmachung zuständigen Gerichten und Behörden ihres Sprengels. Hinzu kam eine Zusammenstellung der wichtigsten rechtlichen Grundlagen zur Wiedergutmachung von der Zeit der Besatzung bis in die Gegenwart. Primäres Ziel dieser sehr detailliert durchgeführten Erhebungen war es, einen fundierten Überblick über die bereits archivierte sowie die möglicherweise noch zu übernehmende Wiedergutmachungsüberlieferung und ihre Strukturen zu erlangen und somit eine Grundlage für die weiteren Arbeiten der Arbeitsgruppe zu gewinnen.

Überlieferungsdokumentation als Arbeitsinstrument

Nachnutzung als Beständeübersicht

Die Frage einer möglichen Nachnutzung der ursprünglich nur als Arbeitsinstrument angelegten Datensammlung wurde innerhalb der AG intensiv diskutiert. Dabei galt es zu berücksichtigen, dass die Erstellung einer bund-länderübergreifenden Überlieferungsdokumentation nicht zum Kernauftrag der Arbeitsgruppe gehörte und dass die Struktur der im ersten Arbeitsschritt erstellten Datensammlung aus verschiedenen Gründen für eine externe Nutzung nicht unmittelbar geeignet war. Andererseits erschien es allen Beteiligten unangebracht, die mit großem Aufwand zusammengetragenen Informationen vollständig der interessierten Fachöffentlichkeit vorzuenthalten.

Aktualisierung, Kürzung, Neugliederung

Die AG entschied sich daher für eine Kompromisslösung: Die im ersten Arbeitsschritt erstellte Datensammlung wurde inhaltlich so weit wie möglich vervollständigt und aktualisiert, gleichzeitig aber auch gekürzt und zur Verwendung als länderübergreifendes Bestände- und Rechtsgrundlageninventar neu gegliedert. Vom eigentlichen Abschlussbericht der Arbeitsgruppe wurde die Dokumentation zwar losgelöst, trotzdem wurde sie der ARK mit Bitte um Kenntnisnahme und

Ziel...

Publikation auf der ARK-Website übermittelt.

...und Grenzen der vorliegenden Dokumentation

Dabei wurde und wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Dokumentation in erster Linie ein provisorisches Arbeitsinstrument darstellt, das ein „work in progress“ zu einem bestimmten Zeitpunkt abbildet und keinen abschließenden Anspruch auf Vollständigkeit und Aktualität erhebt.

Von der ursprünglich geplanten regulären Veröffentlichung der Dokumentation als länderübergreifende Beständeübersicht zur Wiedergutmachungsüberlieferung hat die AG dementsprechend Abstand genommen. Der Koordinationsaufwand und das hohe Maß an redaktioneller Mehrarbeit hätten ihrer Einschätzung nach in keinem sinnvollen Verhältnis zu dem zu erwartenden Arbeitsergebnis gestanden.

Struktur des der Überlieferungsdokumentation

Zur Dokumentation der Wiedergutmachungsüberlieferung ist das Inventar sachthematisch in die beiden großen Überlieferungskomplexen „Entschädigung“ und „Wiedergutmachung / Vermögenskontrolle“[1] unterteilt. Beide Unterkapitel sind dann jeweils auf einer ersten Ebene nach den jeweiligen Archivverwaltungen des Bundes und der Länder gegliedert, auf der zweiten Ebene (wo immer eine Differenzierung notwendig war) nach einzelnen Archiven und auf der dritten Ebene nach Behördentypen (oberste Landesbehörden, Behörden und Gerichte). Auf der untersten verwendeten Gliederungsebene sind die einzelnen aufgeführten Bestände dann alphabetisch nach Bestandsbezeichnungen in tabellarischer Form aufgelistet.

Welche Bestände wurden berücksichtigt?

Inhaltlich beschränkt sich die Dokumentation der Bestände auf bereits archivierte Unterlagen sowie auf Archivbestände, die Unterlagen zur Wiedergutmachung in zumindest nennenswerten Anteilen enthalten. Hinweise auf größere Bestände, die sich derzeit noch in Behördenobhut befinden, wurden nur in Ausnahmefällen aufgenommen.

Angaben im Bestände-formular

Im Erfassungsformular für die einzelnen Bestände waren folgende Angaben möglich:

1. Archiv

2. Bestand / Bestandsgruppe: *Bestandsbezeichnung, ggf. auch Bestandssignatur*

[1] Die beiden Bereiche „Rückerstattung“ und „Vermögenskontrolle“ wurden zusammengefasst, da sich die Überlieferungen zu beiden Komplexen inhaltlich an vielen Stellen überschneiden und in der Bestandsbildung in mehreren Archivverwaltungen nicht sauber voneinander trennen lassen.

3. Laufzeit des Bestandes

4. Umfang (Stück / lfm.)

5. Behördengeschichte: *Vorgängerinstitutionen, Entwicklung und Art der sachlichen Zuständigkeit, Entwicklung von Organisationsstrukturen, Nachfolger etc.*

6. Bestandsbeschreibung: *u.a. Struktur des Bestandes, Aktenstrukturen, Provenienzbildner, Parallelüberlieferungen*

7. Erschließungszustand

8. Bemerkungen

Keine vollkommene Homogenität der Dokumentationsteile

Aus arbeitsökonomischen Gründen wurde bei der Zusammenstellung des Gesamtinventars darauf verzichtet, die einzelnen Dokumentationsteile in allen inhaltlichen wie formalen Aspekten zu synchronisieren. Bearbeitungstiefe und Detailgrad der Angaben unterscheiden sich daher zwischen den einzelnen Archivsprengeln zum Teil beträchtlich. Eine vollständige Homogenisierung hätte allerdings den im Rahmen der Arbeitsgruppe zu leistenden Aufwand überstiegen und wäre an dem eigentlichen Ziel des Inventars als provisorischem Arbeitsinstrument vorbeigegangen.

Struktur der Dokumentation der Rechtsgrundlagen

Die Dokumentation der Rechtsgrundlagen umfasst ohne eine Auftrennung der beiden Bereiche „Entschädigung“ sowie „Rückerstattung / Vermögenskontrolle“ die Fundstellen zu den wichtigsten Gesetzestexten zur Wiedergutmachung. Sie ist primär nach dem Provenienzprinzip gegliedert (Gesetze des Bundes und Gesetze der Militärregierungen sowie der Länder). Sekundär sind die jeweiligen Normen dann chronologisch angeordnet.

Beschränkung der Rechtsgrundlagen auf Gesetze

Auch die Dokumentation der Rechtsgrundlagen soll keine enzyklopädische Vollständigkeit erreichen, sondern nur einen brauchbaren Überblick über die wichtigsten Normen bieten. Daher beschränkt sie sich auf Regelungen auf Gesetzesebene. Untergesetzliche Regelungen wurden nur in besonders wichtigen Ausnahmefällen mit aufgenommen.

3 Dokumentation der Wiedergutmachungsüberlieferung: Entschädigung

3.1 Bundesarchiv

1. Archiv	**Bundesarchiv**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bundesfinanzministerium (BMF) / Wiedergutmachung bei Opfern von Menschenversuchen (B 126, AZ. 1472)**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1951
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 350 Stück (mit jeweils ca. 10 Einzelfällen) Polen: Nr. 1 - 1728 Jugoslawien: Nr. 1 – 656 Ungarn: Nr. 1 - 392
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit für Opfer, die nicht aus einem der in §1 BEG genannten Verfolgungsgründe (pol. Gegnerschaft, Rasse, Glaube, Weltanschauung) anspruchsberechtigt sind. Durchführung der Regelung: Federführung des BMF unter Beteiligung eines interministeriellen Ausschusses u. eines medizinischen Sachverständigen. Zuweisung der Zuständigkeit auf der Grundlage des Kabinettsbeschlusses vom 26. Juli 1951; Erweiterung durch Kabinettsbeschluss vom 22. Juni 1960 (Opfer aus Staaten, mit denen die BRD keine diplomatischen Beziehungen unterhielt (Polen, Jugoslawien, Ungarn)).
6. Bestandsbeschreibung	- Generalakten, Einzelfallakten - Einzelfallakten: Anträge des Internationalen Roten Kreuzes; medizinische Gutachten (i.d.R. fremdsprachlich); Prüfung und Entscheidung durch das BMF - Mögliche Parallelüberlieferung: Auswärtiges Amt
7. Erschließungszustand	- Erschlossen
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Bundesarchiv**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bundesfinanzministerium (BMF) / Eingaben von Einzelpersonen, Vereinen und Verbänden (B 126 AZ. 1478)**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1953
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 205 Stück.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit auf der Grundlage von BErgG, BEG, BEG-SG
6. Bestandsbeschreibung	– Ca. 20 Generalakten – Ca. 185 Einzelfallakten (mit jeweils ca. 20 Einzelfällen)
7. Erschließungszustand	- Erschlossen
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Bundesarchiv**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bundesfinanzministerium (BMF) / Härtefonds f. rassisch Verfolgte nichtjüdischen Glaubens (B 126 AZ. HNG)**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1964
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 470 Stück
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Verwaltung des HNG-Fonds bis 1964 bei Regierungspräsidium Köln - Seit 1964 beim BMF - Sachliche Zuständigkeit auf Grund des Kabinettsbeschlusses vom 15. Juli 1952 (50 Mio. Fonds)
6. Bestandsbeschreibung	- Ca. 15 Generalakten, ca. 455 Einzelfallakten - Einzelfallakten geordnet nach lfd. Fallnummer 1-7029 (mit Lücken)
7. Erschließungszustand	- Erschlossen
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Bundesarchiv**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bundesinnenministerium (BMI) / Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst (B 106)**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1951
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 1330 Stück
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Feststellung und Entscheidung über Ansprüche von Anspruchsberechtigten im Geschäftsbereich des BMI
6. Bestandsbeschreibung	- Ca. 30 Generalakten, ca. 1300 Einzelfallakten
7. Erschließungszustand	- Erschlossen
8. Bemerkungen	-

3.2 Baden-Württemberg

3.2.1 Hauptstaatsarchiv Stuttgart

1. Archiv	**Hauptstaatsarchiv Stuttgart**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Innenministerium Baden-Württemberg / Entschädigung im öffentlichen Dienst**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1968
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 6 Stück / 0,6 lfm
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Grundsatzakten
7. Erschließungszustand	- k.A.
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Hauptstaatsarchiv Stuttgart**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Justizministerium Baden-Württemberg / Bestände EA 4/202, EA 4/203 und EA 4/204 Wiedergutmachung (Entschädigung)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1992
4. Umfang (Stück / lfm.)	1. Bestand EA 4/202 Wiedergutmachung: 15,6 lfm. 2. Bestand EA 4/203 Wiedergutmachung: Entschädigung, Rückerstattung: 22,2 lfm. 3. Bestand EA 4/204 Wiedergutmachung: 10786 Stück / 45 lfm.
5. Behördengeschichte	- Nachfolger: Ab 1992 Finanzministerium Baden-Württemberg - Sachliche Zuständigkeit: Oberste Wiedergutmachungsbehörde: Mitwirkung beim BEG, Regelung und Praxis der Wiedergutmachung bis zum Erlass des BEG, Grundsatzfragen der Wiedergutmachung; Härtefallanträge, Revisionen, Petitionen
6. Bestandsbeschreibung	- Sachakten: Grundsatzfragen der Wiedergutmachung - Sammelsachakten: Sammlung gerichtlicher Entscheidungen in Entschädigungs- und Rückerstattungssachen (amerikanische und französische Zone, Bundesgerichtshof, Bundesverfassungsgericht) - Einzelfallakten: numerische Ordnung
7. Erschließungszustand	1. Bestand EA 4/202: Abgabeliste des Justizministeriums (Laufzeit des Bestandes 1945-1956) 2. Bestand EA 4/203: Abgabeliste des Justizministeriums (Laufzeit des Bestandes 1945-1956) 3. Bestand EA 4/204: Durch Namenskartei erschlossen (Laufzeit des Bestandes 1952-1992)
8. Bemerkungen	-

3.2.2 Generallandesarchiv Kralsruhe

3.2.2.1 Behörden

1. Archiv	**Generallandesarchiv Karlsruhe**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesamt für Wiedergutmachung Karlsruhe / Entschädigungsakten**
3. Laufzeit des Bestandes	1952-1967
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 36.246 Stück / 459,8 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Landesbezirksstelle für die Wiedergutmachung Karlsruhe - Nachfolger: Landesamt für die Wiedergutmachung, Baden-Württemberg, Außenstelle Karlsruhe (bis 1969); Landesamt für die Wiedergutmachung Baden-Württemberg (bis 1992); Landesamt für Besoldung und Versorgung, Wiedergutmachungsstelle (ab 1992) - Sachliche Zuständigkeit: Feststellung der Ansprüche und Entscheidung über Ansprüche, v.a. bei Schaden an Leben, Körper und Gesundheit, Schaden an Eigentum und Vermögen, Schaden im wirtschaftlichen Fortkommen
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten: - Deckblatt zum Antrag. - Ggf. Unterlagen der Sonderhilfs- und Anerkennungsausschüsse, Antragstellung, Beweismittel, Bescheide und Korrespondenz zwischen den Entschädigungsbehörden. - Ggf. Unterlagen zum Verfahren vor der Entschädigungskammer. - Unterlagen zur Zahlungsabwicklung sind nur zu einem geringen Teil. - Die Verfahrensakten dokumentieren die Wiedergutmachung in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland. Sie bieten in einzigartiger Weise Informationen über die politische und rassische Verfolgung während der Zeit des Nationalsozialismus und enthalten vielfach private Unterlagen aus der Zeit 1933-1950. Gleichzeitig stellen sie eine Zweitüberlieferung für Behördenschriftgut der NS-Zeit dar, das in vielen Fällen verloren ging oder bewusst vernichtet wurde. - Parallelüberlieferung: Schlichter für Wiedergutmachungssachen bei Amtsgerichten; Landgericht Stuttgart, Entschädigungskammer.
7. Erschließungszustand	- Erschlossen (bis auf die Sammelakten)
8. Bemerkungen	- Da dem LAW 1969 nicht genügend Registraturraum zu Verfügung stand, wurde dem LAW für die Altakten der Wiedergutmachungsämter Karlsruhe und Freiburg (Aktenzeichen „EK“ und „EF“) Magazinkapazität im Generallandesarchiv angeboten; die Einlagerung erfolgte, wobei die Verwaltung der Akten weiterhin durch Mitarbeiter des LAW durchgeführt wurde. Nach einer Organisations- und Wirtschaftlichkeitsüberprüfung beim LAW empfahl der Rechnungshof Baden-Württemberg dem LAW im Dezember 1988, eine förmliche Abgabe der Akten an die Archivverwaltung in die Wege zu leiten. Eine vertragliche

	Vereinbarung über die in Karlsruhe liegenden Akten wurde am 23.10/4.11.1991 unterzeichnet. Seit diesem Moment sind die Akten als Archivgut ausschließlich vom Generallandesarchiv Karlsruhe betreut worden. 1995 wurden ca. 250 lfd. m Akten des Wiedergutmachungsamtes Freiburg (Aktenzeichen „EF“) an das Staatsarchiv Freiburg weitergegeben. - Benutzbarkeit aus konservatorischen Gründen eingeschränkt.

3.2.2.2 Gerichte

1. Archiv	**Generallandesarchiv Karlsruhe**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Karlsruhe / Entschädigungsverfahren**
3. Laufzeit des Bestandes	1949-1963
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 2000 Stück / ca. 10 lfm.
5. Behördengeschichte	- Nachfolger: Landgericht Stuttgart / Entschädigungskammer - Sachliche Zuständigkeit: Entschädigungsgericht im Landesbezirk Baden
6. Bestandsbeschreibung	- Prozessakten, Ablage nach laufender Nummer - Inhalt: Klage, Urteil oder Vergleich, Schriftsätze beider Parteien, teilweise Gutachten - Parallelüberlieferung: Kopien befinden sich in den Akten des Landesamtes für die Wiedergutmachung Karlsruhe
7. Erschließungszustand	- Einlieferungsverzeichnisse
8. Bemerkungen	-

3.2.3 Staatsarchiv Freiburg

3.2.3.1 Behörden

1. Archiv	**Staatsarchiv Freiburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Dienststellen der Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung / Entschädigungsakten (Bestände E 665/1 - 670/1; 672/1; 676/1 - 679/1: Finanzämter Donaueschingen, Emmendingen, Freiburg, Konstanz, Lahr, Lörrach, Offenburg, Singen, Tiengen, Überlingen, Wolfach)**
3. Laufzeit des Bestandes	1949-1953
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Insgesamt 2,7 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Zweigstellen der Badischen Landesstelle für die Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus; - Finanzämter: Dienststellen für Vermögenskontrolle - Die Dienststellen für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung bei den Finanzämtern waren zuständig für die Aufgaben, die den Zweigstellen der Badischen Landesstelle für die Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus bis zu deren Auflösung 1949 bzw. den Dienststellen für Vermögenskontrolle bei den Finanzämtern übertragen waren. - Nachfolger: Für den Bereich Wiedergutmachung: Öffentlicher Anwalt für die Wiedergutmachung beim Amtsgericht Freiburg - Sachliche Zuständigkeit: Dem Ministerium der Finanzen: Abt. IV „Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung“ nachgeordnete Behörden
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten und Generalia
7. Erschließungszustand	- Erschlossen durch Bandrepertorien.
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Staatsarchiv Freiburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesamt für Wiedergutmachung Freiburg / Entschädigungsakten (F 196/1 und 196/2)**
3. Laufzeit des Bestandes	1952-1960
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 245,6 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Badische Landesstelle für die Betreuung der deutschen Opfer des Nationalsozialismus; Badisches Ministerium der Finanzen: Abt. IV „Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung“ - Nachfolger: Landesamt für die Wiedergutmachung Karlsruhe: Außenstelle Freiburg; Landesamt für die Wiedergutmachung Karlsruhe (ab 1960-1967); Landesamt für die Wiedergutmachung Baden-Württemberg: Außenstelle Karlsruhe (1967-1969); ab 1970: Landesamt für die Wiedergutmachung Baden-Württemberg; ab 1992: Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg, Wiedergutmachungsstelle. - Sachliche Zuständigkeit: Feststellung und Entscheidung über Ansprüche, insbesondere wegen folgender Schäden: - Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit - unrechtmäßige Strafverfolgung - Verletzung des Eigentums - Verdienstausfall - Auferlegung von öffentlichen Sonderausgaben - Anwendung des Reichsgesetzes über erbrechtliche Beschränkungen wegen gemeinschaftswidrigen Verhaltens vom 5.11.1937, der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12.11.1938, der Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 3.12.1938 und der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941
6. Bestandsbeschreibung	- F 196/1: Einzelfallakten, Ablage nach lfd. Nrn - F 196/2: Ablage der ungeordneten Einzelfallakten im Staatsarchiv Freiburg nach lfd. Nrn; Generalia: im Staatsarchiv Freiburg nach Vorprovenienzen vorgeordnet, ohne lfd. Nummern.
7. Erschließungszustand	- Erschlossen durch -Behördenregisters (Bestand F 196/1)und Bandrepertorium (Bestand 196/2)
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Staatsarchiv Freiburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Regierungspräsidium Freiburg / Entschädigung im öffentlichen Dienst**
3. Laufzeit des Bestandes	- 1950-1961
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 275 Stück / 3,0 lfm.
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten
7. Erschließungszustand	-
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Staatsarchiv Freiburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Zweigstellen der Badischen Landesstelle für die Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus / Entschädigungsakten (Zweigstellen Baden-Baden, Konstanz, Lahr, Lörrach, Säckingen, Singen, Waldshut und Wolfach)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1949
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Zusammen 3,6 lfm.
5. Behördengeschichte	- Durch Anordnung des Staatssekretärs des Badischen Ministeriums des Innern vom 13.12.1946 wurde die Badische Landesstelle für die Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus errichtet, die sich in eine Hauptstelle in Freiburg und acht Zweigstellen gliederte (Amtsblatt der Landesverwaltung Baden 1946, S. 147). Ihre Aufgabe war die Betreuung der Mitglieder des Badischen Vereins der Opfer des Nationalsozialismus. Sie unterstand der Dienstaufsicht des Badischen Ministeriums des Innern (Landeswohlfahrts- und Jugendamt). - Zum 30.4.1949 wurden die Badische Landesstelle für die Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus und ihre Zweigstellen aufgehoben. Ihre Aufgaben wurden von der Hauptstelle vom Badischen Ministerium der Finanzen: Abt. IV „Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung“ übernommen, die ihrer Zweigstellen von den Finanzämtern: Dienststellen für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung - (Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1949, S. 222). - Sachliche Zuständigkeit: Feststellung und Entscheidung über Ansprüche
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten und Generalia
7. Erschließungszustand	- Erschlossen durch Bandrepertorien
8. Bemerkungen	-

3.2.3.2 Gerichte

1. Archiv	**Staatsarchiv Freiburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Amtsgericht Freiburg / Wiedergutmachungsausschuss**
3. Laufzeit des Bestandes	- 1950 - 1953
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 1,2 lfm.
5. Behördengeschichte	- Das Landesgesetz über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus vom 10. Januar 1950 und die Bekanntmachung der Fassung des Landesgesetzes über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus sah die Errichtung von Wiedergutmachungsausschüssen als erste Instanz bei Klagen in Wiedergutmachungssachen vor, und zwar unabhängig von dem Wert des Streitgegenstandes. Als Wiedergutmachungssachen galten: a) Ansprüche auf Grund des vorliegenden Gesetzes gegen das Land b) Ansprüche eines Geschädigten gegen sonstige Wiedergutmachungspflichtige c) Rückgriffsansprüche, die aus der Erfüllung der zu a) und b) bezeichneten Ansprüche hergeleitet wurden. Wiedergutmachungsausschüsse wurden gemäß Bekanntmachung des Bad. Ministeriums der Justiz vom 5. Juni 1950 (Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt, S. 194 ff.) errichtet bei den Amtsgerichten Baden-Baden (für den Bezirk der Zweigstelle Baden-Baden des Landgerichtes Offenburg), Offenburg (für den übrigen Bezirk des Landgerichtes Offenburg), Freiburg (für den Landgerichtsbezirk Freiburg), Konstanz (für den Landgerichtsbezirk Konstanz), Waldshut (für den Landgerichtsbezirk Waldshut). - Nachfolger: Aufgelöst wurden die Wiedergutmachungsausschüsse auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, das am 1.10.1953 in Kraft trat. Die Aufgaben der Wiedergutmachungsausschüsse wurden dem Landgericht Freiburg übertragen. - Sachliche Zuständigkeit: Erstinstanz bei Entschädigungsklagen
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten - Parallelüberlieferung: Finanzämter: Dienststellen für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung (Entschädigungssachen)
7. Erschließungszustand	- Ablieferungsverzeichnis
8. Bemerkungen	-

3.2.4 Staatsarchiv Ludwigsburg

1. Archiv	**Staatsarchiv Ludwigsburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesamt für die Wiedergutmachung Baden-Württemberg / Entschädigungsakten**
3. Laufzeit des Bestandes	1952-1992
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 773,3 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Landesbezirksstelle für die Wiedergutmachung Stuttgart; Landesamt für die Wiedergutmachung Stuttgart (1952 - 1967) - Nachfolger: Ab 1992: Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg (LBV), Wiedergutmachungsstelle
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten: Antrag, Ermittlungen (Zeugenvernehmungen, Schriftwechsel, Gutachten, ...), Bescheid, Prozessakten Landgericht Stuttgart (bei Widerspruch), Rentenakten des LBV - Wiedergutmachung / Allgemeines: Erlasse betr. Wiedergutmachung, Mehrfertigungen von Urteilen des LG Stuttgart, Tätigkeitsberichte des Internationalen Suchdienstes, Materialsammlungen, Berichte über Vertreibung/Verfolgung von Juden in bestimmten Ländern - Karteien: zwei alphabetische Karteien, „Verfolgtenkarte“, JRSO-Kartei - JRSO-Kurzanträge: Name des Rückerstattungsberechtigten und des Rückerstattungspflichtigen, Art und Umfang bzw. Summe der Rückerstattung - Allgemeiner Schriftwechsel: Schriftwechsel wegen Aktenversand, allgemeine Anfragen, ablehnende Bescheide; Schriftwechsel 1945/46 nach Korrespondenzpartnern - AR-Sachen (Allgemeines Register): Geringfügige personenbezogene Vorgänge, da keine sachliche Zuständigkeit - Verwaltungsakten: Allgemeines und Einzelfälle - Alphabetische Ortskartei: Geordnet nach Antragstellern mit Angabe der Lageraufenthalte - Akten der Schlichter für Wiedergutmachung: Schlussberichte der Schlichter für die Wiedergutmachung Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim. Enthalten nur knappe Angaben zum Antragsteller und der Art der Entschädigung - Akten der Fa. Baar-Moering & Co. (Umzugsfirma, die überwiegend Transporte für emigrierende Juden übernommen hat) - Parallelüberlieferung: Schlichter für Wiedergutmachung bei den Amtsgerichten, Entschädigungskammer beim Landgericht Stuttgart
7. Erschließungszustand	- Unverzeichnet, Karteien zu ES-Verfahrensakten beim LBV, Aufstellung im Magazin nach Aktenzeichen
8. Bemerkungen	- Ca. 4000 laufende Verfahren lagern noch beim LBV.

3.2.5 Staatsarchiv Sigmaringen

3.2.5.1 Oberste Landesbehörden

1. Archiv	**Staatsarchiv Sigmaringen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Arbeitsministerium Württemberg-Hohenzollern / Entschädigungsakten öffentlicher Dienst (Wü 180)**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1953
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 0.3 lfm.
5. Behördengeschichte	- Nachfolger: Justizministerium Baden-Württemberg (ab 1953) - Sachliche Zuständigkeit: - verwaltungsmäßige Abwicklung der gegen das Land gerichteten Wiedergutmachungsansprüche. Die Aufgabe wurde dem Landesamt für die Wiedergutmachung übertragen. - oberste Dienststelle für Entscheidungen betr. öffentlicher Dienst - Gesetzgebung betr. Wiedergutmachung auf dem Gebiet der Sozialversicherung und des Versorgungsrechts
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten betr. öffentlicher Dienst: teilweise Entscheidungen des Arbeitsministeriums, teilweise Weiterleitung an zuständige Stellen, teilweise Durchschriften von Entscheidungen anderer Stellen (u.a. Landesamt für Wiedergutmachung), teilweise Nachforschung nach Akten, bei manchen Akten nur Nichtzuständigkeit und Weiterleitung, Auskunftsersuchen. - Parallelüberlieferung: Innenministerium
7. Erschließungszustand	- Ablieferungsverzeichnis
8. Bemerkungen	--

1. Archiv	**Staatsarchiv Sigmaringen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Innenministerium Württemberg-Hohenzollern / Entschädigungsakten öffentlicher Dienst (Wü 40)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1952
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 12 Stück.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: federführend für die Gesetzgebung betr. Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten betr. öffentlicher Dienst: teilweise Entscheidungen des Arbeitsministeriums, teilweise Weiterleitung an zuständige Stellen, teilweise Durchschriften von Entscheidungen anderer Stellen (u.a. Landesamt für Wiedergutmachung), teilweise Nachforschung nach Akten, bei manchen Akten nur Nichtzuständigkeit und Weiterleitung, Auskunftsersuchen. Teilweise als Beilagen: Dienststrafverfahren im Dritten Reich, Abschriften über Urteile des Oberlandesgerichts Tübingen (im Staatsarchiv Sigmaringen nicht vorhanden)
7. Erschließungszustand	- Ablieferungsverzeichnis
8. Bemerkungen	--

3.2.5.2 Behörden

1. Archiv	**Staatsarchiv Sigmaringen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesamt für Wiedergutmachung Tübingen / Entschädigungsakten (Wü 33)**
3. Laufzeit des Bestandes	1950-1960
4. Umfang (Stück / lfm.)	-Ca. 8000 Stück / 89,5 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Kreisbetreuungsstelle für Opfer des Nationalsozialismus bei den Landkreisen (1946-1950); Zentralbetreuungsstelle (1946-1950); Ämter für Wiedergutmachung bei verschiedenen Arbeitsämtern (ab 1950); Innenministerium: Landesamt für Wiedergutmachung (1946-1948); Arbeitsministerium: Landesamt für Wiedergutmachung (1948-1950); Wiedergutmachungsausschüsse bei verschiedenen Amtsgerichten. - Nachfolger: ab 1960 Landesamt für die Wiedergutmachung Stuttgart; ab 1992: Landesamt für Besoldung und Versorgung Bad.-Württ., Wiedergutmachungsstelle. - Sachliche Zuständigkeit: Anmelde- und Entschädigungsbehörde für Ansprüche gegen das Land, Entscheidungsbehörde für Inanspruchnahme von Vorzugsrechten, Anmeldebehörde für Angehörige des öffentlichen Dienstes.
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten über Ansprüche gegen das Land, geordnet nach ET-Nummern - Einzelfallakten mit Seitennummerierung; Antragstellung, Bescheinigungen vor allem betreffend Aufenthalt, Entnazifizierung und Strafregister, Beweismittel, Teilbescheide bzw. Vorschläge für Bescheide, Korrespondenz zwischen Ämtern für Wiedergutmachung und Landesamt für Wiedergutmachung und anderen Behörden, Ermittlungsbericht, Bescheid, Entschädigung von Erben; Vorakten der Erhebungen der Ämter für Wiedergutmachung, teilweise eigene Beiakten betreffend Prozessverfahren vor Entschädigungskammern der Landgerichte, Renten, Heilverfahren, Existenzaufbauhilfedarlehen u.a.; Belege und Unterlagen zur Zahlungsabwicklung. - Parallelüberlieferung: Verfahrensakten der Wiedergutmachungskammern der Landgerichte
7. Erschließungszustand	- Unerschlossen; Zugang über Ablieferungsliste möglich
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Staatsarchiv Sigmaringen
2. Bestand / Bestandsgruppe	Regierungspräsidium Tübingen / Entschädigung im öffentlichen Dienst (Wü 42)
3. Laufzeit des Bestandes	- 1946-1958
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 4 Stück
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Innenministerium Württemberg-Hohenzollern
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten - Parallelüberlieferung: Arbeitsministerium
7. Erschließungszustand	- Behördenablieferungsverzeichnis
8. Bemerkungen	-

3.2.5.3 Gerichte

1. Archiv	Staatsarchiv Sigmaringen
2. Bestand / Bestandsgruppe	Amtsgericht Hechingen / Wiedergutmachungs-ausschuss: Entschädigungsakten (Ho 414/3)
3. Laufzeit des Bestandes	- 1950ff
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 0,25 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: - Erste Gerichtsinstanz bei Klagen gegen das Land, wenn das Landesamt für die Wiedergutmachung dem Wiedergutmachungsantrag nicht oder nicht vollständig entsprochen hat. - Klageinstanz gegen Dritte:
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten über Ansprüche gegen das Land / - Fälle des Wiedergutmachungsausschusses: - Az H (WG): nur Genehmigung des Gerichts zur Abtretung von Wiedergutmachungsansprüchen an Dritte - Az C (WG): Klagen gegen Entscheidungen des Landesamts für die Wiedergutmachung oder das Wiedergutmachungsausschusses (im letzten Fall nur Durchschrift der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts), Schriftverkehr mit Beteiligten, Sozialämtern, Ämtern für Wiedergutmachung und Privatpersonen, Beschlüsse oder Urteile, teilweise auch Feststellung der Nichtzuständigkeit
7. Erschließungszustand	- Ablieferungsverzeichnis
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Staatsarchiv Sigmaringen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Amtsgericht Nagold / Wiedergutmachungsausschuss**
3. Laufzeit des Bestandes	- 1951 - 1952
4. Umfang (Stück / lfm.)	- ca. 21 Stück / 0,06 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: - Erste Gerichtsinstanz bei Klagen gegen das Land, wenn das Landesamt für die Wiedergutmachung dem Wiedergutmachungsantrag nicht oder nicht vollständig entsprochen hat - Klageinstanz gegen Dritte
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten über Ansprüche gegen das Land / Fälle des Wiedergutmachungsausschusses: - Az H (WG): nur Genehmigung des Gerichts zur Abtretung von Wiedergutmachungsansprüchen an Dritte - Az C (WG): Klagen gegen Entscheidungen des Landesamts für die Wiedergutmachung oder das Wiedergutmachungsausschusses (im letzten Fall nur Durchschrift der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts), Schriftverkehr mit Beteiligten, Sozialämtern, Ämtern für Wiedergutmachung und Privatpersonen, Beschlüsse oder Urteile, teilweise auch Feststellung der Nichtzuständigkeit.
7. Erschließungszustand	- Ablieferungsverzeichnis
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Staatsarchiv Sigmaringen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Verwaltungsgerichtshof Bebenhausen / Entschädigungsakten öffentlicher Dienst (Wü 41)**
3. Laufzeit des Bestandes	- 1948-1954
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 0,5 lfm.
5. Behördengeschichte	- 1946 errichtet, 1958 aufgehoben - Sachliche Zuständigkeit: Beschwerdeinstanz für Geschädigte im öffentlichen Dienst gegen Entscheidungen der obersten Dienststellen
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten / Rechtsbeschwerden betr. öffentlicher Dienst: Entscheidungen der Behörden, Säuberungssprüche, Verhandlungsniederschriften, Schriftverkehr mit Finanzministerium, Oberversicherungsamt und anderen Behörden, Urteile, Aktenversendungen.
7. Erschließungszustand	- Ablieferungsverzeichnis
8. Bemerkungen	-

3.3 Bayern

3.3.1 Bayerisches Hauptstaatsarchiv München

3.3.1.1 Ministerien

1. Archiv	**Bayerisches Hauptstaatsarchiv München**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerisches Staatsministerium der Finanzen**
3. Laufzeit des Bestandes	1946-heute
4. Umfang (Stück / lfm.)	1.) Einzelfälle der Entschädigung; 40 Akteneinheiten (ca. 3,5 lfm.) 2.) Einzelfälle der wiedergutmachung im öffentlichen Dienst; 23 Akteneinheiten (ca. 1 lfm.)
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: - Mitwirkung an der Ausarbeitung der gesetzlichen Grundlagen, der Organisations- und Durchführungsverordnungen als federführende Instanz in Bayern - Vertretung des Freistaats auf Bund-Länder-Ebene - Klärung von Zweifelsfällen - Fach- und Rechtsaufsicht gegenüber dem Landesentschädigungsamt - Entscheidung von Einzelfällen der Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst aus dem eigenen Geschäftsbereich
6. Bestandsbeschreibung	- Bestandsstruktur: Einzelfallakten - Parallelüberlieferung: Ad 1.) Entschädigungsakten des Bayerischen Landesentschädigungsamts Ad 2.) Bislang keine Gegenüberlieferung bekannt
7. Erschließungszustand	Ad 1.) Unerschlossen Ad 2.) Unerschlossen
8. Bemerkungen	

1. Archiv	**Bayerisches Hauptstaatsarchiv München**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Staatskommissariat zur Betreuung der rassisch, religiös und politisch Verfolgten (Staatsministeriums des Innern)**
3. Laufzeit des Bestandes	1946-1949
4. Umfang (Stück / lfm.)	5,2 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Betreuung der NS-Opfer, Gewährung von Soforthilfen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Vorgänger: 1a) Staatskommissar für die Betreuung der Juden (1945/46); 1b) Staatskommissar für die politisch Verfolgten (1946) Nachfolger: Bayerisches Landesentschädigungsamt
6. Bestandsbeschreibung	- Bestandsstruktur: General- und Sachakten; chronologisch aufgebaute Betreffsakten
7. Erschließungszustand	Erschlossen
8. Bemerkungen	-

3.3.1.2 Behörden

1. Archiv	**Bayerisches Hauptstaatsarchiv München**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerisches Landesentschädigungsamt**
3. Laufzeit des Bestandes	1949-heute
4. Umfang (Stück / lfm.)	Hochrechnung 1.) Akten bei der abgebenden Behörde: 190.000 Akten mit EG oder BEG-Aktenzeichen 50.000 sonstige Entschädigungsakten 2.) Bereits übernommene Akten: 45.500 Akten Gesamtumfang: ca. 285.500 Stück / ca. 3.300 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Annahme, Prüfung und Verbescheidung von Entschädigungsanträgen; ggf. amtliche Beweiserhebung; Abwicklung von Rentenzahlungen; Bewilligung einmaliger Hilfeleistungen (Darlehen, Vorschüsse, Härteausgleich, Heilverfahren); Anerkennung natürlicher und juristischer Personen sowie nichtrechtsfähiger Personenvereinigungen als rassisch, religiös und politisch Verfolgte (=Ausstellung von Verfolgtenausweisen); Gewährung vorläufiger Renten an Personen, die durch Beseitigung von Versorgungseinrichtungen einen Versorgungsschaden erlitten haben; Mitwirkung bei der Bereitstellung, Erhaltung, Verwertung und Zuteilung der für Zwecke der Wiedergutmachung bestimmten Vermögenswerte. - Vorgänger: - 1a) Staatskommissar für die Betreuung der Juden (1945/1946); 1b) Staatskommissar für die politisch Verfolgten (1946) - 2a) Staatskommissariat für die rassisch, religiös und politisch Verfolgten (1946-1948); 2b) Landesamt für die Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (1946-1948) - 3) Landesamt für Wiedergutmachung (1948/1949) - Parallelüberlieferung: - Verfahrensakten der Entschädigungskammern beim Landgericht München I und beim Oberlandesgericht München - Parteiakten der Bezirksfinanzdirektion München als Prozessvertreterin des Freistaats Bayern bei Entschädigungsprozessen.

6. Bestandsbeschreibung	Bestandsstruktur: Personenbezogene Akten (ggf. mehrere Anträge pro Person); alphabetische Ordnung; Untergruppen: laufende Fälle (Rentenzahlungen) und erledigte Fälle; keine Bescheidsammlung vorhanden.
7. Erschließungszustand	- Für die bereits archivierten Akten liegt ein Abgabeverzeichnis vor, das folgende Ordnungsmerkmale erfasst: lfd. Nummer, Aktenzeichen, Name, Geburtsdatum, Zahl der Bände, Laufzeit - Bei der Behörde sind vorhanden: Nach Aktenzeichen geordnetes Aktenverzeichnis; Alphabetisch geordnete Namenskartei; EDV-gestützte Erfassung der Rentenfälle.
8. Bemerkungen	-

3.3.1.3 Gerichte

1. Archiv	**Bayerisches Hauptstaatsarchiv München**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerischer Verwaltungsgerichtshof**
3. Laufzeit des Bestandes	1947 ff.
4. Umfang (Stück / lfm.)	53 Stück / 0,3 lfm.
5. Behördengeschichte	Sachliche Zuständigkeit: Revisionsinstanz gegen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte in Sachen Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst. Parallelüberlieferung: Urteilssammlung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs; Prozessakten der zuständigen Verwaltungsgerichte.
6. Bestandsbeschreibung	Bestandsstruktur: Die Verwaltungsverfahren betr. die Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst bilden keine eigene Aktengruppe, sondern sind mit den übrigen Prozessakten des Verwaltungsgerichtshofs vermischt nach Jahrgang, Senat und laufender Nummer abgelegt.
7. Erschließungszustand	Abgabeverzeichnis (lfd. Nr., Aktenzeichen, Kläger, Beklagter, Streitgegenstand)
8. Bemerkungen	-

3.3.2 Staatsarchiv München

1. Archiv	**Staatsarchiv München**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksfinanzdirektion München**
3. Laufzeit des Bestandes	1963-heute
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 115.500 Stück / 640 lfm.
5. Behördengeschichte	Sachliche Zuständigkeit: Prozessvertretung des Freistaats Bayern bei Entschädigungsprozessen vor dem Landgericht München I (dieses war zuständig für alle in Bayern anhängig gemachten Entschädigungsverfahren) Vorgänger: Oberfinanzdirektion München – Zweigstelle München (1945-1955); Finanzmittelstelle München (1955-1963)
6. Bestandsbeschreibung	Bestandsstruktur: Drei Serien von Einzelfallakten (Altakten, jüngere Fälle, laufende Verfahren); innerhalb der Serien alphabetische Reihung Parallelüberlieferung: Prozessakten des Landgerichts München I; Entschädigungsakten des Landesentschädigungsamts (diese enthalten in der Regel allerdings nur das Endurteil, jedoch keine Unterlagen über den Verlauf des Verfahrens)
7. Erschließungszustand	Unerschlossen
8. Bemerkungen	Es ist vorgesehen, diesen Bestand einer Auswahlarchivierung zu unterziehen!

3.4 Landesarchiv Berlin

3.4.1 Behörden

1. Archiv	**Landesarchiv Berlin**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Wiedergutmachungsämter, B Rep. 025**
3. Laufzeit des Bestandes	1949-1990
4. Umfang (Stück / lfm.)	800.000 Stück, 736.20 lfm
5. Behördengeschichte	Durch die Anordnung der Alliierten Kommandantur BK/O (49) 180 vom 26. Juli 1949 (Rückerstattungsanordnung - REAO) wurden in den Westsektoren Berlins Wiedergutmachungsämter eingesetzt. Nach Artikel 1 Absatz 1 REAO waren sie zuständig für die Bearbeitung auf Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände an natürliche und juristische Personen, denen diese in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, der politischen Auffassung oder der politischen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus ungerechtfertigt entzogen worden waren. Die Ansprüche waren bei dem Treuhänder der amerikanischen, britischen und französischen Militärregierung für zwangsübertragene Vermögen - später Haupttreuhänder für Rückerstattungsvermögen - bis zum 30. Juni 1950 anzumelden. Dieser leitete die Anmeldungen an die Wiedergutmachungsämter von Berlin weiter. Gegen deren Entscheidung war das Rechtsmittel des Einspruchs an die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Berlin und gegen deren Beschlüsse die sofortige Beschwerde an das Kammergericht gegeben. In letzter Instanz entschied das Oberste Rückerstattungsgericht für Berlin. Seit 1990 ist diese Zuständigkeit auf den Bundesgerichtshof übergegangen. Durch die BK/O (54) 15 vom 15. November 1954 wurde die REAO in ihrem Geltungsbereich auf Vermögensgegenstände erweitert, die im Ostsektor von Berlin entzogen worden waren; sie galt aber nicht für dort belegene Grundstücke. Von der Bundesrepublik Deutschland wurde am 19. Juli 1957 das Bundesrückerstattungsgesetz (BrüG) erlassen, nach dem die Rückerstattungsansprüche mit einer Frist bis zum 1. April 1959 bei dem Zentralmeldeamt (davor Haupttreuhänder für Rückerstattungsvermögen) anzumelden waren. Durch § 5 BrüG wurden sowohl der Umfang der geltend zu machenden Ansprüche als auch die Zuständigkeit der Wiedergutmachungsämter von Berlin erheblich erweitert.
6. Bestandsbeschreibung	- 1-8 WGA Einzelfallakten; 9 WGA Sammelakten - Parallelüberlieferung: Treuhänder, Gerichte
7. Erschließungszustand	Datenbank im Aufbau; Karteien: Hauptkartei (Alphabet der Geschädigten), Anmeldekartei, Straßenkartei, Länderkartei
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Landesarchiv Berlin**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Der Treuhänder der Amerikanischen, Britischen und Französischen Militärregierung für zwangsübertragene Vermögen/Haupttreuhänder für Rückerstattungsvermögen, B Rep. 032**
3. Laufzeit des Bestandes	(1945 -) 1949-1968 (- 1989)
4. Umfang (Stück / lfm.)	ca. 810 lfm
5. Behördengeschichte	Die Behörde wurde im Zuge der Rückerstattungsforderungen vor allem jüdischer Organisationen durch BK/O (49) 26 1949 der Alliierten Kommandantur vom 16. Februar 1949 eingerichtet. Sie hatte ihren Sitz in der Nürnberger Straße 53 - 55. Auf Anfragen der Jewish Restitution Successor Organization (IRSO), der United Restitution Organization (URO), der Jüdischen Gemeinde, von Gerichten, Rechtsanwälten und Geschädigten gab die Behörde zunächst Auskunft über das Schicksal, in der Regel über die Deportation, jüdischer Bürger. Sie nahm dann die Aufgabe eines Zentralmeldeamtes für Anträge auf Rückerstattung beschlagnahmter Vermögenswerte wahr und leitete sie an die zuständigen Wiedergutmachungsämter weiter, die 1968 auch deren Aufgaben und den größten Teil des Aktenbestandes übernahmen.
6. Bestandsbeschreibung	Anmeldungen A-Z von Vermögenswerten; Einzelfallakten (ca. 150 000); Nachprüfung der bisherigen Verwertung von beschlagnahmten jüdischen Vermögen; Mitteilungen über die Deportationen in die Konzentrationslager (A-Z, 1951-1989); Todeserklärungen und Erbscheine (A-Z, 1951-1987); Wiedergutmachungsansprüche jüdischer Bürger, jüdischer Familienstiftungen und jüdischer Organisationen; Verzeichnis über Soforthilfe an Verfolgte; Alliierte Verordnungen über die Rückerstattung von beschlagnahmten Vermögenswerten.
7. Erschließungszustand	Überwiegend unerschlossen; Datenbank im Aufbau
8. Bemerkungen	-

3.4.2 Gerichte

1. Archiv	**Landesarchiv Berlin**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Berlin, Archiv für Wiedergutmachung, B Rep. 039-01**
3. Laufzeit des Bestandes	(1933 -) 1962
4. Umfang (Stück / lfm.)	537 Stück, 29,60 lfm.
5. Behördengeschichte	Die im März 1962 begründete Sammlung wurde vom Landgerichtsdirektor Günther H. Schlecht aufgebaut. Sie war ein innerdienstliches Hilfsmittel zur beschleunigten Durchführung von Wiedergutmachungsverfahren nach dem Bundesrückerstattungsgesetz. Aufgabe war es, Dokumente über Entziehungen und Verbringung von Vermögensgegenständen durch deutsche Behörden und Dienststellen aus den besetzten und angegliederten Gebieten in das Gebiet der Bundesrepublik einschließlich Berlins zu beschaffen. Zu diesen Gebieten zählen die baltischen Staaten, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn. Gesammelt wurden die Entscheidungen der Senate des Kammergerichts und des Obersten Rückerstattungsgerichts sowie Unterlagen aus dem Bundesarchiv Koblenz, dem Militärarchiv, dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, des Geheimen Staatsarchivs und des Central Office der United Restitution Organisation.
6. Bestandsbeschreibung	- Materialsammlungen,. Karteien zu Ländern und Rü-Kategorien - Parallelüberlieferung bei den Wiedergutmachungsämtern (B Rep. 025)
7. Erschließungszustand	Datenbank im Aufbau; 0,85 lfm unerschlossen
8. Bemerkungen	-

3.5 Staatsarchiv Bremen

3.5.1 Senat

1. Archiv	**Staatsarchiv Bremen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Senatsregistratur, Zusammenbruch des nationalsozialistischen deutschen Reiches, Akte betr. Wiedergutmachung des Unrechts bzw. der Schäden durch widerrechtliches Handeln der Nationalsozialistischen Regierung (Bestand 3-R.1.m. Nr. 33)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1958
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 2 lfm.
5. Behördengeschichte	Zu einer Ressortgliederung kam es im Senat der Freien Hansestadt Bremen erst ab 1933, bis 1958 wurden die Akten der senatorischen Behörden gemeinsam verwaltet.
6. Bestandsbeschreibung	Sachakten aus der gemeinsamen Registratur des Senats der Freien Hansestadt Bremen 1875-1958.
7. Erschließungszustand	Handschriftliches Aktenverzeichnis.
8. Bemerkungen	-

3.5.2 Behörden

1. Archiv	Staatsarchiv Bremen
2. Bestand / Bestandsgruppe	Landesamt für Wiedergutmachung, Entschädigungsakten (Bestand 4,54 - III.)
3. Laufzeit des Bestandes	Seit 1945
4. Umfang (Stück / lfm.)	8051 Stück, ca. 170 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorläufer: Betreuungsstellen für die aus dem Konzentrationslager entlassenen, April 1945-31.3.1948. - Amt für Wiedergutmachung, ab 1.4.1948. - Das Landesamt für Wiedergutmachung wurde eingerichtet 1950, als Entscheidungsbehörde u.a. in Verfahren um die Entschädigung von NS-Verfolgten. - Seit 1970 ist es nicht mehr selbständig, sondern Teil der Behörde des Senators für Arbeit. Seit Oktober 2007 werden die noch verbliebenen Aufgaben nach dem Bundesentschädigungsgesetz vom Niedersächsischen Landesamt für Bezüge und Versorgung erledigt.
6. Bestandsbeschreibung	Fallakten aus der Entschädigung.
7. Erschließungszustand	Erschlossen (Datenbank, analog).
8. Bemerkungen	- Der Bestand ist fertig verpackt. - Wenige Fälle befinden sich noch in der Bearbeitung bei der Behörde - Literatur: Bettina Schleier, Die Entschädigung von Verfolgten des Nationalsozialismus im Spiegel der überlieferten Einzelfallakten, in: Bremisches Jahrbuch 82 (2005), S. 224-250.

1. Archiv	**Staatsarchiv Bremen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesamt für Wiedergutmachung, Generalakten (Bestand 4,54 - I.)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1973
4. Umfang (Stück / lfm.)	366 Stück / ca. 6 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorläufer waren die Betreuungsstellen für die aus dem Konzentrationslager Entlassenen. - April 1945-31.3.1948, das Amt für Wiedergutmachung - Ab 1.4.1948 (Aufgabe: Betreuung der NS-Verfolgten); die Wiedergutmachungsbehörde (Aufgabe: Entscheidung über Anträge in der Rückerstattung), 1947-1949. Eingerichtet wurde das Landesamt für Wiedergutmachung, 1950 mit den Abteilungen Entschädigung und Rückerstattung. - Seit 1970 ist es nicht mehr selbständig, sondern Teil der Behörde des Senators für Arbeit. - Seit Oktober 2007 werden die noch verbliebenen Aufgaben nach dem Bundesentschädigungsgesetz vom Niedersächsischen Landesamt für Bezüge und Versorgung erledigt.
6. Bestandsbeschreibung	Sachakten der Konzentrationslager-Betreuungsstellen, des Amtes für Wiedergutmachung, der Wiedergutmachungsbehörde, der Bremer Industrie- und Treuhandgesellschaft mbH - aus der Verwaltung der im Rahmen des Globalvertrags mit der IRSO übernommenen Vermögensgegenstände - und des Landesamts für Wiedergutmachung.
7. Erschließungszustand	Erschlossen (Datenbank, analog)
8. Bemerkungen	Der Bestand ist fertig verpackt.

3.6 Staatsarchiv Hamburg

3.6.1 Behörden

1. Archiv	**Staatsarchiv Hamburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**351-11 Amt für Wiedergutmachung**
3. Laufzeit des Bestandes	1933-2006
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 90.000 Stück / 825 lfm
5. Behördengeschichte	- Juni 1945-März 1946: Beratungsstelle für Wiedergutmachungsansprüche - März 1946: Amt für Wiedergutmachung und Flüchtlingshilfe (seitdem mehrmalige Umorganisation der übergeordneten Behörde und Neubenennungen) - Seit 1951: Sozialbehörde - Amt für Wiedergutmachung - ; zuletzt: Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz - Amt für Wiedergutmachung
6. Bestandsbeschreibung	- Deckblatt mit geltend gemachten Ansprüchen. Antragsformulare. Ggf. Unterlagen des Sonderhilfsausschusses aus der Zeit vor 1953. Sämtliche Ermittlungsergebnisse, Beweismittel, Korrespondenz, Entscheidungsvorschläge, Stellungnahmen, Entscheidungen, Zahlungsanweisungen. - Klagverfahrensunterlagen sind separiert in „Klagheften“. - Parallelüberlieferung voraussichtlich im Bestand 213-13 Landgericht Hamburg – Wiedergutmachung und des HansOLG
7. Erschließungszustand	- Namenskartei; zur Zeit Erschließung entsprechend den Empfehlungen der ARK-AG „Wiedergutmachung“ zur Standarderschließung
8. Bemerkungen	- Zur Zeit noch ca. 400 Fälle bei der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz - Amt für Wiedergutmachung

1. Archiv	**Staatsarchiv Hamburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**131-11 Personalamt**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1993
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 7 lfm
5. Behördengeschichte	Zuständigkeit in diesem Fall seit 1951
6. Bestandsbeschreibung	- Sammelakten zur Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst mit alphabetisch geordneten einzelnen Vorgängen; ein Vorgang besteht i.d.R. lediglich aus dem Antrag und dem Bescheid. - Parallelüberlieferung bei ehemaligen Dienststellen der Betroffenen, Verwaltungsgericht, Personalakten der Betroffenen.
7. Erschließungszustand	- Bestand teilweise elektronisch erschlossen (z. Zt. 669 AE); darüber hinaus Personenkartei mit Nachweis auf eine weitere unbestimmte Anzahl an Akten
8. Bemerkungen	Das Personalamt beschränkte sich darauf, die ehemaligen Dienststellen der Betroffenen um Stellungnahme zu bitten. Diese verwiesen i.d.R. auf die Personalakte.

3.6.2 Gerichte

1. Archiv	**Staatsarchiv Hamburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**213-13 Landgericht Hamburg – Wiedergutmachung**
3. Laufzeit des Bestandes	- 1945-2000 (geschätzt)
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 37.500 Stück; 423 lfm
5. Behördengeschichte	- Zuständigkeit in diesem Fall seit Inkrafttreten des BEG
6. Bestandsbeschreibung	- Akten enthalten Klage, Vergleiche bzw. Beschlüsse, Schriftsätze der Parteien, teilweise ausführliche (medizinische) Gutachten und sonstige Beweisstücke. - Parallelüberlieferung voraussichtlich im Bestand 351-11 Amt für Wiedergutmachung.
7. Erschließungszustand	- Alphabetische Namenskarteien zu Entschädigungsverfahren, zu Wiedergutmachungsverfahren der Wiedergutmachungskammer I und zu Wiedergutmachungsverfahren der Wiedergutmachungskammer II
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Staatsarchiv Hamburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**221-5 Verwaltungsgericht Hamburg**
3. Laufzeit des Bestandes	- 1948-1972
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Insgesamt 18 lfm. Da die Akten betreffend die Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst mit den übrigen Verwaltungsstreitigkeiten „vermischt“ sind, ist deren Anteil nicht genau zu ermitteln.
5. Behördengeschichte	- Zuständigkeit der Behörde seit 1951
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten, enthalten Klage, Vergleiche bzw. Beschlüsse, Schriftsätze der Parteien, ggf. Gutachten u. dergl.
7. Erschließungszustand	- Erschlossen
8. Bemerkungen	-

3.7 Hessen

3.7.1 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

3.7.1.1 Oberste Landesbehörden

1. Archiv	**Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Hessisches Sozialministerium, Wiedergutmachungsakten (in Abt. 508)**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1945
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 600 Akten (3,5 lfd. m) betr. die Durchführung des BWGöD; ca. 700 Akten (6 lfd. m) betr. Zuwendungen aus dem Landesfonds zur Unterstützung von bedürftigen Verfolgten
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Entgegennahme von Anträgen nach dem BWGöD; Bewilligung von Zuwendungen aus dem Landesfonds zur Unterstützung von bedürftigen Verfolgten
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten; Lagerung nach Geschäftszeichen - Parallelüberlieferung: Die in den o.g. Akten enthaltenen Informationen finden sich teilweise auch in den korrespondierenden Entschädigungsakten (Abt. 518).
7. Erschließungszustand	- Unverzeichnet.
8. Bemerkungen	-

3.7.1.2 Behörden

1. Archiv	**Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Regierungspräsidium Darmstadt in Wiesbaden Dezernat II 25 – Entschädigungsbehörde (Abt. 518)**
3. Laufzeit des Bestandes	Seit 1968
4. Umfang (Stück / lfm.)	Bislang 88.598 Einzelfallakten (1.604 lfd. m); ca. 6.000 Akten noch bei der Behörde.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: 1946-68 die Regierungspräsidenten in Darmstadt, Kassel und Wiesbaden jeweils für ihren Bezirk a) von 1946 bis 1949 als Hauptbetreuungsstellen für politisch, rassisch und religiös Verfolgte, b) von 1949 bis 1953 als Fachbehörden nach dem Entschädigungsgesetz und c) von 1953 bis 1968 als Entschädigungsbehörden nach dem BErG bzw. BEG [Sonderregelung zu c): *landesweite* Zuständigkeit des Regierungspräsidenten in Darmstadt für Displaced Persons] - Sachliche Zuständigkeit: Entgegennahme und Prüfung der Ansprüche, Entscheidung über die Ansprüche (ggf. Regelung durch Vergleich) und ggf. Befriedigung der Ansprüche; Vertretung des Landes Hessen in den Verfahren vor den Entschädigungskammern (seit 1973 auch vor den Entschädigungssenaten des OLG und des BGH). Bis 1955 auch Versorgung und Betreuung der Verfolgten über die in den Stadt- und Landkreisen errichteten Betreuungsstellen sowie Beschwerdeinstanz für Entscheidungen der Betreuungsstellen
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten; Lagerung nach Archivsignatur - Aktenstruktur: Uneinheitlich. Naturgemäß enthalten die Akten Anträge und Bescheide. In umfangreicheren Akten überwiegen jedoch Unterlagen anderer Art (v.a. solche zu Heilverfahren - darunter ärztliche Gutachten und Atteste - und Renten - darunter Lebensbescheinigungen sowie Erklärungen über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse - sowie allfälliger Schriftwechsel mit dem Antragsteller, Berechnungsbögen, Auszahlungsanordnungen u.ä.). Grundsätzlich sind alle Schriftstücke in chronologischer Reihenfolge geheftet. Gesondert geführt werden lediglich Darlehnsakten und - erst seit 1964 - Rentenakten und - bei erheblichem Aufkommen - Heilverfahrensakten, außerdem Handakten zu Gerichtsverfahren (nur RP Kassel) und die bis 1955 angefallenen Betreuungsakten (nur RP Darmstadt [teilweise]). - Parallelüberlieferung: Einzelfallakten der obersten Landesbehörde und zugleich obersten Entschädigungsbehörde nach dem BEG (z.Zt. Hess. Sozialministerium): Zahl nicht bekannt (466 lfd. m); wegen Parallelüberlieferung nicht archivwürdig (bislang noch bei der Behörde aufbewahrt). - Verfahrensakten der Wiedergutmachungskammern (E) bzw. Entschädigungskammern bei den Landgerichten

	Darmstadt, Frankfurt a.M., Kassel und Wiesbaden: ca. 59.000 Akten (schätzungsweise 1.000 lfd. m); z.T. von dem jeweils zuständigen Staatsarchiv übernommen
7. Erschließungszustand	- Bislang Nr. 1-61787 verzeichnet (elektronisch), im Übrigen über elektronische Abgabelisten recherchierbar
8. Bemerkungen	-

3.7.1.3 Gerichte

1. Archiv	**Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Wiesbaden, Prozessakten der Entschädigungskammer (in Abt. 467)**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1950
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 2.801 Prozessakten (47 lfd. m)
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Entscheidung über Ansprüche aus den o.g. Gesetzen, sofern gegen einen ablehnenden Bescheid der Entschädigungsbehörde Klage erhoben worden war.
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten; Lagerung nach Archivsignatur Es handelt sich ausschließlich um Akten zu Verfahren, die bis 1973 in der Berufungsinstanz (Oberlandesgericht Frankfurt a.M.) anhängig waren. Diese Akten gehen inhaltlich über die korrespondierenden Entschädigungsakten hinaus, da die Prozessvertretung des Landes in diesen Fällen nicht von der Entschädigungsbehörde wahr genommen wurde. - Parallelüberlieferung: Die in den Prozessakten enthaltenen Informationen finden sich teilweise auch in den korrespondierenden Entschädigungsakten (Abt. 518).
7. Erschließungszustand	- Verzeichnet.
8. Bemerkungen	-

3.8 Niedersächsisches Landesarchiv

3.8.1 Staatsarchiv Aurich

3.8.1.1 Behörden

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Aurich –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Wiedergutmachungsakten (Rep. 252)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945–2002
4. Umfang (Stück / lfm.)	2627 Stück / 50 lfm.
5. Behördengeschichte	Für die Feststellung und Entscheidung der Ansprüche nach dem BEG bzw. den früheren landesrechtlichen Vorschriften wurden 1945 in sämtlichen Stadt- bzw. Landkreisen Kreissonderhilfsausschüsse eingerichtet. Diese wurden 1952 durch die Sonderhilfsausschüsse bei den Regierungs- bzw. Verwaltungspräsidenten abgelöst. Diese Zuständigkeit der sieben Regierungs- bzw. Verwaltungspräsidenten wurde 1961 auf die Regierungspräsidenten in Hannover und Hildesheim konzentriert; von 1969 an war der Regierungspräsident in Hannover die einzige Entschädigungsbehörde, ehe schließlich 1976 das Landesverwaltungsamt diese Funktion übernahm. Die von dem 1998 aufgelösten Landesverwaltungsamt durch das Hauptstaatsarchiv Hannover übernommenen Entschädigungsakten sind 2003 nach den ursprünglichen Provenienzen auf die zuständigen Staatsarchive aufgeteilt worden.
6. Bestandsbeschreibung	Einzelfallakten
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Aurich –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Niedersächsische Regierung Aurich, Abt. 2 (Rep. 17/2)**
3. Laufzeit des Bestandes	1946–1978
4. Umfang (Stück / lfm.)	Darin: 142 Entschädigungsakten
5. Behördengeschichte	Der Bestand umfasst die Akten der Abteilung 2 des Niedersächsischen Regierungspräsidenten in Aurich, und damit der Dezernate für die Polizei- und Hoheitsangelegenheiten und das Bau- und Vermessungswesen. Abteilung 2,Feststellung, Entscheidung und Zahlbarmachung der Ansprüche nach dem BErgG bzw. den früheren landesrechtlichen Vorschriften
6. Bestandsbeschreibung	Einzelfallakten zur Entschädigung nationalsozialistischen Unrechts, vor allem nach BwGöD
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	

3.8.1.2 Gerichte

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Aurich –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Aurich (Rep. 107)**
3. Laufzeit des Bestandes	1812–2003
4. Umfang (Stück / lfm.)	41 Stück
5. Behördengeschichte	Gerichtliche Beschwerdeinstanz für die Verfahren nach dem BEG bis 1960.
6. Bestandsbeschreibung	Einzelfallakten
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

3.8.2 Hauptstaatsarchiv Hannover

3.8.2.1 Ministerien

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaats-archiv Hannover –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Ministerium des Innern (Nds. 100)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945–1982
4. Umfang (Stück / lfm.)	ca. 700 Stück
5. Behördengeschichte	Das Ministerium hat die Fach- und Dienstaufsicht über die Entschädigungsbehörden und ist zuständig für Grundsatzangelegenheiten nach dem BEG.
6. Bestandsbeschreibung	Sachakten, Statistiken, Einzelfallakten
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

3.8.2.2 Behörden

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesverwaltungsamt: Wiedergutmachung (Entschädigung) (Nds. 110 W Entschädigung)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945–2001
4. Umfang (Stück / lfm.)	ca. 2000 lfm.
5. Behördengeschichte	Für die Feststellung und Entscheidung der Ansprüche nach dem BEG bzw. den früheren landesrechtlichen Vorschriften wurden 1945 in sämtlichen Stadt- bzw. Landkreisen Kreissonderhilfsausschüsse eingerichtet. Diese wurden 1952 durch die Sonderhilfsausschüsse bei den Regierungs- bzw. Verwaltungspräsidenten abgelöst. Diese Zuständigkeit der sieben Regierungs- bzw. Verwaltungspräsidenten wurde 1961 auf die Regierungspräsidenten in Hannover und Hildesheim konzentriert; von 1969 an war der Regierungspräsident in Hannover die einzige Entschädigungsbehörde, ehe schließlich 1976 das Landesverwaltungsamt diese Funktion übernahm. Die von dem 1998 aufgelösten Landesverwaltungsamt durch das Hauptstaatsarchiv Hannover übernommenen Entschädigungsakten sind 2003 nach den ursprünglichen Provenienzen auf die zuständigen Staatsarchive aufgeteilt worden.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst nach Registriernummern geordnete Einzelfallakten, bestehend aus Anträgen, Beweismitteln, Bescheiden und Korrespondenz u.a.
7. Erschließungszustand	EDV-Findbuch/Datenbank in Bearbeitung. Zurzeit sind rund 50% des Bestandes erschlossen; der Rest ist mittels einer Kartei recherchierbar.
8. Bemerkungen	-

3.8.2.3 Gerichte

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Oberlandesgericht Celle (Nds. 710)**
3. Laufzeit des Bestandes	1954–1971 (Laufzeit der Entschädigungssachen)
4. Umfang (Stück / lfm.)	63 Stück
5. Behördengeschichte	Das Oberlandesgericht Celle ist Berufungsinstanz in Entschädigungs- und Rückerstattungssachen.
6. Bestandsbeschreibung	Überwiegend Register der Berufungsfälle und Sammlungen der Berufungsurteile in Entschädigungssachen.
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Hannover (Nds. 720 Hannover)**
3. Laufzeit des Bestandes	ca. 1948–2007 (Laufzeit der Entschädigungsakten)
4. Umfang (Stück / lfm.)	ca. 93 lfm.
5. Behördengeschichte	Gerichtliche Beschwerdeinstanz für die Verfahren nach dem BEG.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Prozessakten mit Anträgen, Beweismitteln, Bescheiden, Urteilen und Begründungen. Eine Parallelüberlieferung findet sich in den Entschädigungsakten der zuständigen Entschädigungsbehörde.
7. Erschließungszustand	EDV-Findbuch in Bearbeitung
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Hildesheim (Nds. 720 Hildesheim)**
3. Laufzeit des Bestandes	ca. 1952–1984 (Laufzeit der Entschädigungsakten)
4. Umfang (Stück / lfm.)	277 Stück / 87,2 lfm
5. Behördengeschichte	Gerichtliche Beschwerdeinstanz für die Verfahren nach dem BEG bis 1976.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Prozessakten mit Anträgen, Beweismitteln, Bescheiden, Urteilen und Begründungen. Eine Parallelüberlieferung findet sich in den Entschädigungsakten der Regierungsbezirke.
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

3.8.3 Staatsarchiv Oldenburg

3.8.3.1 Behörden

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Oldenburg –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Verwaltungspräsident Oldenburg – Entschädigungsbehörde – (Rep. 405)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945–2002
4. Umfang (Stück / lfm.)	ca. 6.000 Stück / ca. 77 lfm.
5. Behördengeschichte	Für die Feststellung und Entscheidung der Ansprüche nach dem BEG bzw. den früheren landesrechtlichen Vorschriften wurden 1945 in sämtlichen Stadt- bzw. Landkreisen Kreissonderhilfsausschüsse eingerichtet. Diese wurden 1952 durch die Sonderhilfsausschüsse bei den Regierungs- bzw. Verwaltungspräsidenten abgelöst. Diese Zuständigkeit der sieben Regierungs- bzw. Verwaltungspräsidenten wurde 1961 auf die Regierungspräsidenten in Hannover und Hildesheim konzentriert; von 1969 an war der Regierungspräsident in Hannover die einzige Entschädigungsbehörde, ehe schließlich 1976 das Landesverwaltungsamt diese Funktion übernahm. Die von dem 1998 aufgelösten Landesverwaltungsamt durch das Hauptstaatsarchiv Hannover übernommenen Entschädigungsakten sind 2003 nach den ursprünglichen Provenienzen auf die zuständigen Staatsarchive aufgeteilt worden.
6. Bestandsbeschreibung	Die Einzelfallakten enthalten die Anträge, Belege, Entscheidungen usw.
7. Erschließungszustand	EDV-Findbuch/Datenbank (ca. 60 % erschlossen), zentrale Generalkartei im Hauptstaatsarchiv Hannover
8. Bemerkungen	-

3.8.3.2 Gerichte

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Oldenburg –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Oldenburg (Rep. 941)**
3. Laufzeit des Bestandes	ca. 1949–1975 (Laufzeit der Entschädigungsakten)
4. Umfang (Stück / lfm.)	1444 Stück
5. Behördengeschichte	Gerichtliche Beschwerdeinstanz für die Verfahren nach dem BEG.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Prozessakten mit Anträgen, Beweismitteln, Bescheiden, Urteilen und Begründungen. Eine Parallelüberlieferung findet sich in den Entschädigungsakten der Entschädigungsbehörden.
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

3.8.4 Staatsarchiv Osnabrück

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Osnabrück –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksregierung Osnabrück – Entschädigungsbehörde (Rep 430 Dez 902)**
3. Laufzeit des Bestandes	1920–2005
4. Umfang (Stück / lfm.)	2516 Stück / 35,6 lfm.
5. Behördengeschichte	Für die Feststellung und Entscheidung der Ansprüche nach dem BEG bzw. den früheren landesrechtlichen Vorschriften wurden 1945 in sämtlichen Stadt- bzw. Landkreisen Kreissonderhilfsausschüsse eingerichtet. Diese wurden 1952 durch die Sonderhilfsausschüsse bei den Regierungs- bzw. Verwaltungspräsidenten abgelöst. Diese Zuständigkeit der sieben Regierungs- bzw. Verwaltungspräsidenten wurde 1961 auf die Regierungspräsidenten in Hannover und Hildesheim konzentriert; von 1969 an war der Regierungspräsident in Hannover die einzige Entschädigungsbehörde, ehe schließlich 1976 das Landesverwaltungsamt diese Funktion übernahm. Die von dem 1998 aufgelösten Landesverwaltungsamt durch das Hauptstaatsarchiv Hannover übernommenen Entschädigungsakten sind 2003 nach den ursprünglichen Provenienzen auf die zuständigen Staatsarchive aufgeteilt worden.
6. Bestandsbeschreibung	Verwaltungsakten, Einzelfallakten betr. Wiedergutmachung, auch Vorakten zur Ermittlung des Verfolgungstatbestandes.
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

3.8.5 Staatsarchiv Stade

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Stade –**
2. Bestand /Bestandsgruppe	**Wiedergutmachungsakten betr. Regierungsbezirk Stade (Rep. 210)**
3. Laufzeit des Bestandes	1890–1979
4. Umfang (Stck / lfm.)	3022 Stück / 29,8 lfm.
5. Behördengeschichte	Für die Feststellung und Entscheidung der Ansprüche nach dem BEG bzw. den früheren landesrechtlichen Vorschriften wurden 1945 in sämtlichen Stadt- bzw. Landkreisen Kreissonderhilfsausschüsse eingerichtet. Diese wurden 1952 durch die Sonderhilfsausschüsse bei den Regierungs- bzw. Verwaltungspräsidenten abgelöst. Diese Zuständigkeit der sieben Regierungs- bzw. Verwaltungspräsidenten wurde 1961 auf die Regierungspräsidenten in Hannover und Hildesheim konzentriert; von 1969 an war der Regierungspräsident in Hannover die einzige Entschädigungsbehörde, ehe schließlich 1976 das Landesverwaltungsamt diese Funktion übernahm. Die von dem 1998 aufgelösten Landesverwaltungsamt durch das Hauptstaatsarchiv Hannover übernommenen Entschädigungsakten sind 2003 nach den ursprünglichen Provenienzen auf die zuständigen Staatsarchive aufgeteilt worden.
6. Bestandsbeschreibung	Einzelfallakten zur Entschädigung
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Stade –**
2. Bestand /Bestandsgruppe	**Regierungspräsident Stade 1885–1978, Unterstützung und Soziales (Rep. 180 U)**
3. Laufzeit des Bestandes	1885–1978
4. Umfang (Stck / lfm.)	493 Stück / 1,4 lfm.
5. Behördengeschichte	In die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten in Stade fielen zahlreiche verschiedene Aufgaben aus dem großen Themenbereich "Unterstützung und Soziales". 1952 ging die Feststellung und Entscheidung der Entschädigungsansprüche von NS-Verfolgten von den kommunalen Kreissonderhilfsausschüssen auf die Sonderhilfsausschüsse der Regierungspräsidenten über.
6. Bestandsbeschreibung	Einen großen Teil des Bestandes Rep. 180 U machen die Einzelfallakten zur Entschädigung nationalsozialistischen Unrechts aus, die anfangs bei den kommunalen Kreissonderhilfsausschüssen, ab 1953 beim Sonderhilfsausschuss des Regierungspräsidenten in Stade entstanden sind.
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	„Restbestand“ der Akten der Kreissonderhilfsausschüsse

3.8.6 Staatsarchiv Wolfenbüttel

3.8.6.1 Behörden

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Wolfenbüttel –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**4 Nds Wiedergutmachung: Verwaltungspräsident/Bezirksregierung Braunschweig als Entschädigungsbehörde**
3. Laufzeit des Bestandes	1945–1961 (1933–2002)
4. Umfang (Stück / lfm.)	7689 Stück / 116,3 lfm.
5. Behördengeschichte	Für die Feststellung und Entscheidung der Ansprüche nach dem BEG bzw. den früheren landesrechtlichen Vorschriften wurden 1945 in sämtlichen Stadt- bzw. Landkreisen Kreissonderhilfsausschüsse eingerichtet. Diese wurden 1952 durch die Sonderhilfsausschüsse bei den Regierungs- bzw. Verwaltungspräsidenten abgelöst. Diese Zuständigkeit der sieben Regierungs- bzw. Verwaltungspräsidenten wurde 1961 auf die Regierungspräsidenten in Hannover und Hildesheim konzentriert; von 1969 an war der Regierungspräsident in Hannover die einzige Entschädigungsbehörde, ehe schließlich 1976 das Landesverwaltungsamt diese Funktion übernahm. Die von dem 1998 aufgelösten Landesverwaltungsamt durch das Hauptstaatsarchiv Hannover übernommenen Entschädigungsakten sind 2003 nach den ursprünglichen Provenienzen auf die zuständigen Staatsarchive aufgeteilt worden.
6. Bestandsbeschreibung	Sachakten (Grundlagen, Organisation); Einzelfallakten (Entschädigungsverfahren, Haftentschädigungsverfahren)
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

3.8.6.2 Gerichte

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Wolfenbüttel –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Braunschweig Sonderfindbuch Entschädigung (58 Nds Fb. 4)**
3. Laufzeit des Bestandes	1946–2004
4. Umfang (Stück / lfm.)	926 Stück / 9 lfm.
5. Behördengeschichte	Gerichtliche Beschwerdeinstanz für die Verfahren nach dem BEG.
6. Bestandsbeschreibung	Verfahrensakten
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

3.9 Landesarchiv Nordrhein-Westfalen

3.9.1 Abt. Rheinland

3.9.1.1 Ministerien

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Innenministerium NRW, Entschädigungsakten (NW 023)**
3. Laufzeit des Bestandes	1950-1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	5 Stück
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Sachakten: Gesetzgebungsverfahren, Erlasse - Parallelüberlieferung: LAW NRW Abt. Rheinland NW 114
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 310.10
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Innenministerium NRW, Entschädigungsakten (NW 110)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1965
4. Umfang (Stück / lfm.)	35 Stück
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Sachakten: Generalia und Entscheidungssammlungen. - Einzelfallakten: personenbezogene Einzelfälle in alphabetischer Ordnung.
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 310.18
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Innenministerium NRW, Entschädigungsakten (NW 114)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1960
4. Umfang (Stück / lfm.)	517 Stück
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Sachakten: Dienststellenverwaltung, rechtliche Grundlagen, Ausschüsse, Kammern, Durchführung der Wiedergutmachung
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 310.11
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Innenministerium NRW, Entschädigungsakten (NW 314)**
3. Laufzeit des Bestandes	Seit 1946
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 20.000 Einzelfälle, ca. 30 lfm.
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfälle von Entscheidungen, die an das Ministerium herangetragen wurden, geordnet nach ZK-Nummern. - Berichte der Bezirksregierungen, interne Sachstandsvermerke; oft nur Übersendungsmitteilungen.
7. Erschließungszustand	Ablieferungsliste; Ordnung aufsteigend nach ZK-Nummern. Bei bekannter Nummer kann die betreffende Person ermittelt werden.
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Innenministerium NRW, Entschädigungsakten (NW 653)**
3. Laufzeit des Bestandes	Seit 1946
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 1500 Einzelfälle, ca. 0.7 lfm.
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	Einzelfälle, nur ein Teil der Überlieferung
7. Erschließungszustand	Unverzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Innenministerium NRW, Wiedergutmachung öffentlicher Dienst (NW 293)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1967
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 10 lfm.
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfälle, Ablage in alphabetischer Ordnung. - Parallelüberlieferung: Bezirksregierungen
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 310.22
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Innenministerium NRW, Wiedergutmachung öffentlicher Dienst (NW 652)**
3. Laufzeit des Bestandes	Seit 1946
4. Umfang (Stück / lfm.)	186 Stück
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Generalia und Einzelfallakten. - Parallelüberlieferung: Bezirksregierungen.
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 310.08
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Innenministerium NRW, Wiedergutmachung öffentlicher Dienst (NW 1160)**
3. Laufzeit des Bestandes	1936-2003
4. Umfang (Stück / lfm.)	273 Stück
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	Generalia
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 310.52.00
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Innenministerium NRW, Wiedergutmachung öffentlicher Dienst (NW 1163)**
3. Laufzeit des Bestandes	1943-2003
4. Umfang (Stück / lfm.)	156 Stück
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	Generalia
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 310.53.00
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Justizministerium NRW, Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst (NW 238)**
3. Laufzeit des Bestandes	1947-1975 (1982, 1986)
4. Umfang (Stück / lfm.)	477 Stück
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten: geordnet nach Namen A-Z, außerdem Index vorhanden
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 320.12.00
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Kultusministerium NRW, Wiedergutmachung öffentlicher Dienst (NW 015, NW 018, NW 019, NW 020, NW 144, NW 227, NW 392, NW 417)**
3. Laufzeit des Bestandes	1941-1971
4. Umfang (Stück / lfm.)	26 Stück
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfälle: Lehrer, Hochschullehrer, Beamte aus dem Kultusbereich - Serienakten in alphabetischer Reihenfolge - Sachakten - Parallelüberlieferung: LAV NRW Abt. Rheinland NW 015, NW 025, NW 144, NW 417, NW 172.
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbücher 330.01, 330.04.01, 330.08, 330.13, 330.23, 330.36.05, 335.11.02 NW 392: Ablieferungsliste
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Kultusministerium NRW, Wiedergutmachung öffentlicher Dienst (NW 118)**
3. Laufzeit des Bestandes	1947-1959
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 50 Stück
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten (Lehrer) in alphabetischer Reihenfolge -Parallelüberlieferung: LAV HSA NW 18, NW 19, NW 20, NW 523
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 330.36
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Kultusministerium NRW, Wiedergutmachung öffentlicher Dienst (NW 523)**
3. Laufzeit des Bestandes	1952-1978
4. Umfang (Stück / lfm.)	57 Stück
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten: Lehrer - Parallelüberlieferung: LAV HSA NW 18, NW 19, NW 20, NW 118
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 330.50
8. Bemerkungen	-

3.9.1.2 Behörden

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksregierung Köln, Darlehensakten (BR 2007)**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1985
4. Umfang (Stück / lfm.)	157 Stück
5. Behördengeschichte	Nachfolger: Ab 1985 Landesrentenbehörde, ab 1994 Bezirksregierung Düsseldorf, Abt. Wiedergutmachung.
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten: Darlehensgewährung, Tilgungspläne und –vermerke.
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 214.17.02
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksregierung Köln, Dez. 24 Entschädigung für Zwangssterilisierte (BR 2196)**
3. Laufzeit des Bestandes	Seit 1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	183 Stück
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Sachakten: Allgemeine Unterlagen zur Entschädigung - Einzelfallakten: Anträge auf Entschädigung, abgelehnte Anträge, bewilligte Anträge nach Widerspruch. - Anordnung der Einzelfälle nach den Nummern, diese in der Namenkartei enthalten. - Parallelüberlieferung: Akten der Justiz (Erbgesundheits-gerichte)
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 214.17.03
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgrup-pe	**Bezirksregierung Köln, Entschädigungsakten (An-tragsteller mit fehlenden Voraussetzungen) (BR 2168)**
3. Laufzeit des Bestandes	1956-1985
4. Umfang (Stück / lfm.)	390 Stück
5. Behördengeschichte	Nachfolger: Ab 1985 Landesrentenbehörde, ab 1994 Be-zirksregierung Düsseldorf, Abt. Wiedergutmachung.
6. Bestandsbeschreibung	- Jeweils nach den Anfangsbuchstaben der Einsender/ Antragsteller angelegte chronologische Serien. Anträge auf Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz (Einzelfälle A-Z).1970-1979.
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 212.31.01
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksregierung Köln, Entschädigungsakten (Einwohner Kölns) (BR 2171)**
3. Laufzeit des Bestandes	1956-1985
4. Umfang (Stück / lfm.)	7 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Stadt Köln: Fürsorgestelle für entlassene politische Gefangene, Hilfestelle für politisch Verfolgte, Amt für politisch Verfolgte und Geschädigte (1945-53); Amt für Wiedergutmachung (ab 1954). - Nachfolger: Ab 1985 Landesrentenbehörde, ab 1994 Bezirksregierung Düsseldorf, Abt. Wiedergutmachung.
6. Bestandsbeschreibung	- Stehordner mit den Anträgen und dazugehörigem Schriftverkehr in alphabetischer Reihenfolge der Antragsteller; Rückentitel: „Stadt Köln“; - Alphabetische Reihenfolge von Bd. [1] bis Bd. [52]; außerdem 11 Stehordner „abgegebene Anträge“ in alphabetischer Reichenfolge, hier Laufzeit ca. 1955-1980.
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 212.31.05
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksregierung Köln, Entschädigungsakten (Korrespondenz mit Rechtsanwälten) (BR 2172)**
3. Laufzeit des Bestandes	1956-1965
4. Umfang (Stück / lfm.)	152 Stück
5. Behördengeschichte	Nachfolger: Ab 1985 Landesrentenbehörde, ab 1994 Bezirksregierung Düsseldorf, Abt. Wiedergutmachung.
6. Bestandsbeschreibung	- Stehordner in alphabetischer Reihenfolge der Rechtsanwälte; Aktentitel: „BEG Allg. Rechtsanwälte (Vertreter)“.
7. Erschließungszustand	Unverzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksregierung Köln, Generalakten zur Entschädigung (BR 2172)**
3. Laufzeit des Bestandes	1956-1985
4. Umfang (Stück / lfm.)	152 Stück
5. Behördengeschichte	Nachfolger: Ab 1985 Landesrentenbehörde, ab 1994 Bezirksregierung Düsseldorf, Abt. Wiedergutmachung.
6. Bestandsbeschreibung	- Generalakten zur Entschädigung
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 214.17.01
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesrentenbehörde NRW, Rentenakten (BR 2182)**
3. Laufzeit des Bestandes	1958-1994
4. Umfang (Stück / lfm.)	25255 Stück
5. Behördengeschichte	- Vorgänger:1953-1958 Bezirksregierung Düsseldorf, Dez. 17 - Nachfolger: Ab 1994 Bezirksregierung Düsseldorf, Abt. Wiedergutmachung.
6. Bestandsbeschreibung	- Hängehefter, innerhalb der Anspruchsgruppen nach Anfangsbuchstaben und vierstelligen Springnummern geordnet; alphabetische Ordnung nicht ganz konsequent. - Die einzelnen Hefter am Ende des Az. gekennzeichnet u. a. mit B = Rente wegen Gesundheitsschadens gem. §§ 28 ff. BEG, E = Elternrente.
7. Erschließungszustand	- Abgabeliste in Dateiform liegt vor
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesrentenbehörde NRW, Rentenakten (BR 2185)**
3. Laufzeit des Bestandes	1958-1994
4. Umfang (Stück / lfm.)	19890 Stück
5. Behördengeschichte	- Vorgänger:1953-1958 Bezirksregierung Düsseldorf, Dez. 17 - Nachfolger: Ab 1994 Bezirksregierung Düsseldorf, Abt. Wiedergutmachung
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten: Anspruchsgruppe 3 = Ausland gem. § 160 BEG) - Hängehefter, innerhalb der Anspruchsgruppen nach Anfangsbuchstaben und vierstelligen Springnummern geordnet; alphabetische Ordnung nicht ganz konsequent. - Die einzelnen Hefter am Ende des Az. gekennzeichnet u. a. mit B = Rente wegen Gesundheitsschadens gem. §§ 28 ff. BEG, E = Elternrente.
7. Erschließungszustand	Abgabeliste in Dateiform liegt vor
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Oberversicherungsamt für den Regierungsbezirk Düsseldorf - Spruchkammer für Unfallversicherung, Wiedergutmachungsakten (BR 2080)**
3. Laufzeit des Bestandes	1953-1989
4. Umfang (Stück / lfm.)	993 Stück
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch 277.01.00
8. Bemerkungen	-

3.9.1.3 Gerichte

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Verwaltungsgericht Köln: Verfahrensakten Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst / Wiedergutmachung für Mitarbeiter jüdischer Einrichtungen**
3. Laufzeit des Bestandes	1953-1966
4. Umfang (Stück / lfm.)	17 Stück
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	Einzelfallakten
7. Erschließungszustand	Erschlossen
8. Bemerkungen	-

3.9.2 Abt. Westfalen

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Westfalen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksregierung Arnsberg, Entschädigungsakten (B 427)**
3. Laufzeit des Bestandes	1953-1969
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 30.000 Stück / ca. 437 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Bezirksausschuss zur Anerkennung der Verfolgten und Geschädigten der NS-Gewaltherrschaft. - Nachfolger: 1969-1994: Landesrentenbehörde, Düsseldorf, ab 1994: Bezirksregierung Düsseldorf, Abt. Wiedergutmachung, ab 2008: Bezirksregierung Düsseldorf Dez. 15.
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten, geordnet nach ZK- Nr. - Namenkartei der Verfolgten bzw. Anspruchsberechtigten erledigte oder abgegebene Anträge ohne Vergabe einer ZK-NR. - Bescheidsammlung -chronologisch- - Bescheidsammlung -thematisch- (unvollständig) - Bescheidsammlung -geordnet nach ZK-Nr.- (unvollständig) - Anerkennungsbescheide - Entscheidungssammlung - z.T. nach Gericht LG, OLG, BGH, z.T. chronologisch geordnet- - Entscheidungssammlung -geordnet nach Paragraphen- (sog. Richtsatzkartei) - Urteilssammlung, Erlasse, -thematisch- - Listen der Berechtigten, geordnet nach ZK-Nr. - Ausländer-Grundliste, - alphabetisch geordnet- - Zentralkartei der Wiedergutmachungsleistungen, geordnet nach ZK-Nr. - Leistungsakten -geordnet nach Leistungsart- - Verzeichnisse der nach Köln abgegebenen Akten - Materialsammlungen, Statistiken, Handakten - Verwaltungsakten, Haushaltsüberwachungslisten (HÜL) -Parallelüberlieferung: Verfahrensakten der Entschädigungskammer beim Landgericht Arnsberg.
7. Erschließungszustand	Findbuch B427
8. Bemerkungen	Ca. 1000 Einzelfallakten noch in Bearbeitung bei der Bezirksregierung Düsseldorf, Dez. 15.

1. Archiv	LAV NRW Abt. Westfalen
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksregierung Münster, Entschädigungsakten**
3. Laufzeit des Bestandes	1953-1968
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 12.000 Stück / ca. 123 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Bezirksausschuss zur Anerkennung der Verfolgten und Geschädigten der NS-Gewaltherrschaft. - Nachfolger: 1969-1994: Landesrentenbehörde, Düsseldorf, ab 1994: Bezirksregierung Düsseldorf, Abt. Wiedergutmachung, ab 2008: Bezirksregierung Düsseldorf Dez. 15.
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten, geordnet nach Registrier-Nummer. - Generalakten vorhanden, genauere Informationen liegen nicht vor. Bescheidsammlung nicht vorhanden. - Parallelüberlieferung: Verfahrensakten des Landgerichts Münster, Entschädigungskammer.
7. Erschließungszustand	Unverzeichnet; Namenkartei zu Einzelfallakten vorhanden
8. Bemerkungen	- Lagerort: Bezirksregierung Düsseldorf, Außenstelle Vogelsangerweg. - In Abt. Westfalen: 71 Sammelordner mit Vorgängen aufgrund landesrechtlicher Bestimmungen -alphabetisch geordnet.

1. Archiv	LAV NRW Abt. Westfalen
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksregierung Münster, Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst (B 201 Bd. 9)**
3. Laufzeit des Bestandes	1951ff.
4. Umfang (Stück / lfm.)	385 Stück
5. Behördengeschichte	Bezirksregierung Münster, Dez. für Wiedergutmachung
6. Bestandsbeschreibung	Überwiegend Einzelfallakten
7. Erschließungszustand	Erschlossen (1951ff.)
8. Bemerkungen	Literatur: Klaus Nippert, Zur Bewertung von Schriftgut aus der Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst, am Beispiel des Landes Nordrhein-Westfalen, in: Nils Brübach (Hg.), Archivierung und Zugang. Transferarbeiten des 34. wissenschaftlichen Kurses der Archivschule Marburg, Marburg 2002, S. 167-189

3.9.3 Abt. Ostwestfalen-Lippe

3.9.3.1 Behörden

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Ostwestfalen-Lippe**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksregierung Detmold, Entschädigungsakten (D 1)**
3. Laufzeit des Bestandes	1953-1968
4. Umfang (Stück / lfm.)	a) Noch bei der Bezirksregierung Düsseldorf: ca. 12.000 Stück / 137 lfm. b) Abt. Ostwestfalen-Lippe: 650 Archivbände = 20 lfm. Wiedergutmachung 1946-1969. Davon 62 Bände Wiedergutmachung vor Inkrafttreten des BEG 1946-1954; 286 Bände „Vorschriften, Bestimmungen und Aktionen zur Vorbereitung, Durchführung und Koordinierung der Wiedergutmachungsverfahren“ 1950-1969; 302 Archivbände „Entschädigungsverfahren und –bescheide“ 1954-1969.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Ämter für Wiedergutmachung; Kreissonderhilfsausschüsse. Aufgelöst nach Einführung des BEG. - Nachfolger: 1969-1994: Landesrentenbehörde, ab 1994: Bezirksregierung Düsseldorf. Abt. f. Wiedergutmachung.
6. Bestandsbeschreibung	- 4a) Einzelfallakten geordnet nach Aktennummer. Es gibt eine alphabetisch nach den Namen der Anspruchsberechtigten geordnete Kartei, aus der die Aktennummer hervorgeht. Generalakten sind bei der Abt. für Wiedergutmachung in Düsseldorf (Dienstgebäude Tannenstraße) vorhanden, werden aber für den laufenden Dienstbetrieb noch benötigt. - 4b) Eine Bescheidsammlung wurde bereits ins Abt. Ostwestfalen-Lippe übernommen (Findbuch D 1 Bd. 26). Bescheide - auch Teilbescheide - sind zum Teil chronologisch geordnet und jahrgangsweise durchgezählt, zum Teil nach Schadenstatbeständen des BEG und nach In- und Ausländern. - Parallelüberlieferung: Landgericht Detmold (Entschädigungskammer). Entschädigungsakten der Sonderhilfsausschüsse im Kreisarchivs Lippe.
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Findbuch: D1 Band 26
8. Bemerkungen	-

3.9.3.2 Gerichte

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Ostwestfalen-Lippe**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Detmold, Entschädigungskammer (D 20 B)**
3. Laufzeit des Bestandes	1953-1968
4. Umfang (Stück / lfm.)	2410 Stück / ca. 31 lfm.
5. Behördengeschichte	- Nachfolger: 1969 – 1994: Landgericht Köln, ab 1994: Landgericht Düsseldorf.
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten geordnet nach Aktennummer. Es gibt ein alphabetisches Namenverzeichnis, aus dem das Aktenzeichen hervorgeht. Generalakten (darunter auch Register und Namensverzeichnisse). Es handelt sich bei den Einzelfallakten um Zivilprozessakten mit der für diese typischen Struktur: Klageschrift, Klagebeantwortung, Schriftsätze der Prozessparteien, Beweismittel, Protokoll der mündlichen Verhandlung, Vergleich oder Urteil, ggf. Berufung, weitere Schriftsätze, Protokoll der mündlichen Berufungsverhandlung, Urteil, Kostenfestsetzung. - Parallelüberlieferung: Einzelfallakten der Entschädigungsbehörde beim RP Detmold.
7. Erschließungszustand	- Verzeichnet: Findbuch D 20 B. Hierbei handelt es sich um eine ältere Verzeichnung, die nur als Ausdruck vorhanden ist und die noch digitalisiert werden muss. Bei der Verzeichnung anderer Unterlagen des Landgerichts Detmold nachträglich aufgefundene Einzelfall- und Generalakten der Entschädigungskammer wurden hingegen bereits digital erfasst.
8. Bemerkungen	- In diesen Akten sind Beweismittel enthalten, die sich nicht in den Entschädigungsakten befinden. Auch Verweise auf Erbgesundheitsgerichtsakten.

3.10 Rheinland-Pfalz

Vorbemerkung für Rheinland-Pfalz

Die Überlieferung in den Staatsarchiven von Rheinland-Pfalz ist im Bereich der Wiedergutmachung noch sehr lückenhaft. Dies liegt vor allem daran, dass das Schriftgut zur „Entschädigung“ noch ausschließlich der Verfügungsgewalt des Amtes für Wiedergutmachung in Saarburg unterliegt. Davon betroffen sind bis auf wenige Ausnahmen auch die Überlieferungen der Vorgängerbehörden des Amtes für Wiedergutmachung. Auch die Parallelüberlieferung der Justiz konnte noch nicht umfassend bewertet werden. Es ist also in den kommenden Jahren damit zu rechnen, dass weiteres Schriftgut in die Archive gelangen wird.

3.10.1 Landeshauptarchiv Koblenz

3.10.1.1 Behörden

1. Archiv	**Landeshauptarchiv Koblenz**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Bezirksamt für Wiedergutmachung Koblenz (Best. 540,001)**
3. Laufzeit des Bestandes	1931-1983
4. Umfang (Stück / lfm.)	Verzeichnet: 2931 Akten / 21,5 Regalmeter Unverzeichnet: 2,7 lfd. km (plus ca. 7 lfd km beim Amt für Wiedergutmachung in Saarburg)
5. Behördengeschichte	- Zeitraum der Behördenzuständigkeit: Rückerstattung: 1946-1985 Entschädigung: 1953-1983 - Vorgängerbehörden: 1946-1951 Ämter für kontrollierte Vermögen bei Stadt- u. Kreisverwaltungen; (daneben) seit 1947 Betreuungsstellen für die Opfer des Faschismus (1950 eingegliedert in die Ämter für kontrollierte Vermögen) Sondervermögen für Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts – Anstalt des öffentlichen Rechts – Koblenz (bisher für 1949 nachgewiesen) 1951-1953 Regierungsbezirksämter für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen - Nachfolgebehörden: Rückerstattung: Seit 1974 Bezirksamt für Wiedergutmachung, Saarburg Entschädigung: 1983-1991 Abwicklungsstelle für Wiedergutmachung, Koblenz Seit 1983 Amt für Wiedergutmachung, Saarburg
6. Bestandsbeschreibung	Bereich Entschädigungsakten: Bestandsstruktur: Einzelfallakten Aktenstruktur: zumeist Antrag, Nachweise und Entscheidung Parallelüberlieferung: Wiedergutmachungsakten des LG und AG Koblenz (bisher nicht bewertet) Bereich Rückerstattung:

	Bestandstruktur: Einzelfallakten, Sammelsachakten, statistische Übersichten Aktenstruktur: Übersichten und Listen über gesperrte Vermögen, Berichte, Auskünfte an Behörden, Restitutionsanträge, Besitznachweise Parallelüberlieferung: Finanzämter und LG Koblenz
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Vermögenskontrolle ca. 950 Akten; Betreuungsstellen für die Opfer des Faschismus ca. 1950 Akten
8. Bemerkungen	Enthält auch Überlieferung des Landesamts für Wiedergutmachung und verwaltete Vermögen Mainz und Amts für Wiedergutmachung des Landes Rheinland-Pfalz in Berlin

1. Archiv	**Landeshauptarchiv Koblenz**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksamt für Wiedergutmachung Trier (Best. 540,002)**
3. Laufzeit des Bestandes	1920-1988
4. Umfang (Stück / lfm.)	1474 Akten / 8,5 Regalmeter -> Siehe auch: Bezirksamt für Wiedergutmachung Koblenz, Bestand 540,001
5. Behördengeschichte	- Zeitraum der Behördenzuständigkeit: Rückerstattung: 1946-1974 Entschädigung: 1953-1974 - Vorgängerbehörden: 1946-1951 Ämter für kontrollierte Vermögen bei Stadt- u. Kreisverwaltungen; (daneben) seit 1947 Betreuungsstellen für die Opfer des Faschismus (1950 eingegliedert in die Ämter für kontrollierte Vermögen) Sondervermögen für Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts – Anstalt des öffentlichen Rechts – Koblenz (bisher für 1949 nachgewiesen) 1951-1953 Regierungsbezirksämter für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen - Nachfolgebehörden: Rückerstattung und Entschädigung: Seit 1974 Bezirksamt für Wiedergutmachung, Saarburg
6. Bestandsbeschreibung	Organisation des Bezirksamts für Wiedergutmachung Trier: - Bereich Entschädigungsakten: Bestandsstruktur: Einzelfallakten Aktenstruktur: zumeist Antrag, Nachweise und Entscheidung Parallelüberlieferung: Wiedergutmachungsakten des LG Trier (bisher nicht bewertet) - Bereich Rückerstattung: Bestandstruktur: Einzelfallakten, Sammelsachakten, statistische Übersichten Aktenstruktur: Übersichten und Listen über gesperrte Vermögen, Berichte, Auskünfte an Behörden, Restitutionsanträge, Besitznachweise Parallelüberlieferung: Finanzämter und LG Trier
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Vermögenskontrolle 235 Akten; Rückerstattung ca. 750 Akten; Betreuungsstellen für die Opfer des Faschismus ca. 400 Akten
8. Bemerkungen	-

3.10.1.2 Gerichte

1. Archiv	**Landeshauptarchiv Koblenz**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Amtsgericht Koblenz (Best. 602,023)**
3. Laufzeit des Bestandes	1949-1958
4. Umfang (Stück / lfm.)	209 Akten (ca. 1 lfm.)
5. Behördengeschichte	Zuständig 1951-1953
6. Bestandsbeschreibung	- Wiedergutmachungsausschuss (1. Instanz) – Einsprüche gegen Bescheide der Bezirksämter für Wiedergutmachung Einzelfallakten - Aktenstruktur: C (WG)- und H (WG)- Akten - Parallelüberlieferung: Prozesshandakten der Bezirksämter für Wiedergutmachung (Koblenz); LG Koblenz; OLG Koblenz
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Landeshauptarchiv Koblenz**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Landgericht Koblenz (Best. 583,001)**
3. Laufzeit des Bestandes	1946-1996
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 60.000 Stück /ca. 161 Regalmeter
5. Behördengeschichte	Zuständig bis 1986
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten aus den Komplexen Rückerstattung und Wiedergutmachung - Aktenstruktur: Prozessakten mit Beschluss / Entscheidung / Urteil - Parallelüberlieferung: Finanzamtsakten; OFD Koblenz (BRüG-Akten); OLG Koblenz; Amt für Wiedergutmachung Saarburg
7. Erschließungszustand	3100 Rückerstattungsakten verzeichnet (Az OR)
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Landeshauptarchiv Koblenz**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Landgericht Trier (Best. 583,002)**
3. Laufzeit des Bestandes	1944-1989
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 135 lfm.
5. Behördengeschichte	Behördenzuständigkeit bis heute, da seit 1986 zentral für Rheinland-Pfalz für Klageverfahren gegen das Amt für Wiedergutmachung Saarburg zuständig
6. Bestandsbeschreibung	- Rückerstattung und Wiedergutmachung: Einzelfallakten - Aktenstruktur: Prozessakten mit Beschluss / Entscheidung / Urteil - Parallelüberlieferung für Rückerstattung: Finanzamtsakten; OFD Koblenz (BRüG-Akten); Restitutionsakten der Wiedergutmachungsämter (Landeshauptarchiv Koblenz Bestand 540,001 und 540,002); OLG Koblenz; Amt für Wiedergutmachung Saarburg - Parallelüberlieferung für Wiedergutmachung: Prozesshandakten der Bezirksämter (v.a. Trier);); OLG Koblenz; Amt für Wiedergutmachung Saarburg
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: 4036 Rückerstattungsverfahren (Az OR), 33 Entschädigung (Az O (WG))
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Landeshauptarchiv Koblenz**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Oberlandesgericht Koblenz (Best. 581)**
3. Laufzeit des Bestandes	-
4. Umfang (Stück / lfm.)	-
5. Behördengeschichte	Seit 1946 existierend, Vorgänger: OLG Köln
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten zur Wiedergutmachung und zur Rückerstattung - Aktenstruktur: Senatsakten, zumeist nur mit Ablehnungsbescheid des Landgerichts (1. Instanz) sowie Beschluss/Urteil des OLG - Parallelüberlieferung: Prozessakten der 1. Instanz
7. Erschließungszustand	Unbewertet
8. Bemerkungen	-

3.10.2 Landesarchiv Speyer

3.10.2.1 Behörden

1. Archiv	**Landesarchiv Speyer**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Bezirksamt für Wiedergutmachung Neustadt an der Weinstraße (Best. R 19)**
3. Laufzeit des Bestandes	1930-1978
4. Umfang (Stück / lfm.)	9207 Stück
5. Behördengeschichte	- Zeitraum der Behördenzuständigkeit: - Entschädigung: 1953-1977 Vorgängerbehörden: 1946-1951 Ämter für kontrollierte Vermögen bei Stadt- u. Kreisverwaltungen (daneben) seit 1947 Betreuungsstellen für die Opfer des Faschismus (1950 eingegliedert in die Ämter für kontrollierte Vermögen) 1951-1953 Regierungsbezirksämter für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen Nachfolgebehörden: - Entschädigung: 1977-19**??** Abwicklungsstelle für Wiedergutmachung, Neustadt; seit 1983 Amt für Wiedergutmachung, Saarburg
6. Bestandsbeschreibung	- 2 abgebende Behörden: Bezirksamt für Wiedergutmachung, Koblenz Bezirksamt für Wiedergutmachung, Neustadt - Bereich Entschädigungsakten; Einzelfallakten - Aktenstruktur: zumeist Antrag, Nachweise und Entscheidung - Parallelüberlieferung: Wiedergutmachungsakten des LG Frankenthal
7. Erschließungszustand	Zum Teil verzeichnet. Ca. 12 lfd. m noch unverzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Landesarchiv Speyer**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Bezirksamt für Wiedergutmachung Mainz (Best. R 20)**
3. Laufzeit des Bestandes	1937-1977
4. Umfang (Stück / lfm.)	2091 Stück
5. Behördengeschichte	- Zeitraum der Behördenzuständigkeit: - Entschädigung: 1953-1977 - Vorgängerbehörden: 1946-1951 Ämter für kontrollierte Vermögen bei Stadt- u. Kreisverwaltungen (daneben) seit 1947 Betreuungsstellen für die Opfer des Faschismus (1950 eingegliedert in die Ämter für kontrollierte Vermögen) 1951-1953 Regierungsbezirksämter für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen - Nachfolgebehörden: - Entschädigung: 1977-1981 Abwicklungsstelle für Wiedergutmachung, Mainz 1981-1983 Bezirksamt für Wiedergutmachung, Koblenz Seit 1983 Amt für Wiedergutmachung, Saarburg
6. Bestandsbeschreibung	Bereich Entschädigungsakten: Einzelfallakten - Aktenstruktur: zumeist Antrag, Nachweise und Entscheidung - Parallelüberlieferung: Wiedergutmachungsakten des LG Mainz
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

3.10.2.2 Gerichte

1. Archiv	**Landesarchiv Speyer**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Landgericht Frankenthal (Best. J 6)**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1979
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 285 lfm.
5. Behördengeschichte	Zeitraum der Behördenzuständigkeit im Bereich Wiedergut-machung: bis etwa Ende der 1970er Jahre (regionale Zustän-digkeit v.a. in Klageverfahren gegen Entscheidungen des Bezirksamtes für Wiedergutmachung Neustadt)
6. Bestandsbeschreibung	- Restitutionsverfahren; Einzelfallakten - Aktenstruktur: Prozessakten mit Beschluss / Entscheidung / Urteil des Gerichts (Original) Entschädigung: Einzelfallakten - Parallelüberlieferung: Prozesshandakten der Bezirksämter (Neustadt)
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: 4975 Restitutionsverfahren (Az: Or), 30716 Ent-schädigungsverfahren (Az O (WG)), 13 Register für Wieder-gutmachung 1948-1964
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Landesarchiv Speyer**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Landgericht Mainz (Best. J 10)**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1980
4. Umfang (Stück / lfm.)	187 lfm. (noch ca. 40 lfm. bei Gericht)
5. Behördengeschichte	Zeitraum der Behördenzuständigkeit im Bereich Wiedergut-machung: bis 2. Hälfte der 1970er Jahre (Auflösung des betreffenden Landesamtes und des Bezirksamtes Mainz); regionale Zuständigkeit v.a. in Klageverfahren gegen Ent-scheidungen des Bezirksamtes für Wiedergutmachung Mainz
6. Bestandsbeschreibung	- Restitutionsverfahren; Einzelfallakten - Aktenstruktur: Prozessakten mit Beschluss / Entscheidung / Urteil des Gerichts (Original) - Parallelüberlieferung: Prozesshandakten der OFD Koblenz (fortgeführte Finanzamtsakten) - Entschädigung; Einzelfallakten - Aktenstruktur: Prozessakten mit Beschluss / Entscheidung / Urteil des Gerichts (Original) - Parallelüberlieferung: Prozesshandakten des Bezirksamtes für Wiedergutmachung Mainz
7. Erschließungszustand	Zum Teil verzeichnet, sonst Erschließung über Abgabelisten
8. Bemerkungen	-

3.11 Saarland

1. Archiv	**Landesarchiv Saarbrücken**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Landesentschädigungsamt (LEA) / Entschädigungs-akten**
3. Laufzeit des Bestandes	1946 ff.
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 15.000 Akten, ca. 295 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Bund: Wie für BEG allgemein Land: Beschränkung auf Bürger mit saarl. Staatsangehörigkeit. Antrag bei unterer staatl. Verwaltung. Anerkennung oder Versagung durch Kommission im MdI. Widerspruch beim Wiedergutmachungssenat des Oberverwaltungsgerichts. Vier Gruppen: A. Ums Leben Gekommene, B. ihrer Freiheit Beraubte, C. Emigranten, D. sonst zu Schaden Gekommene - Vorgänger / Nachfolger: Min. des Innern, Wiedergutmachungsabteilung (bis Febr. 1953), Ministerium für Arbeit (bis Febr. 1957), Ministerium der Finanzen (1957), Landesentschädigungsamt (ab Dez. 1957), Oberfinanzdirektion (ab Mai 1973), Versorgungsamt Saarland (ab Apr. 1987), Landesamt für Soziales, heute Landesamt für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz
6. Bestandsbeschreibung	- Generalakten und Einzelfallakten, letztere geordnet nach Nummer, unterteilt in: - OdN (Opfer des Nationalsozialismus): entschädigte Antragsteller nach saarl. Regelung (ca. 1.500) - MdI: abgelehnte Antragsteller nach saarl. Regelung (ca. 2.700) - BEG: Entschädigungen nach bundesdeutscher Regelung (ca. 11.000)
7. Erschließungszustand	- Namenskartei bei der Nachfolgebehörde. – Ab 1989 Erfassung in einer Datenbank, betreut von der Zentralen Datenverarbeitung Saar (Erfassungsprogramm NATURAL; ADABAS-Datenbank); mehrfache Unterbrechung der Arbeit; letzte kontinuierliche Arbeit daran 1994-1996 (ABM); 1998 Portierung der HOST-Anwendung auf PC. Bis jetzt erfasst: 7428 Datensätze.
8. Bemerkungen	- Die Erfassung mittels Datenbank wurde 1989 im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt "Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945“ begonnen (erschienen drei Bände, hg. v. Hans Walter Herrmann, bearb. v. Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul, Bonn 1989, 1991 und 1995). - Zur Geschichte der Wiedergutmachung im Saarland und dem Aktenbestand vgl. Yvonne Kempf, Die Wiedergutmachung im Saarland, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 17, 1991, S. 241 ff.- Vgl. auch Wilfried Busemann: Wiedergutmachung als Pflichtübung. Zur Wahrnehmung der Opfer des Nationalsozialismus an der Saar seit 1946, in: Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945-1960, hg. v. Rainer Hudemann, St. Ingbert 1997, S. 401 ff.

3.12 Landesarchiv Schleswig-Holstein

1. Archiv	**Landesarchiv Schleswig Holstein**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Sozialministerium Schleswig-Holstein (LASH Abt. 761)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1998
4. Umfang (Stück / lfm.)	754 lfm
5. Behördengeschichte	Das Sozialministerium des Landes Schleswig-Holstein ist mit der Herausbildung sachlich gegliederter Ressorts der neuen Landesregierung entstanden. Nach kurzer Übergangszeit als Landesamt für Volkswohlfahrt erfolgte durch Erlass des Ministerpräsidenten vom 10.3.1949 die Bildung des - jetzt auch so benannten - Sozialministeriums. Zum Jahreswechsel 1978/79 wurde die ursprünglich als Landesentschädigungsamt beim Finanzministerium ressortierende Behörde für Wiedergutmachung in das Sozialministerium integriert.
6. Bestandsbeschreibung	Der im Landesarchiv überlieferte Aktenbestand des Sozialministeriums wurde zum größten Teil im Rahmen eines umfassenden Aussonderungsprojektes zwischen 1993 und 1996 übernommen. Der Bestand enthält unter anderem Überlieferung aus den Bereichen: - Kriegsopferfürsorge und Entschädigung von NS-Verfolgten - Angelegenheiten der Vertriebenen einschließlich Lageraufsicht - Evakuierung und Umsiedlung
7. Erschließungszustand	Erschlossen (Findbuch LASH Abt. 761)
8. Bemerkungen	-

4 Dokumentation der Wiedergutmachungsüberlieferung: Rückerstattung / Vermögenskontrolle

4.1 Bundesarchiv

1. Archiv	**Bundesarchiv / Abteilung B (Koblenz)**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Verwaltungsämter für innere Restitution**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1947
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 7 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Zentralamt für Vermögensverwaltung, Bad Nenndorf; Zentralanmeldeamt für die Rückerstattung in Bad Nauheim bzw. Friedberg/Hessen - Das Zentralamt für Vermögensverwaltung wurde aufgrund Art. 3 Abs. 4 des Dritten Teils des Überleitungsvertrages (BGBl. II S. 405) in Jahre 1955 als Hauptstelle des Verwaltungsamtes für innere Restitution in die Bundesverwaltung übernommen. Das Zentralanmeldeamt für die Rückerstattung wurde seit dem 1. Apr. 1957 als Außenstelle München des Verwaltungsamtes für innere Restitution weitergeführt. Mit Wirkung vom 1. Jan. 1978 wurde die Hauptstelle nach Hannover verlegt und der dortigen OFD angeschlossen. Die Außenstelle in München wurde verselbstständigt und der OFD München angeschlossen. - Sachliche Zuständigkeit: Überwachung der Abwicklung noch nicht erledigter Rückerstattungsverfahren - Auskunftserteilung an Rückerstattungsbehörden, Entschädigungsbehörden und Oberfinanzdirektionen - Entgegennahme, Registrierung und Bearbeitung der Neuanmeldungen von Ansprüchen und Weiterleitung an die örtlich zuständigen Wiedergutmachungsbehörden - Mitwirkung bei der Entsperrung rückerstattungspflichtigen Vermögens - Berichtswesen über den Abschluss der Rückerstattungsverfahren
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten, Sachakten - Parallelüberlieferungen: Oberfinanzdirektionen, Rückerstattungsbehörden, Wiedergutmachungsbehörden
7. Erschließungszustand	- Erschlossen (Verzeichnungskartei und Findbuchmanuskript)
8. Bemerkungen	- Weitere Unterlagen lagern noch bei den Ämtern für innere Restitution in Hannover und München.

1. Archiv	Bundesarchiv / Abteilung B (Koblenz)
2. Bestand / Bestands-gruppe	Treuhandverwaltung von Kulturgut (TVK)
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1962
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 90 Stück
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Central Collecting Points in München, Wiesbaden und Marburg - Nachfolger: Bundesvermögensamt - Im Nov. 1949 wurde bis dahin nicht restituiertes Kulturgut in die Treuhänderschaft des Bayerischen Ministerpräsidenten gegeben. Von 1952 bis 1962 oblag die Zuständigkeit dem Auswärtigen Amt, das eine Treuhandverwaltung für Kulturgut mit Sitz in München einrichtete. Ab 1963 übernahm der Freistaat Bayern die Verwaltung der Restbestände des ehemaligen NS-Vermögens, wogegen die nicht restituierbaren Kulturgüter durch das Bundesschatz- bzw. das Bundesfinanzministerium (Oberfinanzdirektion München) verwaltet wurden. - Sachliche Zuständigkeit: - Sicherung, vorläufige Verwahrung und Restituierung von durch die Nationalsozialisten im In- und Ausland geraubten, entzogenen, gekauften oder ausgelagerten Kulturguts; Klärung der Eigentumsverhältnisse von Kulturgütern; Verwaltung des nicht restituierbaren Kunstbesitzes
6. Bestandsbeschreibung	- Akten und Karteien über zwischen 1933-1945 entstandene Kunstsammlungen; Unterlagen des CCP München; Unterlagen der Monuments, Fine Arts and Archives Restitution Branch; Unterlagen zur Rückgabe sichergestellter Kunstgüter durch die CCP's und zur Verwaltung der Kunstobjekte durch die TVK - Parallelüberlieferungen: Bundesamt für äußere Restauration; Bundesamt für innere Restitution
7. Erschließungszustand	- Erschlossen
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Bundesarchiv / Abteilung B (Koblenz)
2. Bestand / Bestands-gruppe	Bundesministerium der Finanzen (BMF) / Aktenzeichen = 148 (B 126 Bundesministerium der Finanzen (AZ.: = 148))
3. Laufzeit des Bestandes	- 1949ff
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 249 Stück (224 zu Einzelpersonen, 25 zu Vereinen und Verbänden)
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Aufsicht über die mit der Durchführung des BRüG beauftragten Oberfinanzdirektionen
6. Bestandsbeschreibung	- Nach Aktenzeichen und innerhalb der Akten alphabetisch geordnet - Parallelüberlieferung: von Fall zu Fall verschieden (Oberfinanzdirektionen, Oberstes Rückerstattungsgericht, Wiedergutmachungskammern und -senate ordentlicher Gerichte)
7. Erschließungszustand	- Teilweise erschlossen
8. Bemerkungen	- Restbestand lagert noch beim BMF

1. Archiv	Bundesarchiv / Abteilung B (Koblenz)
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Bundesministerium der Justiz (BMJ) / Aktenzeichen 1101 Wiedergutmachung (B 141 Bundesministerium der Justiz: Entschädigung und Rückerstattung)**
3. Laufzeit des Bestandes	- 1949ff
4. Umfang (Stück / lfm.)	- K.A.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Aufsicht über die Zivilsenate der ordentlichen Gerichte
6. Bestandsbeschreibung	- Grundsatzakten (Wiedergutmachung / Rückerstattung: Gesetzgebung und Verordnungen); Einzelfälle. - Die Einzelfälle sind nach Aktenzeichen und innerhalb der Akten alphabetisch geordnet. - Parallelüberlieferung: Wiedergutmachungskammern und -senate der ordentlichen Gerichte.
7. Erschließungszustand	- Teilweise erschlossen
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Bundesarchiv / Abteilung B (Koblenz)
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Oberstes Rückerstattungsgericht (ORG) / Prozessakten (B 215 Oberstes Rückerstattungsgericht)**
3. Laufzeit des Bestandes	- Ab 1955
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 60 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Rückerstattungsgerichte der drei westlichen Besatzungszonen in Nürnberg, Herford und Rastatt (1949 eingerichtet) - Das ORG wurde im Dez. 1955 auf der Grundlage des Art. 6 des Dritten Teils des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandenen Fragen als internationales Gericht mit Sitz in Herford gegründet (BGBl. II 1955, S. 423 ff.). Es entschied als oberste Rechtsmittelinstanz über Streitigkeiten bei Anträgen auf Rückerstattung der zwischen dem. 30. Jan. 1933 und dem 8. Mai 1945 einem Eigentümer unter politischen Zwang entzogenen Vermögensobjekte. Mit Gesetz zur Überleitung der Zuständigkeiten der Obersten Rückerstattungsgerichte auf den Bundesgerichtshof vom 17. Dez. 1990 (BGBl. I 1990, S. 2862) wurde das ORG aufgelöst. - Sachliche Zuständigkeit: Oberste Rechtsmittelinstanz über Streitigkeiten bei Anträgen auf Vermögensrückgabe (außer Berlin!)
6. Bestandsbeschreibung	- Prozessakten (Einzelfälle): - der drei Vorgängergerichte in Rastatt, Herford und Nürnberg - der drei Senate. - Sachakten (Präsidiums- und Geschäftsstellenakten, Akten der Baden-Baden-Kommission)
7. Erschließungszustand	- Die Prozessakten sind über Karteien und Register zugänglich, die nach Senaten, Antragstellern, Antragsgegnern und Stichworten erschlossen sind.
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Bundesarchiv / Abteilung B (Koblenz)**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Prüfungsausschüsse in der britischen Besatzungszone für die Restitution von Vermögen / Allgemeiner Organisationsausschuß (AOA), Gewerkschaftsprüfungsausschuß (GPA), Konsumvereinsausschuß (KVA) (Z 36)**
3. Laufzeit des Bestandes	- 1947 - 1954
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 5000 Stück / 27 lfm.
5. Behördengeschichte	- Im Jahre 1947 wurden in der britischen Besatzungszone Ausschüsse für die Überprüfung von Rückübertragungsansprüchen von Organisationen allgemeiner Art, Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften eingerichtet. Dies waren im Einzelnen der Allgemeine Organisationsausschuss (AOA) mit Sitz in Celle, der Gewerkschaftsprüfungsausschuss (GPA) mit Sitz in Düsseldorf und der Konsumvereinsausschuss (KVA) mit Sitz im Hamburg. Durch Verordnung der britischen Militärregierung vom 30. Juni 1954 wurden die Prüfungsausschüsse aufgelöst. - Sachliche Zuständigkeit: Prüfung und bis zur der Rückgabe an den früheren Eigentümer bzw. dessen Nachfolgeeinrichtung treuhänderische Verwaltung von Vermögenswerten, die Organisationen im Zeitraum von 1933 - 1945 entzogen wurden. - Parallelüberlieferung: ggf. Verwaltungsämter für innere Restitutionen
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten
7. Erschließungszustand	- Erschlossen.
8. Bemerkungen	-

4.2 Baden-Württemberg

4.2.1 Hauptstaatsarchiv Stuttgart

1. Archiv	**Hauptstaatsarchiv Stuttgart**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Justizministerium Baden-Württemberg / EA 4/203 - Wiedergutmachung: Entschädigung, Rückerstattung**
3. Laufzeit des Bestandes	1952-1956
4. Umfang (Stück / lfm.)	22,2 lfm.
5. Behördengeschichte	- Nachfolger: Ab 1992 Finanzministerium Baden-Württemberg - Sachliche Zuständigkeit: Oberste Wiedergutmachungsbehörde
6. Bestandsbeschreibung	- Sammelsachakten; Sammlung gerichtlicher Entscheidungen in Entschädigungs- und Rückerstattungssachen (amerikanische und französische Zone, Bundesgerichtshof, Bundesverfassungsgericht).
7. Erschließungszustand	- Abgabeliste des Ministeriums
8. Bemerkungen	-

4.2.2 Generallandesarchiv Karlsruhe

1. Archiv	**Generallandesarchiv Karlsruhe**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Oberfinanzdirektion Karlsruhe / Rückerstattungsakten**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1952
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 4570 Stück / 60 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Finanzministerium Württemberg-Baden (1945–1950) - Sachliche Zuständigkeit: Zuständig für die Rückerstattungsverfahren waren die Schlichter für Wiedergutmachung bei den Amtsgerichten Karlsruhe und Mannheim, in Klageverfahren die Rückerstattungskammern der Landgerichte Karlsruhe und Mannheim sowie in letzter Instanz der BGH. Die Vertretung des Deutschen Reiches und der ihm gleichgestellten Rechtsträger oblag bzw. obliegt dem BMF bzw. den Bundesvermögensabteilungen der Oberfinanzdirektionen.
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten, alphabetisch geordnet - Inhalt: Antragstellung, Beweismittel, Bescheide und Korrespondenz zwischen den Entschädigungsbehörden sowie zwischen der OFD und den jeweiligen Rechtsanwälten, Zahlungsabwicklungen, Vorprovenienzen aus der Zeit vor 1945. - Parallelüberlieferung: Schlichter für die Wiedergutmachung bei den Amtsgerichten Karlsruhe und Mannheim; Rückerstattungskammer beim Landgericht Karlsruhe.
7. Erschließungszustand	- Akten werden derzeit erschlossen.
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Generallandesarchiv Karlsruhe**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Schlichter für die Wiedergutmachung bei den Amts-gerichten Karlsruhe und Mannheim / Rückerstat-tungsverfahren**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1948
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 39000 Stück / ca. 160 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Schlichter für die Wiedergutmachung beim Amtsgericht Karlsruhe (bis 1967), Schlichter für die Wieder-gutmachung beim Amtsgericht Mannheim. - Sachliche Zuständigkeit: Gütestelle für Nordbaden in Rück-erstattungsverfahren.
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelverfahrensakten der Schlichter in Karlsruhe (AZ.: BR [= Bundesrückerstattungsgesetz] K) und Mannheim (AZ.: BRM). - Akten der beiden Schlichter aus Forderungen der Jewish Restitution Successor Organization (IRSO). - Einzelverfahrensakten aus abgetretenen Ansprüchen (AZ.: Abg. M). - Einzelverfahrensakten der Rückerstattungskammer beim Landgericht Karlsruhe (liegen bei den jeweiligen Verfahren des Schlichters). - Register BRK. - Ungeordnete Sammelsachakten der Schlichter (Statistik, Belege u.a.) - Enthält auch Originalschriftgut der NS-Zeit. - Parallelüberlieferung: Oberfinanzdirektion Karlsruhe, Rück-erstattungsakten Akten der Rückerstattungskammer beim Landgericht Mannheim sind bisher weder im Bestand noch bei den Gerichten in Mannheim nachweisbar.
7. Erschließungszustand	- Namenskarteien mit Ortsindex; Gesamtlaufzeit 1948 – ca. 1970.
8. Bemerkungen	-

4.2.3 Staatsarchiv Freiburg

4.2.3.1 Behörden

1. Archiv	**Staatsarchiv Freiburg**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Oberfinanzdirektion Freiburg / Rückerstattungsakten**
3. Laufzeit des Bestandes	- 1952-1998
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 6,5 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Badisches Finanzministerium, Restitutionskammern der Landgerichte - Nachfolger: Oberfinanzdirektion Karlsruhe – Außenstelle Stuttgart
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten, alphabetisch geordnet - Inhalt: Antragstellung, Beweismittel, Bescheide und Korrespondenz zwischen den Entschädigungsbehörden sowie zwischen der OFD und den jeweiligen Rechtsanwälten, Zahlungsabwicklungen, Vorprovenienzen aus der Zeit vor 1945. - Parallelüberlieferung: Restitutionskammern bei den Landgerichten
7. Erschließungszustand	- Akten werden derzeit erschlossen.
8. Bemerkungen	.

1. Archiv	**Staatsarchiv Freiburg**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Oberfinanzdirektion Freiburg / Vermögenskontrolle, Rückerstattung**
3. Laufzeit des Bestandes	- 1952-1998
4. Umfang (Stück / lfm.)	Bestände: - D 145/1 Badisches Landesamt für kontrollierte Vermögen: Verzeichnisse, Rechnungen, Forderungen; LZ 1945–1947, 0,1 lfm. - 200/7 OFD Freiburg LZ 1945–1963, 0,4 lfm. - F 202/2 OFD Freiburg: Abt. LVB LZ 1940–1965, 147,8 lfm. - F 202/4 OFD Freiburg: Abt. LVB LZ 1938–1966, 4,4 lfm. - F 202/6 OFD Freiburg: Abt. LVB LZ 1940–1976 0,6 lfm. - F 202/22 OFD Freiburg: Abt. LVB LZ 1945–1959, 2,3 lfm. - F 202/32 OFD Freiburg: Abt. LVB LZ 1934-1962, 107,2 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Landesamt für kontrollierte Vermögen, Bad. Ministerium der Finanzen Abt. IV: Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung, Regierungspräsidium Südbaden Abt. II: Finanzwesen - Nachfolger: Oberfinanzdirektion Karlsruhe - Sachliche Zuständigkeit: Das Badische Landesamt für kontrollierte Vermögen war zuständig für die Kontrolle der nach dem Gesetz Nr. 52 gesperrten und beaufsichtigten Vermögen mit Ausnahme des Landesvermögens und des früheren Reichsvermögens, das unmittelbar durch das Badische Finanzministerium verwaltet wurde (Amtsblatt der Landesverwaltung Baden 1946 S. 115).
6. Bestandsbeschreibung	- Generalia und Einzelfallakten - Parallelüberlieferung: Unterlagen der Restitutionskammern bzw. Wiedergutmachungskammern bei den Landgerichten und den Wiedergutmachungsausschüssen bei den Amtsgerichten
7. Erschließungszustand	- In Bearbeitung. Für die meisten Akten liegen entweder Bandrepertorien vor oder ein Zugriff ist möglich mit Hilfe der EDV (MIDOSA95).
8. Bemerkungen	-

4.2.3.2 Gerichte

1. Archiv	**Staatsarchiv Freiburg**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Landgerichte Baden-Baden, Freiburg, Konstanz, Offenburg, Waldshut: Restitutionskammern / Restitutionsklagen**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1973
4. Umfang (Stück / lfm.)	- F 165/1 Landgericht Baden-Baden: Zivilprozesse in Restitutionsangelegenheiten LZ 1950-1960; 275 Stück / 3,0 lfm. - F 166/8 Landgericht Freiburg: Zivilprozesse in Restitutionsangelegenheiten LZ 1948-1973; 390 Stück / 56,0 lfm. - F167/2 Landgericht Konstanz: Zivilprozesse in Restitutionsangelegenheiten LZ 1948-1962; 750 Stück / 3,2 lfm. - F 167/3 Landgericht Konstanz: Zivilprozesse in Restituionsangelegenheiten LZ 1949; 1 Srück / 0,1 lfm. F 168/2 Landgericht Offenburg: Zivilprozesse in Restituionsangelegenheiten LZ 1948-1954; 1300 Stück / 5,7 lfm. - F 170/1 Landgericht Waldshut-Tiengen: Zivilprozesse in Restitutionsangelgenheiten LZ 1949-1949, 1958; 27 Stück / 0,1 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Erstinstanz bei Rückerstattungsklagen
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten
7. Erschließungszustand	- K.A.
8. Bemerkungen	-

4.2.4 Staatsarchiv Ludwigsburg

1. Archiv	**Staatsarchiv Ludwigsburg**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Oberfinanzdirektion Stuttgart / Rückerstattungsakten**
3. Laufzeit des Bestandes	- 1950-1997
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 4928 Stück / 61 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Finanzministerium Württemberg-Baden (1945–1950) - Nachfolger: Oberfinanzdirektion Karlsruhe / Außenstelle Stuttgart - Sachliche Zuständigkeit: Zuständig für die Rückerstattungsverfahren waren die Schlichter für Wiedergutmachung bei den Amtsgerichten Karlsruhe und Mannheim, in Klageverfahren die Rückerstattungskammern der Landgerichte Karlsruhe und Mannheim sowie in letzter Instanz der BGH. Die Vertretung des Deutschen Reiches und der ihm gleichgestellten Rechtsträger oblag bzw. obliegt dem BMF bzw. den Bundesvermögensabteilungen der Oberfinanzdirektionen.
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten, alphabetisch geordnet - Inhalt: Antragstellung, Beweismittel, Bescheide und Korrespondenz zwischen den Entschädigungsbehörden sowie zwischen der OFD und den jeweiligen Rechtsanwälten, Zahlungsabwicklungen, Vorprovenienzen aus der Zeit vor 1945. - Parallelüberlieferung: Schlichter für Wiedergutmachung Stuttgart und Ulm, Rückerstattungskammer des Landgerichts Stuttgart.
7. Erschließungszustand	- Akten werden derzeit erschlossen
8. Bemerkungen	- Die Einzelfallakten der ehemaligen Oberfinanzdirektionen (Bundesvermögensverwaltungen) Karlsruhe (ca. 140 lfd. m) und Freiburg (ca. 10 lfd. m) wurden zusammen mit den Akten der Oberfinanzdirektion Stuttgart dem Staatsarchiv Ludwigsburg übergeben, wo sie gegenwärtig von einem Mitarbeiter der OFD erfasst werden. Sie sollen Ende 2000 den zuständigen Archiven übergeben werden. Die Zusammensetzung und Aktenstruktur der Bestände Oberfinanzdirektion Karlsruhe und Oberfinanzdirektion Freiburg entsprechen dem Bestand Oberfinanzdirektion Stuttgart.

1. Archiv	**Staatsarchiv Ludwigsburg**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Oberfinanzdirektion Stuttgart / Vermögenskontroll-akten**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1954
4. Umfang (Stück / lfm.)	- ca. 13729 Stück / 434 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Ämter für Vermögenskontrolle, Abteilung VI des Finanzministeriums Württemberg-Baden: Verwaltung der gesperrten Vermögen. - Sachliche Zuständigkeit: Die Vermögenskontrolle oblag gemäß Gesetz Nr. 52 der amerikanischen Besatzungsmacht (Property Control Division bzw. Branch) und wurde vom zentralen Land Property Control Bureau in Stuttgart, ab November 1945 von 29 in Nordwürttemberg und Nordbaden auf Kreisebene errichteten Property Control Offices ausgeübt. Ab März 1946 Aufbau einer deutschen Landesdienststelle, der Land Civilian Agency Head (LCAH). Diese ging dann in der neugegründeten Abteilung VI des FM Württemberg-Baden auf. Die 29 Offices wurden zu Ämtern für Vermögenskontrolle umgebildet. Nach Erledigung der Aufgaben wurden 1954 die Oberfinanzdirektionen für die noch anfallenden Vermögenskontrollen eingesetzt. - Zuständigkeit der OFD Stuttgart für die Regierungsbezirke Nordwürttemberg bzw. Stuttgart und Nordbaden bzw. Karlsruhe.
6. Bestandsbeschreibung	- Generalakten, Einzelfallakten, geordnet nach Landkreisen, Orten und Vermögen; innerhalb der Vermögen alphabetisch. - Inhalt: a) Generalakten: keine eigentlichen Organisationsakten; Ansammlung von Listen, Statistiken, Korrespondenzserien, Sammelsachakten. b) Einzelfallakten: Freigabe der Vermögen, allg. Schriftwechsel, Sonderausgaben, Finanzberichte, Außen-Prüfungsberichte, Miet- und Pachtverträge, Vermögensaufsicht, Treuhänderakte, Ermittlungsunterlagen.
7. Erschließungszustand	- Erschlossen.
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Staatsarchiv Ludwigsburg**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Schlichter für die Wiedergutmachung beim Amtsgericht Stuttgart / Rückerstattungsverfahren**
3. Laufzeit des Bestandes	- 1947-1976
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 87,2 lfm.
5. Behördengeschichte	- Nachfolger: Schlichter für Wiedergutmachungssachen beim Amtsgericht Mannheim - Sachliche Zuständigkeit: Wiedergutmachungsbehörde im Sinne des Rückerstattungsgesetzes für die amerikanische Zone; eingerichtet bei bestimmten Amtsgerichten. Schlichter bei dem AG Stuttgart: zuständig für die Landgerichtsbezirke Stuttgart und Heilbronn, ab 1954 auch für die Landgerichtsbezirke Ulm und Ellwangen. Aufgaben: Der Schlichter hat die Aufgabe, alle hierzu geeigneten Wiedergutmachungsfälle unter den Parteien gütlich zum Ausgleich zu bringen. Er soll insbesondere darauf Bedacht nehmen, daß der volkswirtschaftliche Schaden, der durch einen notwendigen Besitzerwechsel entsteht, tunlichst gering bleibt (§ 3 der Verordnung von Nr. 162 von 1947).
6. Bestandsbeschreibung	- Zusammensetzung des Bestandes: A) Karteien, Statistiken B) BRS - Rückerstattungsfälle gegen das Deutsche Reich C) Rest S – Rückerstattungsansprüche in der Zuständigkeit des Schlichters für Wiedergutmachung Stuttgart D) Rest U – Rückerstattungsansprüche in der Zuständigkeit des Schlichters für Wiedergutmachung Ulm E) Rest S (Irso), Rest U (Irso) – Anmeldungen der IRSO gegen Privatpersonen Der Bestand ist nach Aktenzeichen geordnet. - Aktenstrukturen: B) Anmeldung des Anspruchs, Vollmacht für den öffentlichen Anwalt, Erbscheine (bei Ansprüchen von Hinterbliebenen), Spezifizierung der Ansprüche, Ermittlungen (Zeugenvernehmungen, ...) Anspruch an OFD, Widerspruch OFD, Schlichtungstermin, Protokoll, Schlußbericht C, D) Anmeldung des Anspruchs, Ermittlungen (Gutachten, Zeugenaussagen, ...), Schlichtung, Prozeßakten des Landgerichts Stuttgart E) I.d.R. nur 1-2 Schriftstücke, Rücknahme des Antrags - Parallelüberlieferung: Landgericht Stuttgart, Rückerstattungskammer; Oberfinanzdirektion Stuttgart, Rückerstattungsakten
7. Erschließungszustand	- Unverzeichnet; Zugriff möglich über Aktenzeichen oder (unvollständige) Karteien.
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Staatsarchiv Ludwigsburg**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Schlichter für die Wiedergutmachung beim Amtsgericht Ulm / Rückerstattungsverfahren**
3. Laufzeit des Bestandes	- 1947-1954
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 9,8 lfm.
5. Behördengeschichte	- Nachfolger: Schlichter für Wiedergutmachungssachen beim Amtsgericht Stuttgart - Sachliche Zuständigkeit: Wiedergutmachungsbehörde im Sinne des Rückerstattungsgesetzes für die amerikanische Zone; eingerichtet bei bestimmten Amtsgerichten. Schlichter für Wiedergutmachungssachen bei dem AG Ulm: zuständig für die Landgerichtsbezirke Ulm und Ellwangen.
6. Bestandsbeschreibung	- Bestandteil von FL 300/33 Schlichter für Wiedergutmachungssachen bei dem Amtsgericht Stuttgart. - Akten wurden bei Auflösung der Behörde an das Amtsgericht Stuttgart abgegeben. Akten wurden nicht fortgeführt. - Zusammensetzung des Bestandes: A) Karteien, Statistiken B) BRS - Rückerstattungsfälle gegen das Deutsche Reich C) Rest S – Rückerstattungsansprüche in der Zuständigkeit des Schlichters für Wiedergutmachung Stuttgart D) Rest U – Rückerstattungsansprüche in der Zuständigkeit des Schlichters für Wiedergutmachung Ulm E) Rest S (Irso), Rest U (Irso) – Anmeldungen der IRSO gegen Privatpersonen Der Bestand ist nach Aktenzeichen geordnet. - Aktenstrukturen: B) Anmeldung des Anspruchs, Vollmacht für den öffentlichen Anwalt, Erbscheine (bei Ansprüchen von Hinterbliebenen), Spezifizierung der Ansprüche, Ermittlungen (Zeugenvernehmungen, ...) Anspruch an OFD, Widerspruch OFD, Schlichtungstermin, Protokoll, Schlußbericht C, D) Anmeldung des Anspruchs, Ermittlungen (Gutachten, Zeugenaussagen, ...), Schlichtung, Prozeßakten des Landgerichts Stuttgart E) I.d.R. nur 1-2 Schriftstücke, Rücknahme des Antrags - Parallelüberlieferung: Landgericht Stuttgart, Rückerstattungskammer; Oberfinanzdirektion Stuttgart, Rückerstattungsakten.
7. Erschließungszustand	- Unverzeichnet; Zugriff möglich über Aktenzeichen oder (unvollständige) Karteien.
8. Bemerkungen	-

4.2.5 Staatsarchiv Sigmaringen

4.2.5.1 Oberste Landesbehörden

1. Archiv	**Staatsarchiv Sigmaringen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Finanzministerium Württemberg-Hohenzollern / Abteilung Vermögenskontrolle**
3. Laufzeit des Bestandes	- 1945-ca. 1955
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 137,5 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Inspecteurs du Contrôle des Biens; Kreisämter für Vermögenskontrolle; Direktorialamt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns - Abteilung Vermögenskontrolle. - Nachfolger: Regierungspräsidium Südwürttemberg-Hohenzollern, Referat für die Verwaltung des gesperrten und kontrollierten Vermögens; Oberfinanzdirektion Stuttgart - Landesvermögens- und Bauabteilung, Gruppe Vermögenskontrolle. - Sachliche Zuständigkeit: - Erfassung der unter das Gesetz Nr. 52 fallenden Vermögenswerte sowie der durch vermögensrechtliche Beschlagnahme und Einziehung im Zuge der politischen Säuberung betroffenen oder unter Kontrolle zu stellenden Vermögenswerte. - Anordnung, Durchführung und Aufhebung der Kontrolle über diese Vermögenswerte - Einsetzung von Geschäftsführern, deren Überwachung und Abberufung. - Allgemeine Durchführung des Gesetzes Nr. 52. - Einziehung und Verwaltung des im Zuge der politischen Säuberung beschlagnahmten Vermögens sowie des NS-Parteivermögens (übertragen an die am 5. Juli 1946 durch die Landesdirektion der Finanzen als Alleingesellschafter gegründete *Württembergische Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft mbh* in Tübingen).
6. Bestandsbeschreibung	- Generalakten der Abteilung Vermögenskontrolle; Einzelfall(sammel)akten zur Vermögenskontrolle sowie zur Vermögensverwaltung; Rückerstattungsklagen - Einzelfallakten · Ermittlungen · Bekanntgabe der Vermögenskontrolle/Anmeldung von Vermögen, · Vermögensübersicht, · Schriftwechsel mit Geldinstituten, · Grundbuchangelegenheiten, Miet- und Pachtverträge, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Verwalterberichte, Allgemeiner Schriftwechsel, Freigabe - Parallelüberlieferung: Landgericht Rottweil – Restitutionskammer: Restitutionsklagen (426 Akten; 2,7 lfd.m)
7. Erschließungszustand	Unverzeichnet; einfache Grunderschließung z.Zt. in Bearbeitung.
8. Bemerkungen	.-

4.2.5.2 Gerichte

1. Archiv	**Staatsarchiv Sigmaringen**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Landgericht Rottweil / Restitutionsklagen**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1966
4. Umfang (Stück / lfm.)	426 Stück / 1,7 lfm
5. Behördengeschichte	- Nachfolger: Landgericht Stuttgart, Restitutionskammer - Sachliche Zuständigkeit: Erstinstanz bei Rückerstattungsklagen
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten, nach Aktenzeichen geordnet
7. Erschließungszustand	- Ablieferungsverzeichnis nach Aktenzeichen unter Angabe von Klägern und Beklagten sowie der Laufzeit
8. Bemerkungen	-

4.3 Bayern

4.3.1 Bayerisches Hauptstaatsarchiv

1. Archiv	**Bayerisches Hauptstaatsarchiv**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (BLVW) (1948-1949: Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung)**
3. Laufzeit des Bestandes	1946-1955
4. Umfang (Stück / lfm.)	149 Stück / 2,4 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: 1.) Kontrolle der eingezogenen Vermögen, Verwaltung des ehemaligen Reichsvermögens 2.) Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte, die den rassisch, religiös und politisch Verfolgten in der Zeit des Dritten Reichs entzogen worden waren - Nachfolger: Finanzmittelstelle München des Landes Bayern (ab 1963: Bezirksfinanzdirektion München)
6. Bestandsbeschreibung	- Bestandsstruktur: Der Bestand enthält bislang ausschließlich Verwaltungsakten. Bei der Verzeichnung wurde zwischen der Abteilung Vermögensverwaltung und der Abteilung Wiedergutmachung unterschieden. Die Abteilung Vermögensverwaltung umfasst nur 26 AE, meist nur Sammlungen von Vorschriften und Präzedenzfällen. - Einzelfallakten des BLVW aus dem Bereich der Vermögenskontrolle sind nach bisheriger Kenntnis in dem Mischfonds enthalten, den die Bezirksfinanzdirektion München an das Staatsarchiv München abgegeben hat. Dieser enthält auch einzelfallbezogene Akten der BLVW-Zweigstelle Süd (siehe dort!). - Parallelüberlieferung: Akten der Staatskanzlei sind bisher nicht vorhanden. Die Überlieferung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen ist noch nicht erschlossen. In einer Abgabe des Ministeriums vom 10.8.2006 sind zahlreiche Akten zur Wiedergutmachung allgemein sowie zum BLVW überliefert, aber noch nicht zugänglich.
7. Erschließungszustand	Erschlossen (Datenbank)
8. Bemerkungen	-

4.3.2 Staatsarchiv Amberg

1. Archiv	Staatsarchiv Amberg
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (BLVW), Zweigstelle Niederbayern / Oberpfalz (Regensburg)**
3. Laufzeit des Bestandes	Ca. 1946-1949
4. Umfang (Stück / lfm.)	340 Stück / 4,2 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Kontrolle der eingezogenen Vermögen, Verwaltung des ehemaligen Reichsvermögens - Nachfolger: BLVW, Zweigstelle Nord (Oberpfalz); BLVW, Zweigstelle Süd (Niederbayern)
6. Bestandsbeschreibung	Verwaltungsakten (mit Personalakten), Vermögenskontrollakten (Einzelfälle), fortlaufende Nummerierung ohne Gliederung
7. Erschließungszustand	Erschlossen (Datenbank)
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Staatsarchiv Amberg
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (BLVW), Außenstellen im Regierungsbezirk Oberpfalz**
3. Laufzeit des Bestandes	1946 - 1958 (Die Außenstellen waren einem kontinuierlichen Konzentrationsprozess ausgesetzt, so dass die einzelnen Dienststellen unterschiedlich lange existiert haben!)
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 3700 Stück / 50 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Kontrolle der eingezogenen Vermögen, Verwaltung des ehemaligen Reichsvermögens - Nachfolger: Finanzamt Regensburg
6. Bestandsbeschreibung	- Bestandsstruktur: Gegliedert nach Außenstellen, innerhalb des jeweiligen Bestandes: Unterscheidung von Verwaltungsakten und Einzelfälle - Parallelüberlieferung: BLVW, Zweigstelle Niederbayern / Oberpfalz; BLVW, Zweigstelle Nord
7. Erschließungszustand	Erschlossen (Datenbank)
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Staatsarchiv Amberg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Wiedergutmachungsbehörde II (Niederbayern/Oberpfalz)/ Rückerstattungsakten**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1952
4. Umfang (Stück / lfm.)	3100 Akten, ca. 23 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Bearbeitung der Rückerstattungsanträge; Entscheidung in erster Instanz - Wiedergutmachungsbehörde III (Ober- und Mittelfranken, Niederbayern, Oberpfalz) Wiedergutmachungsbehörde Bayern Bezirksfinanzdirektion Ansbach - Abgebende Stelle: Bezirksfinanzdirektion Ansbach (Wiedergutmachungsbehörde Bayern); Abgabe erfolgte 2001 über das Staatsarchiv Nürnberg.
6. Bestandsbeschreibung	- Die Zusammensetzung des Bestandes ist homogen, da es sich fast ausschließlich um Einzelfallakten handelt. Der Bestand ist nach Aktenzeichen geordnet und setzt sich aus drei Teilkomplexen zusammen: den Akten mit den Anträgen der Betroffenen, den Akten über die Weiterverfolgung der durch den Freistaat Bayern erworbenen Ansprüche und den so genannten IRSO-Akten, die die von der IRSO erhobenen Ansprüche dokumentieren. - Es handelt sich in aller Regel um chronologisch geordnete Einzelfallakten. Diese enthalten insbesondere: Anträge, Nachweise/Beweismittel, Bescheide, Prozessunterlagen und Urteile der Folgeinstanzen. - Parallelüberlieferung: Einzelfallakten von staatlichen Behörden, die die Interessen des Freistaats Bayern bzw. des Deutschen Reichs in den Rückerstattungsverfahren vertraten: - Staatsministerium der Finanzen - Oberfinanzdirektion München - Bezirksfinanzdirektion München
7. Erschließungszustand	Datenbankgestützt und abschließend verzeichnet (inklusive Indices)
8. Bemerkungen	- Zur Benützung der Rückerstattungsakten bedarf es gem. Art. 10, Abs. 3, Satz 4 BayArchivG einer Schutzfristverkürzung.

1. Archiv	**Staatsarchiv Amberg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Finanzmittelstelle Regensburg / Rückerstattungsverfahren**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1954
4. Umfang (Stück / lfm.)	44 Akten, 1 Kartei.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Vertretung des Freistaats Bayern in Rückerstattungsverfahren - Nachfolgebehörde: Bezirksfinanzdirektion Ansbach - Abgebende Stelle: Bezirksfinanzdirektion Ansbach
6. Bestandsbeschreibung	- Die Zusammensetzung des Bestandes ist homogen, da es sich ausschließlich um Einzelfallakten handelt; die Akten sind chronologisch nach laufender Nummer gereiht. - Parallelüberlieferung: Einzelfallakten der Wiedergutmachungsbehörde II
7. Erschließungszustand	- Nicht erschlossen.
8. Bemerkungen	- Auswahlarchivierung: Stichprobe zur Dokumentation des Verfahrensablaufs bei der Bezirksfinanzdirektion

4.3.3 Staatsarchiv Augsburg

1. Archiv	**Staatsarchiv Augsburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (BLVW), Zweigstelle Schwaben (Augsburg)**
3. Laufzeit des Bestandes	1946-1949
4. Umfang (Stück / lfm.)	-
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Kontrolle der eingezogenen Vermögen, Verwaltung des ehemaligen Reichsvermögens - Nachfolger: BLVW, Zweigstelle Süd; Finanzmittelstelle München (ab 1963: Bezirksfinanzdirektion München)
6. Bestandsbeschreibung	- Verwaltungsakten, Einzelfallakten (noch ungeordnet) - Parallelüberlieferung: BLVW, Außenstellen
7. Erschließungszustand	Abgabeverzeichnis der Bezirksfinanzdirektion München
8. Bemerkungen	Lagerort: Staatsarchiv München (die Akten der Zweigstelle Schwaben sind Bestandteil des von der Bezirksfinanzdirektion München ausgesonderten Mischfonds, der auf die BLVW-Zweigstelle Süd zurückzuführen ist; siehe dort!)

1. Archiv	**Staatsarchiv Augsburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (BLVW), Außenstellen im Regierungsbezirk Schwaben (Augsburg)**
3. Laufzeit des Bestandes	1946 - 1958 (Die Außenstellen waren einem kontinuierlichen Konzentrationsprozess ausgesetzt, so dass die einzelnen Dienststellen unterschiedlich lange existiert haben!)
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 4500 Stück / 100 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Kontrolle der eingezogenen Vermögen, Verwaltung des ehemaligen Reichsvermögens - Nachfolger: Finanzamt Augsburg-Stadt
6. Bestandsbeschreibung	- Bestandsstruktur: Für jede Außenstelle wurde ein eigener Bestand gebildet. Für folgende Außenstellen ist eine Überlieferung vorhanden: Augsburg, Dillingen, Donauwörth, Füssen, Günzburg, Illertissen, Kaufbeuren, Kempten, Krumbach, Marktoberdorf, Memmingen, Mindelheim, Neuburg, Neu-Ulm, Nördlingen, Schwabmünchen, Sonthofen, Wertingen. Die Bestände sind ihrerseits nach folgender Systematik gegliedert: Allgemeiner Schriftwechsel, Vermögenseinzug, Vermögenskontrolle. - Aktenstruktur: Schriftgut der Treuhandverwaltung; bei Firmen sind oft Inventare enthalten. - Parallelüberlieferung: BLVW, Zweigstelle Schwaben; BLVW, Zweigstelle Süd
7. Erschließungszustand	Erschlossen
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Staatsarchiv Augsburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Wiedergutmachungsbehörde V (Schwaben) / Rückerstattungsakten**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1952
4. Umfang (Stück / lfm.)	2891 Akten, ca. 31 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Bearbeitung der Rückerstattungsanträge; Entscheidung in erster Instanz - Nachfolgebehörden: Wiedergutmachungsbehörde I (Oberbayern-Schwaben), Wiedergutmachungsbehörde Bayern, Bezirksfinanzdirektion Ansbach - Abgebende Stelle: Bezirksfinanzdirektion Ansbach (Wiedergutmachungsbehörde Bayern); Abgabe erfolgte 2001 über das Staatsarchiv Nürnberg.
6. Bestandsbeschreibung	- Die Zusammensetzung des Bestandes ist homogen, da es sich fast ausschließlich um Einzelfallakten handelt. Der Bestand ist nach Aktenzeichen geordnet und setzt sich aus drei Teilkomplexen zusammen: den Akten mit den Anträgen der Betroffenen, den Akten über die Weiterverfolgung der durch den Freistaat Bayern erworbenen Ansprüche und den so genannten IRSO-Akten, die die von der IRSO erhobenen Ansprüche dokumentieren. - Es handelt sich in aller Regel um chronologisch geordnete Einzelfallakten. Diese enthalten insbesondere: Anträge, Nachweise/Beweismittel, Bescheide, Prozessunterlagen und Urteile der Folgeinstanzen. - Parallelüberlieferung: Einzelfallakten von staatlichen Behörden, die die Interessen des Freistaats Bayern bzw. des Deutschen Reichs in den Rückerstattungsverfahren vertraten: - Staatsministerium der Finanzen - Oberfinanzdirektion München - Bezirksfinanzdirektion München
7. Erschließungszustand	Der Bestand wird durch Karteien erschlossen, die von der Wiedergutmachungsbehörde V selbst erstellt wurden: Die Akten mit den Anträgen der Betroffenen sind über eine Namenskartei (A - Z, 4 Kartons) und eine Nummernkartei (1 - 1471, 2 Kartons) recherchierbar. Die JRSO-Akten werden erschlossen durch zwei Nummernkarteien (JRSO-Akten 1 - 1436/1, 1 Karton; Land-Bayern-Akten 4 - 1436/2, 1 Karton) und eine Namenskartei die von der Finanzmittelstelle Augsburg angelegt, später aber als Findbehelf für die JRSO-Akten der Wiedergutmachungsbehörde adaptiert wurde.
8. Bemerkungen	- Zur Benützung der Rückerstattungsakten bedarf es gem. Art. 10, Abs. 3, Satz 4 BayArchivG einer Schutzfristverkürzung.

4.3.4 Staatsarchiv Bamberg

1. Archiv	**Staatsarchiv Bamberg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (BLVW), Außenstellen für den Regierungsbezirk Oberfranken**
3. Laufzeit des Bestandes	1946-1958 (Die Außenstellen waren einem kontinuierlichen Konzentrationsprozess ausgesetzt, so dass die einzelnen Dienststellen unterschiedlich lange existiert haben!)
4. Umfang (Stück / lfm.)	4095 Stück / 50 lfm.
5. Behördengeschichte	Sachliche Zuständigkeit: Kontrolle der eingezogenen Vermögen, Verwaltung des ehemaligen Reichsvermögens
6. Bestandsbeschreibung	- Bestandsstruktur: Der Bestand umfasst Schriftgut der ehemaligen Außenstellen Bamberg-Stadt, Bamberg Land, Coburg, Ebermannstadt, Ebern (UFrk.!), Forchheim, Höchstadt an der Aisch, Kronach, Lichtenfels, Neustadt bei Coburg, Staffelstein - 1. allgemeines Schriftgut: Treuhänderakten, Rundschreiben, Auszüge aus Spruchkammerurteilen, Abrechnungen der Treuhänder 2. einzelne Objekte der Vermögenskontrolle aus den Stadt- und Landkreisen des westlichen Oberfrankens (in alphabetischer Reihung) Die ursprüngliche Ordnung der Akten konnte bei der Bestandsneuformierung im Archiv wegen fehlender Registraturhilfsmittel nicht wiederhergestellt werden. - Aktenstruktur: zu 1. enthalten die Akten Personalbögen zu den Treuhändern, allgemeinen Schriftverkehr, ergänzendes Schriftgut (Sühnebescheide, Auszüge aus Spruchkammernurteilen, etc). Zu 2. enthalten die Akten Nachweise über die Besitzgegenstände (sog. „property control sheets“), die Besitzer bzw. Eigentümer (Antragssteller) sowie Vermerke über die Freilassung der Objekte aus der Vermögenskontrolle; darüber hinaus auch Hinweise auf Schicksale von Einzelpersonen (Juden, NSDAP-Karrieren) sowie zum Ausgang eines strittigen Verfahrens (nur in Einzelfällen). - Parallelüberlieferung: BLVW, Zweigstelle Oberfranken; BLVW, Zweigstelle Nord
7. Erschließungszustand	Erschlossen (Bestand durch EDV-Datenbank und gedrucktes Repertorium erschlossen. Anordnung der Archivalien innerhalb der Stadt- und Landkreise alphabetisch nach Besitzer, Eigentümer (Antragsteller), Ertrags- bzw. Vermögensobjekt und Laufzeit des Akts. Als Erschließungskriterium wurden auch Kennbuchstaben, Kennziffern für die Außenstelle (Property-Control-Nummern) und die fortlaufenden Vorgangsnummern verzeichnet).
8. Bemerkungen	Literatur zum Bestand: Johann Pörnbacher, Bestand der Außenstelle Bamberg des Bayerischen Landesamts für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung verzeichnet, in: Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns 51 (2006), S. 17-18.

4.3.5 Staatsarchiv Landshut

1. Archiv	**Staatsarchiv Landshut**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (BLVW), Außenstellen im Regierungsbezirk Niederbayern**
3. Laufzeit des Bestandes	1946-1958
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 1600 Stück / 34 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Kontrolle der eingezogenen Vermögen, Verwaltung des ehemaligen Reichsvermögens - Nachfolger: Finanzamt Landshut; Finanzamt Straubing
6. Bestandsbeschreibung	- Bestandsstruktur: Sammelbestand aller niederbayerischen Außenstellen, alphabetisch geordnet nach Außenstelle - Aktenstruktur: Neben einem kleinen Bestand von internen Verwaltungsakten in der Masse Einzelfallakten der Vermögenskontrolle - Parallelüberlieferung: BLVW, Zweigstelle Niederbayern / Oberpfalz; BLVW, Zweigstelle Süd
7. Erschließungszustand	Erschlossen (Datenbank)
8. Bemerkungen	-

4.3.6 Staatsarchiv München

1. Archiv	**Staatsarchiv München**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (BLVW), Zweigstelle Oberbayern (München)** **BLVW, Zweigstelle Süd (München, ab 1.1.1949)**
3. Laufzeit des Bestandes	1946-1955
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 8000 Stück / ca. 215 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Kontrolle der eingezogenen Vermögen, Verwaltung des ehemaligen Reichsvermögens - Nachfolger: Finanzmittelstelle München des Landes Bayern (ab 1963: Bezirksfinanzdirektion München)
6. Bestandsbeschreibung	- Provenienzen: - Akten der Zweigstelle Oberbayern - Akten der Zweigstelle Schwaben - Akten des Bayerischen Landesamtes für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (siehe den entsprechenden Bestand im Bayerischen Hauptstaatsarchiv) - Die Zusammensetzung des Bestandes ist heterogen, da neben vielen Einzelfällen auch allgemeine Unterlagen (z.B. Listen und Karteien zu den Treuhändern, Nummernverzeichnisse, Karteien mit Vermögenskontrollblättern etc.) enthalten sind.
7. Erschließungszustand	Erschlossen durch Behördenliste
8. Bemerkungen	Vermutlich handelt es sich bei dem größten Teil der Unteralgen um Akten des zentral zuständigen Bayerischen Landesamtes für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung. Diese wären mithin an das Bayerische Hauptstaatsarchiv abzugeben! Akten der Zweigstelle Schwaben fallen hingegen in die Zuständigkeit des Staatsarchivs Augsburg. Eine umfassende Provenienzanalyse wurde bislang allerdings nicht durchgeführt. Festzuhalten ist, dass sich in diesem Mischfonds bedeutende Unterlagen zu einzelnen NS-Größen und Einrichtungen (z.B. dem Eher-Verlag) befinden, die an anderer Stelle keine Entsprechung haben.

1. Archiv	**Staatsarchiv München**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (BLVW), Außenstellen im Regierungsbezirk Oberbayern**
3. Laufzeit des Bestandes	1946-1958 (Die Außenstellen waren einem kontinuierlichen Konzentrationsprozess ausgesetzt, so dass die einzelnen Dienststellen unterschiedlich lange existiert haben!)
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 14000 Stück / ca. 155 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Die Außenstellen waren die ausführenden Organe der Vermögenskontrolle, sie erfassten die zu kontrollierenden Vermögen, setzten die Treuhänder ein, überwachten laufend deren Tätigkeit und entließen Vermögen aus der Kontrolle. Daneben hielten sie auch die Verbindung mit den Spruchkammern. - Nachfolger: Zentralfinanzamt München; Finanzamt Ingolstadt; Finanzamt Augsburg
6. Bestandsbeschreibung	- Bestandsstruktur: Die Zusammensetzung des Bestandes ist homogen, da es sich fast ausschließlich um Einzelfallakten handelt. Der ursprüngliche Ordnungszustand des Materials bei den Außenstellen wurde durch diverse Umlagerungsmaßnahmen teilweise empfindlich gestört - Aktenstruktur: Die Akten sind in der Regel nach folgendem Schema aufgebaut: - Allgemeiner Schriftwechsel - Bilanz- und Prüfungsakten (mit Treuhänder- und Prüfungsberichten) - Kostenakten - Treuhänder-Vertragsakten Erwähnenswert sind die Vermögensaufstellungen und Inventare (z.B. bei Geschäften, Gaststätten, Apotheken etc.), die neben den Einrichtungsgegenständen auch die Vorräte erfassen. Die Treuhänderunterlagen enthalten neben Bestallungs- und Abberufungsurkunden auch Lebensläufe, Angaben zum beruflichen Werdegang mit Gehaltsangaben, Arbeitszeugnisse, Strafregisterauszüge etc.
7. Erschließungszustand	Die Akten der Außenstellen Aibling, Altötting, Berchtesgaden, Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Garmisch-Partenkirchen, Ingolstadt, Landsberg am Lech, Laufen, München-Land und München-Stadt sind über eine Kartei ausführlich erschlossen, während für die restlichen Außenstellenakten lediglich eine nach Aktenzeichen geordnete Abgabeliste mit den Namen der Vermögensinhaber vorliegt.
8. Bemerkungen	Soweit durch Kartei erschlossen, sind die Bestände gemäß den Regelungen des Bayerischen Archivgesetzes benutzbar. Eine Benützung der Bestände, die lediglich durch die Abgabeliste nachgewiesen werden können, ist nur mit Einschränkungen möglich.

1. Archiv	**Staatsarchiv München**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Wiedergutmachungsbehörde I (Oberbayern) / Rückerstattungsakten**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1974
4. Umfang (Stück / lfm.)	25.705 Akten, ca. 230 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Bearbeitung der Rückerstattungsanträge; Entscheidung in erster Instanz - Nachfolger: Wiedergutmachungsbehörde III (Ober- und Mittelfranken, Niederbayern, Oberpfalz), Wiedergutmachungsbehörde Bayern, Bezirksfinanzdirektion Ansbach - Abgebende Stelle: Bezirksfinanzdirektion Ansbach (Wiedergutmachungsbehörde Bayern); Abgabe erfolgte 2001 über das Staatsarchiv Nürnberg.
6. Bestandsbeschreibung	- Die Zusammensetzung des Bestandes ist homogen, da es sich fast ausschließlich um Einzelfallakten handelt. Der Bestand ist nach Aktenzeichen geordnet und setzt sich aus drei Teilkomplexen zusammen: den Akten mit den Anträgen der Betroffenen, den Akten über die Weiterverfolgung der durch den Freistaat Bayern erworbenen Ansprüche und den so genannten IRSO-Akten, die die von der IRSO erhobenen Ansprüche dokumentieren. - Es handelt sich in aller Regel um chronologisch geordnete Einzelfallakten. Diese enthalten insbesondere: Anträge, Nachweise/Beweismittel, Bescheide, Prozessunterlagen und Urteile der Folgeinstanzen. - Parallelüberlieferung: Einzelfallakten von staatlichen Behörden, die die Interessen des Freistaats Bayern bzw. des Deutschen Reichs in den Rückerstattungsverfahren vertraten: - Staatsministerium der Finanzen - Oberfinanzdirektion München - Bezirksfinanzdirektion München
7. Erschließungszustand	- Die Akten sind durch eine Kartei der Wiedergutmachungsbehörde I erschlossen. Die archivische Erschließung ist im Gange.
8. Bemerkungen	- Zur Benützung der Rückerstattungsakten bedarf es gem. Art. 10, Abs. 3, Satz 4 BayArchivG einer Schutzfristverkürzung.

1. Archiv	**Staatsarchiv München**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksfinanzdirektion München / Rückerstattungsverfahren**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1975
4. Umfang (Stück / lfm.)	18000 Akten, ca.51 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Vertretung des Freistaats Bayern in Rückerstattungsverfahren - Nachfolgebehörde: Bezirksfinanzdirektion Ansbach - Abgebende Stelle: Bezirksfinanzdirektion Ansbach
6. Bestandsbeschreibung	- Die Zusammensetzung des Bestandes ist homogen, da es sich ausschließlich um Einzelfallakten handelt. Die Akten sind chronologisch nach laufender Nummer gereiht. - Parallelüberlieferung: Einzelfallakten der Wiedergutmachungsbehörde III
7. Erschließungszustand	- Die Akten sind über eine Abgabeliste bzw. über Karteien erschlossen.
8. Bemerkungen	- Der Bestand umfasst auch Unterlagen, die noch von den Vorgängerbehörden (Oberfinanzdirektion München/Zweigstelle München, bis 1955; Finanzmittelstelle München, 1956-1963) abgeschlossen wurden.

4.3.7 Staatsarchiv Nürnberg

1. Archiv	**Staatsarchiv Nürnberg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (BLVW), Zweigstelle Nord (Nürnberg, ab 1.1.1949)**
3. Laufzeit des Bestandes	1946-1952
4. Umfang (Stück / lfm.)	1642 Stück / 29,2 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Kontrolle der eingezogenen Vermögen, Verwaltung des ehemaligen Reichsvermögens - Nachfolger: BLVW-Referat II/VK/F-Gruppe Nord in Nürnberg (ab April 1952); BLVW-Prüfungsgruppe Nürnberg (ab Juli/August 1953); Zentralfinanzamt Nürnberg (ab 1.4.1958)
6. Bestandsbeschreibung	-
7. Erschließungszustand	Erschlossen (Datenbank)
8. Bemerkungen	Kassiert wurden diejenigen Akten der Zweigstelle Nord, die als Doppelüberlieferung zu den Akten der Außenstellen angesehen werden können.

1. Archiv	**Staatsarchiv Nürnberg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (BLVW), Außenstellen im Regierungsbezirk Mittelfranken**
3. Laufzeit des Bestandes	1946-1958
4. Umfang (Stück / lfm.)	5832 Stück / 106,4 lfm.; im Einzelnen: Außenstelle Ansbach: 293 Akten Außenstelle Dinkelsbühl: 327 Akten Außenstelle Eichstätt: 188 Akten Außenstelle Erlangen: 180 Akten Außenstelle Feuchtwangen: 128 Akten Außenstelle Fürth: 822 Akten Außenstelle Gunzenhausen: 240 Akten Außenstelle Hersbruck: 150 Akten Außenstelle Hilpoltstein: 130 Akten Außenstelle Lauf: 264 Akten Außenstelle Neustadt a.d.Aisch: 311 Akten Außenstelle Nürnberg: 2169 Akten Außenstelle Rothenburg o.d.T.: 157 Akten Außenstelle Schwabach: 223 Akten Außenstelle Uffenheim: 102 Akten Außenstelle Weißenburg: 148 Akten
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Die Außenstellen waren zuständig für das Vermögen der Alliierten, Vermögen des Reichs, der Länder und sonstigen öffentlichen Körperschaften, deren Dienststellen nicht mehr vorhanden waren (z.B. Wehrmacht), Vermögen der Deutschen, der NSDAP und ihrer Gliederungen, sonstiger Feinde, für das Vermögen der Personen, die von der Militärregierung verhaftet oder von ihr auf die schwarze Liste gesetzt wurden, für erbeutetes oder verschlepptes Vermögen aus

	Gebieten außerhalb Deutschlands, zwangsweise übereignetes Vermögen (v.a. von Juden und Emigranten), Vermögen von abwesenden deutschen Eigentümern, Vermögen neutraler Staaten. - Nachfolger: Zentralfinanzamt Nürnberg
6. Bestandsbeschreibung	- Bestandsstruktur: Am Anfang bzw. Ende jedes Bestandes stehen die allgemeinen Akten, z.B. Personalakten, Akten über den Dienstbetrieb, Schriftverkehr mit vorgesetzten Stellen, Akten zu einzelnen Sachgebieten, Treuhänderangelegenheiten, etc. Diese Akten wurden teilweise nur exemplarisch für eine Außenstelle archiviert. Kassiert wurden nur allgemeine Akten, z.B. Fahrtenbücher. Unterlagen, die bei jeder Außenstelle anfielen und die weitestgehend identisch waren, wurden nur exemplarisch archiviert. Die Mehrzahl der Akten befasst sich mit einzelnen Vermögensobjekten, vorrangig Haus- und Grundbesitz. Diese Akten sind nach den von den Behörden gebrauchten Aktenzeichen gegliedert. Den Schwerpunkt der Überlieferung bilden die Akten mit dem Aktenzeichen YG, d.h. Akten über ehemals jüdischen Besitz. Die meisten Akten betreffen Grund- und Hausbesitz, dagegen sind Akten über Hausrat, Fahrzeuge etc. in der Minderzahl. - Parallelüberlieferung: Aktenüberlieferung der Zweigstelle Nord des BLVW. Eine teilweise Parallelüberlieferung liegt auch in den Akten des Zentralfinanzamts Nürnberg vor; der Bestand enthält nur wenige Akten, die über das Jahr 1958 hinausführen. Neben Angelegenheiten der Treuhänder umfassen diese Akten auch Angelegenheiten der Rückerstattung v.a. jüdischen Eigentums. Die Akten sind verzeichnet (Zentralfinanzamt Nürnberg Nr. 4803 – 5167 und 8504 – 8506). Einzelne Vorgänge finden sich auch in den Akten der Landratsämter.
7. Erschließungszustand	Erschlossen
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Staatsarchiv Nürnberg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Wiedergutmachungsbehörde III (Mittel- und Oberfranken) / Rückerstattungsakten**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1974
4. Umfang (Stück / lfm.)	32.717 Akten, ca. 290 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Bearbeitung der Rückerstattungsanträge; Entscheidung in erster Instanz - Nachfolgebehörden: Wiedergutmachungsbehörde Bayern, Bezirksfinanzdirektion Ansbach - Abgebende Stelle: Bezirksfinanzdirektion Ansbach (Wiedergutmachungsbehörde Bayern).
6. Bestandsbeschreibung	- Die Zusammensetzung des Bestandes ist homogen, da es sich fast ausschließlich um Einzelfallakten handelt. Der Bestand ist nach Aktenzeichen geordnet und setzt sich aus drei Teilkomplexen zusammen: den Akten mit den Anträgen der Betroffenen, den Akten über die Weiterver-

	folgung der durch den Freistaat Bayern erworbenen Ansprüche und den so genannten IRSO-Akten, die die von der IRSO erhobenen Ansprüche dokumentieren. - Es handelt sich in aller Regel um chronologisch geordnete Einzelfallakten. Diese enthalten insbesondere: Anträge, Nachweise/Beweismittel, Bescheide, Prozessunterlagen und Urteile der Folgeinstanzen. - Parallelüberlieferung: Einzelfallakten von staatlichen Behörden, die die Interessen des Freistaats Bayern bzw. des Deutschen Reichs in den Rückerstattungsverfahren vertraten: - Staatsministerium der Finanzen - Oberfinanzdirektion München - Bezirksfinanzdirektion München
7. Erschließungszustand	- Die von der Wiedergutmachungsbehörde III angelegte Kartei wurde in die archiveigene Datenbank überführt, so dass eine elektronische Recherche möglich ist.
8. Bemerkungen	- Zur Benützung der Rückerstattungsakten bedarf es gem. Art. 10, Abs. 3, Satz 4 BayArchivG einer Schutzfristverkürzung.

1. Archiv	**Staatsarchiv Nürnberg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksfinanzdirektion Ansbach / Rückerstattungsverfahren**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1984
4. Umfang (Stück / lfm.)	579 Akten, ca. 3-4 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Vertretung des Freistaats Bayern in Rückerstattungsverfahren - Nachfolgebehörde: Bezirksfinanzdirektion Ansbach - Abgebende Stelle: Bezirksfinanzdirektion Ansbach
6. Bestandsbeschreibung	- Die Zusammensetzung des Bestandes ist homogen, da es sich ausschließlich um Einzelfallakten handelt. Die Akten sind chronologisch nach Fallarten (IRSO-Fälle, Rückerstattungsgesetz US-Zone, BRÜG) getrennt, innerhalb der Serien aber chronologisch nach laufender Nummer gereiht. - Parallelüberlieferung: Einzelfallakten der Wiedergutmachungsbehörde III
7. Erschließungszustand	- Die Erschließung über die Archivdatenbank hat begonnen.
8. Bemerkungen	- Auswahlarchivierung: Stichprobe zur Dokumentation des Verfahrensablaufs bei der Bezirksfinanzdirektion - Der Bestand umfasst auch Unterlagen, die noch von den Vorgängerbehörden (Oberfinanzdirektion Nürnberg/Zweigstelle Ansbach, bis 1955; Finanzmittelstelle Ansbach, 1956-1963) abgeschlossen wurden. - Neben den Einzelfallakten umfasst der Bestand auch einen Komplex thematisch einschlägiger Sachakten!

4.3.8 Staatsarchiv Würzburg

1. Archiv	**Staatsarchiv Würzburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (BLVW), Zweigstelle Unterfranken (Würzburg)**
3. Laufzeit des Bestandes	1946-1949
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 8 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Kontrolle der eingezogenen Vermögen, Verwaltung des ehemaligen Reichsvermögens - Nachfolger: BLVW, Zweigstelle Nord; Zentralfinanzamt Nürnberg
6. Bestandsbeschreibung	-
7. Erschließungszustand	Unerschlossen
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Staatsarchiv Würzburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (BLVW), Außenstellen im Regierungsbezirk Unterfranken**
3. Laufzeit des Bestandes	1946-1958 (Die Außenstellen waren einem kontinuierlichen Konzentrationsprozess ausgesetzt, so dass die einzelnen Dienststellen unterschiedlich lange existiert haben!)
4. Umfang (Stück / lfm.)	3535 Stück / ca. 37 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Kontrolle der eingezogenen Vermögen, Verwaltung des ehemaligen Reichsvermögens - Nachfolger: Finanzamt Würzburg
6. Bestandsbeschreibung	- Bestandsstruktur: Für jede Außenstelle wurde ein eigener Bestand gebildet. Innerhalb des Bestandes wurden die Einzelfallakten nach dem Aktenzeichen geordnet. - Aktenstruktur: Die Akten sind in der Regel nach folgenden Merkmalen gegliedert: Formblätter, Treuhänderunterlagen (Bestallungs- und Abberufungsurkunde, Lebensläufe, Arbeitszeugnisse, Strafregisterauszüge), Bilanzen, Revisionsberichte, Schriftwechsel mit den Betroffenen. - Parallelüberlieferung: BLVW, Zweigstelle Unterfranken; BLVW, Zweigstelle Nord
7. Erschließungszustand	Erschlossen
8. Bemerkungen	Komplettverlust der Außenstelle Gemünden beim Finanzamt Würzburg

1. Archiv	**Staatsarchiv Würzburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Wiedergutmachungsbehörde IV (Unterfranken) / Rückerstattungsakten**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1964
4. Umfang (Stück / lfm.)	15.200 Akten, ca. 101 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Bearbeitung der Rückerstattungsanträge; Entscheidung in erster Instanz - Nachfolgebehörden: Wiedergutmachungsbehörde III (Ober-, Mittel- und Unterfranken, Niederbayern, Oberpfalz), Wiedergutmachungsbehörde Bayern, Bezirksfinanzdirektion Ansbach - Abgebende Stelle: Bezirksfinanzdirektion Ansbach (Wiedergutmachungsbehörde Bayern); Abgabe erfolgte 2001 über das Staatsarchiv Nürnberg.
6. Bestandsbeschreibung	- Die Zusammensetzung des Bestandes ist homogen, da es sich fast ausschließlich um Einzelfallakten handelt. Der Bestand ist nach Aktenzeichen geordnet und setzt sich aus drei Teilkomplexen zusammen: den Akten mit den Anträgen der Betroffenen, den Akten über die Weiterverfolgung der durch den Freistaat Bayern erworbenen Ansprüche und den so genannten IRSO-Akten, die die von der IRSO erhobenen Ansprüche dokumentieren. - Es handelt sich in aller Regel um chronologisch geordnete Einzelfallakten. Diese enthalten insbesondere: Anträge, Nachweise/Beweismittel, Bescheide, Prozessunterlagen und Urteile der Folgeinstanzen. - Parallelüberlieferung: Einzelfallakten von staatlichen Behörden, die die Interessen des Freistaats Bayern bzw. des Deutschen Reichs in den Rückerstattungsverfahren vertraten: - Staatsministerium der Finanzen - Oberfinanzdirektion München - Bezirksfinanzdirektion München
7. Erschließungszustand	- Erschlossen durch mehrere bei der Entstehungsbehörde angelegte Karteien.
8. Bemerkungen	- Zur Benützung der Rückerstattungsakten bedarf es gem. Art. 10, Abs. 3, Satz 4 BayArchivG einer Schutzfristverkürzung.

1. Archiv	**Staatsarchiv Würzburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksfinanzdirektion Würzburg / Rückerstattungsverfahren**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1964
4. Umfang (Stück / lfm.)	252 Akten, ca. 0,8 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Vertretung des Freistaats Bayern in Rückerstattungsverfahren - Nachfolgebehörde: Bezirksfinanzdirektion Ansbach - Abgebende Stelle: Bezirksfinanzdirektion Ansbach
6. Bestandsbeschreibung	- Die Zusammensetzung des Bestandes ist homogen, da es sich ausschließlich um Einzelfallakten handelt. Die Akten sind chronologisch nach laufender Nummer gereiht. - Parallelüberlieferung: Einzelfallakten der Wiedergutmachungsbehörde IV
7. Erschließungszustand	- Über die Archivdatenbank erschlossen.
8. Bemerkungen	- Auswahlarchivierung: Stichprobe zur Dokumentation des Verfahrensablaufs bei der Bezirksfinanzdirektion - Der Bestand umfasst auch Unterlagen, die noch von den Vorgängerbehörden (Oberfinanzdirektion Nürnberg/Zweigstelle Würzburg, bis 1955; Finanzmittelstelle Würzburg, 1956-1963) abgeschlossen wurden

4.4 Landesarchiv Berlin

1. Archiv	**Landesarchiv Berlin**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Oberstes Rückerstattungsgericht für Berlin, B Rep. 064**
3. Laufzeit des Bestandes	1953-1990
4. Umfang (Stück / lfm.)	21,00 lfm
5. Behördengeschichte	Das Oberste Rückerstattungsgericht für Berlin war für das Gebiet der drei Westsektoren zuständig. Es wurde durch das Gesetz Nr. 25, das die Alliierte Kommandantur mit BK/O (53) 11 vom 27. April 1953 erließ, errichtet. Vor dieser Zeit existierte zwar eine einheitliche Rückerstattungsordnung der Alliierten Kommandantur vom 26. Juli 1949, jedoch war in jedem Sektor der Stadt ein anderes Rückerstattungsgericht letztinstanzlich zuständig, im amerikanischen Sektor der United States Court of Restitution Appeals (CORA) in Nürnberg, im britischen Sektor der Board of Review (BOR) und im französischen Sektor das Kammergericht. Die Folge der unterschiedlichen Zuständigkeiten war eine uneinheitliche Rechtsprechung. Um diesem Zustand abzuhelfen, wurde das Oberste Rückerstattungsgericht für Berlin geschaffen. Es bestand aus einem Präsidenten, drei alliierten und drei deutschen beisitzenden Richtern. Die alliierten Richter wurden von der Kommandantur, die deutschen Richter vom Senat und der Präsident von der Kommandantur und dem Senat gemeinsam ernannt. Die Gerichtssprachen waren Englisch, Französisch und Deutsch. Das Gericht entschied in letzter Instanz über Ansprüche auf Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte, die durch rassische, religiöse oder politische Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes von 1933 bis 1945 entzogen worden waren, sofern sich aus Entscheidungen der Wiedergutmachungsbehörden oder der Wiedergutmachungssenate des Kammergerichts Nachteile für die Betroffenen ergaben. Bis 1957 traf das Oberste Rückerstattungsgericht überwiegend Entscheidungen gegen Privatpersonen, insbesondere in Grundstücksangelegenheiten. Durch das Bundesrückerstattungsgesetz von 1957 wurde ihm zusätzlich die zentrale Zuständigkeit für Rückerstattungsansprüche gegen das Deutsche Reich wegen Entziehung von Vermögenswerten im Ausland übertragen. Die Obersten Rückerstattungsgerichte wurden mit der Vereinigung Deutschlands zum 3. Oktober 1990 aufgelöst. Ihre Zuständigkeit ging gemäß Einigungsvertrag auf den Bundesgerichtshof über.
6. Bestandsbeschreibung	[Akten wurden bei Auflösung des ORG vernichtet] Kopien von Urteilen des Landgerichts und des Kammergerichts Berlin sowie von anderen Gerichten in der Bundesrepublik, die mit Rückerstattungssachen befasst waren
7. Erschließungszustand	unerschlossen
8. Bemerkungen	-

4.5 Staatsarchiv Bremen

4.5.1 Senat

1. Archiv	**Staatsarchiv Bremen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Senatsregistratur, Zusammenbruch des nationalsozialistischen deutschen Reiches, Akte betr. Wiedergutmachung des Unrechts bzw. der Schäden durch widerrechtliches Handeln der Nationalsozialistischen Regierung (Bestand 3-R.1.m. Nr. 33)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1958
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 2 lfm.
5. Behördengeschichte	Zu einer Ressortgliederung kam es im Senat der Freien Hansestadt Bremen erst ab 1933, bis 1958 wurden die Akten der senatorischen Behörden gemeinsam verwaltet.
6. Bestandsbeschreibung	Sachakten aus der gemeinsamen Registratur des Senats der Freien Hansestadt Bremen 1875-1958.
7. Erschließungszustand	Handschriftliches Aktenverzeichnis.
8. Bemerkungen	-

4.5.2 Behörden

1. Archiv	**Staatsarchiv Bremen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Amt für Vermögenskontrolle (Bestand 4,145)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1965
4. Umfang (Stück / lfm.)	182 Stück, ca. 7 lfm.
5. Behördengeschichte	- Property Control Office, April 1945 bis Oktober 1946, danach Amt für Vermögenskontrolle. - 31.3.1948 unterstellt dem Oberfinanzpräsidenten bzw. der Oberfinanzdirektion in Bremen. Es wurde vermutlich nicht formell aufgelöst.
6. Bestandsbeschreibung	Generalakten, Karteien über die kontrollierten Vermögen nach Vermögenstyp, Fallakten in Auswahl.
7. Erschließungszustand	Analog verzeichnet.
8. Bemerkungen	Der Bestand enthält Schriftgut aus der OMGUS-Verwaltung, das die dafür typischen Verfahren der Aktenführung dokumentiert. Die Akten des Bestands wurden konservierend behandelt und verfilmt.

1. Archiv	**Staatsarchiv Bremen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesamt für Wiedergutmachung, Generalakten (Bestand 4,54 - I.)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1973
4. Umfang (Stück / lfm.)	366 Stück / ca. 6 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorläufer waren die Betreuungsstellen für die aus dem Konzentrationslager Entlassenen. - April 1945-31.3.1948, das Amt für Wiedergutmachung - Ab 1.4.1948 (Aufgabe: Betreuung der NS-Verfolgten); die Wiedergutmachungsbehörde (Aufgabe: Entscheidung über Anträge in der Rückerstattung), 1947-1949. Eingerichtet wurde das Landesamt für Wiedergutmachung, 1950 mit den Abteilungen Entschädigung und Rückerstattung. - Seit 1970 ist es nicht mehr selbständig, sondern Teil der Behörde des Senators für Arbeit. - Seit Oktober 2007 werden die noch verbliebenen Aufgaben nach dem Bundesentschädigungsgesetz vom Niedersächsischen Landesamt für Bezüge und Versorgung erledigt.
6. Bestandsbeschreibung	Sachakten der Konzentrationslager-Betreuungsstellen, des Amtes für Wiedergutmachung, der Wiedergutmachungsbehörde, der Bremer Industrie- und Treuhandgesellschaft mbH - aus der Verwaltung der im Rahmen des Globalvertrags mit der IRSO übernommenen Vermögensgegenstände - und des Landesamts für Wiedergutmachung.
7. Erschließungszustand	Erschlossen (Datenbank, analog)
8. Bemerkungen	Der Bestand ist fertig verpackt.

1. Archiv	**Staatsarchiv Bremen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesamt für Wiedergutmachung, Rückerstattungsakten (Bestand 4,54 - II.)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1982
4. Umfang (Stück / lfm.)	2811 Stück / ca. 20 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorläufer war die Wiedergutmachungsbehörde (Aufgabe: Entscheidung über Anträge in der Rückerstattung), 1947-1949. - Das Landesamt für Wiedergutmachung wurde 1950 errichtet, zu seinen Aufgaben gehörte die Entscheidung in Verfahren um die Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände. - Seit 1970 ist das Amt nicht mehr selbständig, sondern Teil der Behörde des Senators für Arbeit.
6. Bestandsbeschreibung	- Fallakten aus der Rückerstattung gemäß Gesetz Nr. 59 (Aktengruppe Ra) und gemäß Bundesrückerstattungsgesetz (Aktengruppe Rü) - Typischer Inhalt einer Rückerstattungsakte gemäß Gesetz Nr. 59 (Aktengruppe Ra), hier: 4,54 - Ra 394: 1. Anmeldung des Anspruchs: Schreiben mit Bezug auf den 42 Nummern und einige Unter-Nummern umfassende Anmelde-Formular gemäß Gesetz Nr. 59, hier mit Aufdruck der Register-Nummer beim Zentral-Anmeldeamt, Übersendungsschreiben hier nicht vorhanden, dazu Vollmachten auf den Bearbeiter, hier den Nachlasspfleger, erste Anlagen, hier Beschlagnahme-Verfügungen in Abschrift. 2. Recherchen und Maßnahmen des Amtes für Vermögenskontrolle, Wiedergutmachungsbehörde: Verfügung an das Grundbuchamt auf Eintragung des Rückerstattungsvermerks ins Grundbuch, Anforderung eines Grundbuchauszugs, Zustellung des Rückerstattungsantrags an die Pflichtige (mit Zustellurkunde), Grundbuchauszug, Schreiben an den Hypothekengläubiger mit Zustellurkunde und Antwort 3. Formeller Widerspruch der Pflichtigen, Weiterleitung des Widerspruchs an den Bevollmächtigten der Antragsteller. 4. Schreiben an die Pflichtige um substantielle Begründung mit Frist. 5. Schreiben der Pflichtigen mit näheren Angaben. 6. Ladung der Parteien mit Postzustellurkunden. 7. Übernahme des Verfahrens durch den Erben, Ende der Tätigkeit des Nachlasspflegers, neue Vollmachten, Erbscheine. 8. Neue Ladung der Parteien mit Postzustellurkunden. 9. Protokoll der Güteverhandlung. 10. Neue Ladung der Parteien, da die unmittelbaren Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, mit Zustellurkunden.

	11. Protokoll der Güteverhandlung mit Text des Vergleichs. 12. Streitverkündung an das Deutsche Reich als den Vorbesitzer der Pflichtigen, Zustellung an den Senator für Finanzen mit Zustellurkunde (Begründet Rückgriffsansprüche der Rückerstattungspflichtigen). 13. Schriftliche Erklärungen der Parteien, dass sie den Vergleich in Kraft gesetzt wissen wollen. 14. Schlussbericht: Ankreuzformular über den Ausgang des Verfahrens. 15. Schreiben an das Grundbuchamt über den Ausgang des Verfahrens, Antwort über das Löschen des Rückerstattungsvermerks. Außerdem immer wieder: Erinnerungen, Fristverlängerungen, Bitten um Verlegung von Terminen, Nachfragen über einen neuen Sachstand, Verweise auf schwebende Verfahren vor höheren Gerichtsinstanzen, Schriftstücke aus dem Versand der Akte. - Typischer Inhalt einer Rückerstattungsakte gemäß BRüG (Aktengruppe Rü) hier 4,54 - Rü 5249: 1. Anmeldung des Anspruchs: Schreiben auf Anmelde-Formular mit Aufdruck der Register-Nummer beim Zentralanmeldeamt, in diesem Fall an das Verwaltungsamt für Innere Restitution, Außenstelle München, mit Anschreiben, dazu Vollmachten auf den Bearbeiter, erste Anlagen, hier Inventar des Lifts, Liste der Gold- und Silbergegenstände (durch Entnahmenachweis ersetzt), Anschreiben nun an das Landesamt für Wiedergutmachung Bremen, an das dieses Verfahren abgegeben wurde, mit neuer Vollmacht, Antwort des Landesamts mit Bitte um weitere Nachweise, Antwort zum Antrag: Schreiben der Spedition in Abschrift mit genauen Angaben über die Ablieferung der Güter an die Gestapo Bremen, Antwort des Landesamts: Nachweise hinreichend, Vorschlag bezüglich der nicht in Bremen entzogenen Gold- und Silbergegenstände, Antwort der Antragsteller: Bitte um Verweisung, Beschluss mit Verweisung an das zuständige Amt in Nordrhein-Westfalen, Schriftstücke zum Verweisungsbeschluss. 2. Zustellung des Antrags an die OFD Bremen als Antragsgegner mit Anlagen und Empfangsbekenntnis. 3. Widerspruch der OFD Bremen (Vordruck). 4. Mitteilung des Landesamts an die Antragsteller über einen Vergleichsvorschlag. 5. Rückäußerung mit Vorschlag der Antragsteller über eine höhere Entschädigungszahlung, Verweis auf eigene Verhandlungen mit dem Antragsgegner. 6. Protokoll der förmlichen Güteverhandlung.

	7. Schlussbericht: Ankreuzformular über den Ausgang des Verfahrens. außerdem häufig: Fristverlängerungen, Bitten um Verlegung von Terminen, Nachfragen über Verfahrensdetails wie z.B. Registernummern oder Eingangsdaten, Schriftstücke aus dem Versand der Akte.
7. Erschließungszustand	Erschlossen (Datenbank, analog).
8. Bemerkungen	- Der Bestand ist fertig verpackt; wenige Fälle befinden sich noch in der Bearbeitung bei der Behörde - Literatur: Bettina Schleier, Die Entschädigung von Verfolgten des Nationalsozialismus im Spiegel der überlieferten Einzelfallakten, in: Bremisches Jahrbuch 82 (2005), S. 224-250.

1. Archiv	**Staatsarchiv Bremen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Oberfinanzdirektion Bremen, Referat Rückerstattung (Bestand 4,42/3)**
3. Laufzeit des Bestandes	1940-1976
4. Umfang (Stück / lfm.)	135 Einheiten, ca. 2,5 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorläufer: Oberfinanzpräsident Weser-Ems, Vermögensverwertungsstelle. - Dann Referat Rückerstattung in der Bundesvermögensabteilung beim Oberfinanzpräsidenten bzw. der Oberfinanzdirektion Bremen. - Nach Beendigung der Aufgaben aus der Rückerstattung wurde die Bundesvermögensabteilung der OFD Bremen mit der in Hamburg, später der in Hannover und zuletzt der OFD in Magdeburg zusammengelegt.
6. Bestandsbeschreibung	Generalakten aus der Bearbeitung von Rückerstattungsanträgen.
7. Erschließungszustand	Erschlossen (Datenbank, analog).
8. Bemerkungen	- Der Bestand ist fertig verpackt. - Literatur: Bettina Schleier, Die Entschädigung von Verfolgten des Nationalsozialismus im Spiegel der überlieferten Einzelfallakten, in: Bremisches Jahrbuch 82 (2005), S. 224-250.

4.5.3 Gerichte

1. Archiv	**Staatsarchiv Bremen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Bremen, Zivilkammer, Akten im Kapitel 2. Zivilverfahren aus der Rückerstattung von Vermögensgegenständen, die im Zuge nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen entzogen worden waren (Bestand 4,44/2)**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1969
4. Umfang (Stück / lfm.)	75 Stück, ca. 1,2 lfm.
5. Behördengeschichte	Die Kammer wurde im November 1948 eingerichtet.
6. Bestandsbeschreibung	Prozessakten aus Verfahren um die Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände nach Gesetz Nr. 59 und nach Bundesrückerstattungsgesetz.
7. Erschließungszustand	Erschlossen (Datenbank, digital).
8. Bemerkungen	- Es wurde eine Auswahl umfangreicherer Prozessakten übernommen, die sich auf besonders wertvolle Vermögensgegenstände beziehen, außerdem eine Auswahl typischer Fälle, insbesondere von Auswanderer-Umzugsgut. Im Verzeichnis ist das Aktenzeichen der zugehörigen Verfahrensakte aus der Rückerstattung (Ra bzw. Rü) nachgewiesen. - Der Bestand ist fertig verpackt.

4.6 Staatsarchiv Hamburg

4.6.1 Behörden

1. Archiv	**Staatsarchiv Hamburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Finanzbehörde – Landesamt für Vermögenskontrolle / Einzelfallakten (Bestand: Finanzbehörde)**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1947
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 8 lfm.
5. Behördengeschichte	- 1947 Landesamt für Vermögenskontrolle der Finanzbehörde, später aufgegangen im Amt für Vermögens- und Schuldenverwaltung der Finanz- behörde. - Sachliche Zuständigkeit: Erfassung und Verwaltung der Vermögen der ehem. NSDAP, der angeschlossenen Verbände und anderer unter Gesetz Nr. 52 fallenden Organisationen; Kontrolle von Vermögen, die Gegenstand eines Rückerstattungsanspruches sind.
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten, Einzelfälle in Hauptakten - Parallelüberlieferung: Wiedergutmachungsamt und Wiedergutmachungskammer beim Landgericht.
7. Erschließungszustand	- Noch nicht abschließend erschlossen.
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Staatsarchiv Hamburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Oberfinanzdirektion Hamburg / Einzelfallakten zur Rückerstattung (Bestand: Oberfinanzpräsident – Devisen- und Vermögensverwertungsstelle)**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1945
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 160 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Oberfinanzpräsident - Sachliche Zuständigkeit: Verwaltung des beschlagnahmten Vermögens, Bescheiderteilung und Ermittlung der rechtserheblichen Tatsachen im Rückerstattungsverfahren
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten - Erste Serie: angelegt nach 1949 aufgrund der Rückerstattungsgesetze mit Darlehens- und Bescheidakte, letztwilligen Verfügungen und Schriftwechsel. Zweite Serie: beginnt unmittelbar nach Kriegsende mit Berichten der Devisenstelle über den Verbleib der entzogenen Güter, später im Rückerstattungsverfahren weitergeführt. - Parallelüberlieferung: Wiedergutmachungsamt und Wiedergutmachungskammer beim Landgericht
7. Erschließungszustand	- Noch nicht abschließend erschlossen.
8. Bemerkungen	-

4.6.2 Gerichte

1. Archiv	**Staatsarchiv Hamburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Hamburg - Wiedergutmachungsamt / Einzelfallakten zur Rückerstattung**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1949
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 200 lfm. (einschließlich der Akten der Wiedergutmachungskammer)
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Klärung der Rückerstattungsansprüche nach dem Gesetz Nr. 59;nach Inkrafttreten des BRüG; Schlichtung vor der Klageerhebung bei der Wiedergutmachungskammer, wenn eine Einigung zwischen Rückerstattungsberechtigtem und –pflichtigem nicht zustande kam.
6. Bestandsbeschreibung	- Die Akten der Wiedergutmachungsakten (braune Z-Akte) wurden mit den Verfahrensakten der Wiedergutmachungskammer (grüne WiK-Akten) zusammengefügt, Ablage nach laufender Z-Nummer. - Akten enthalten Anträge, ggf. Beweismittel (Zeugenaussagen, Gutachten), Bescheide. - Parallelüberlieferung: Oberfinanzdirektion, Wiedergutmachungskammer.
7. Erschließungszustand	- Erschlossen über eine Namenskartei.
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Staatsarchiv Hamburg**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Hamburg - Wiedergutmachungskammer / Prozessakten**
3. Laufzeit des Bestandes	- Ab 1949
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 200 lfm. (einschließlich der Akten des Wiedergutmachungsamts)
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Entscheidung, soweit gegen die Bescheide des Wiedergutmachungsamts beim Landgericht und der Oberfinanzdirektion geklagt wurde.
6. Bestandsbeschreibung	- Die Akten der Wiedergutmachungsakten (braune Z-Akte) wurden mit den Verfahrensakten der Wiedergutmachungskammer (grüne WiK-Akten) zusammengefügt, Ablage nach laufender Z-Nummer. - Akten enthalten Klage, Vergleiche bzw. Beschlüsse, Schriftsätze der Parteien, teilweise ausführliche Gutachten und Darstellungen. - Parallelüberlieferung: Wiedergutmachungsamt beim Landgericht, Oberfinanzdirektion
7. Erschließungszustand	- Erschlossen über Namenskartei.
8. Bemerkungen	-

4.7 Hessen

4.7.1 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

4.7.1.1 Behörden / Gesellschaften

1. Archiv	**Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Hessische Treuhandverwaltung GmbH, Rückerstattungsakten (Abt. 2052)**
3. Laufzeit des Bestandes	- 1951 – ca. 1970
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 38,5 lfm., außerdem 2 lfd. m Kartei
5. Behördengeschichte	- Nachfolger / abgebende Behörde: Hessische Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH; Investitionsbank Hessen AG; Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen - Sachliche Zuständigkeit: Wahrnehmung von Ansprüchen rückerstat-tungsrechtlicher Art, die vertragsgemäß von der JRSO auf das Land Hessen übergegangen waren; Wahrnehmung von Ansprüchen des Landes Hessen gegenüber dem Bund, die dadurch entstanden waren, dass das Land vor 1957 Wiedergutmachungsansprüche erfüllt hatte, für die nunmehr der Bund nach dem Bundesrückerstattungsgesetz aufzukommen hatte.
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten; Lagerung teils nach Geschäftszeichen (32,25 lfd. m), teils ungeordnet (6,25 lfd. m). - Parallelüberlieferung: Die in den Rückerstattungsakten der Hessischen Treuhandverwaltung GmbH enthaltenen Informationen finden sich teilweise auch in den korrespondierenden Rückerstattungsakten des Landesamts für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Hessen (Abt. 519/5 und 519/6).
7. Erschließungszustand	- Noch unverzeichnet; der überwiegende Teil der Akten (32,25 lfd. m) ist durch eine vorarchivische Kartei erschlossen.
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Hessen (LAVW), Rückerstattungsakten (Abt. 519/5 und 519/6)**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1946
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 60.000 Einzelfallakten (471,5 lfm.), außerdem 2,75 lfm. Register und 36,125 lfd. m Karteien
5. Behördengeschichte	- Abwicklungsstelle: Durch Erlass vom 8. Juli 1983 (StAnz. S. 1516) wurde das LAVW mit Ablauf des 30. September 1983 aufgelöst. Abwicklungsstelle war zunächst das Finanzamt Frankfurt-Taunustor; seit dem 1. Juni 1991 fungiert das Finanzamt Wiesbaden II als Abwicklungsstelle (Erlass vom 4. Juni 1991; StAnz. S. 1533). - Sachliche Zuständigkeit: Durchführung der Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte; Rückübertragung von Vermögenswerten, welche den Gewerkschaften, Genossenschaften, politischen Parteien oder sonstigen demokratischen Organisationen zugunsten nationalsozialistischer, militärischer oder militärähnlicher Organisationen entzogen worden waren.
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten; Lagerung nach Geschäftszeichen –Die Rückerstattungsakten des LAVW nach dem MRG 59 enthalten auch diejenigen der nachgeordneten, bis 1954 existierenden Ämter für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung. - Parallelüberlieferung: Die in den Rückerstattungsakten enthaltenen Informationen finden sich teilweise auch in den korrespondierenden Prozessakten der Wiedergutmachungskammern (Abt. Z 460).
7. Erschließungszustand	- Noch unverzeichnet; als Findmittel dienen vorarchivische Karteien
8. Bemerkungen	- Die Akten des LAVW enthalten als Vorakten aus der NS-Zeit außerdem: a) Akten der Devisenstellen Frankfurt a.M. (150,75 lfd. m; außerdem 11,25 lfd. m Kartei) und Kassel (20,875 lfd. m) – Abt. 519/3 – und b) einschlägige Akten verschiedener Behörden der Reichsfinanzverwaltung (Oberfinanzpräsidenten Kassel und Hessen [Darmstadt], einzelne Finanzämter; 34 lfd. m) – Abt. 519/2.

1. Archiv	**Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Hessen (LAVW), Vermögenskontrollakten (Abt. 519/4)**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1946
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 38.500 Einzelfallakten (462,25 lfm.), außerdem 9,125 lfm. Karteien
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Großhessisches Staatsministerium – Der Minister der Finanzen, Abt. Vermögenskontrolle (1. April – 30. November 1946) - Abwicklungsstelle: Durch Erlass vom 8. Juli 1983 (StAnz. S. 1516) wurde das LAVW mit Ablauf des 30. September 1983 aufgelöst. Abwicklungsstelle war zunächst das Finanzamt Frankfurt-Taunustor; seit dem 1. Juni 1991 fungiert das Finanzamt Wiesbaden II als Abwicklungsstelle (Erlass vom 4. Juni 1991; StAnz. S. 1533) - Sachliche Zuständigkeit: Sperre und Kontrolle von Vermögen bestimmter Kategorien (aufgeführt im MRG Nr. 52 und in Art. 61 des Befreiungsgesetzes)
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten; Lagerung nach Geschäftszeichen – Die Vermögenskontrollakten des LAVW enthalten im Wesentlichen diejenigen der nachgeordneten, bis 1954 existierenden Ämter für Vermögenskontrolle bzw. Ämter für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung. - Parallelüberlieferung: Die in weniger umfangreichen Vermögenskontrollakten zu entzogenem Vermögen von Verfolgten enthaltenen Informationen finden sich überwiegend auch in den korrespondierenden Rückerstattungsakten (Abt. 519/5 und 519/6), entsprechend zu kontrolliertem Vermögen der von dem Befreiungsgesetz betroffenen Personen in den korrespondierenden Spruchkammerakten (Abt. 520).
7. Erschließungszustand	- Noch unverzeichnet; als Findmittel dienen vorarchivische Karteien
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Hessen (LAVW), Verwaltungsakten (Abt. 519/1)**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1946
4. Umfang (Stück / lfm.)	- 40 lfm.
5. Behördengeschichte	- Vorgänger: Großhessisches Staatsministerium – Der Minister der Finanzen, Abt. Vermögenskontrolle (1. April – 30. November 1946). - Abwicklungsstelle: Durch Erlass vom 8. Juli 1983 (StAnz. S. 1516) wurde das LAVW mit Ablauf des 30. September 1983 aufgelöst. Abwicklungsstelle war zunächst das Finanzamt Frankfurt-Taunustor; seit dem 1. Juni 1991 fungiert das Finanzamt Wiesbaden II als Abwicklungsstelle (Erlass vom 4. Juni 1991; StAnz. S. 1533) - Sachliche Zuständigkeit: Sperre und Kontrolle von Vermögen bestimmter Kategorien (aufgeführt im MRG Nr. 52 und in Art. 61 des Befreiungsgesetzes). - Sachliche Zuständigkeit: Sperre und Kontrolle von Vermögen bestimmter Kategorien (aufgeführt im MRG Nr. 52 und in Art. 61 des Befreiungsgesetzes); Durchführung der Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte; Rückübertragung von Vermögenswerten, welche den Gewerkschaften, Genossenschaften, politischen Parteien oder sonstigen demokratischen Organisationen zugunsten nationalsozialistischer, militärischer oder militärähnlicher Organisationen entzogen worden waren.
6. Bestandsbeschreibung	- Sachakten (16,75 lfd. m), Personalakten (21,125 lfd. m), Sammlung von Entscheidungen des Obersten Rückerstattungsgerichts (2,125 lfd. m). – Die Verwaltungs- und die Personalakten des LAVW enthalten auch diejenigen der nachgeordneten, bis 1954 existierenden Ämter für Vermögenskontrolle bzw. Ämter für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung.
7. Erschließungszustand	- Der überwiegende Teil der Sachakten (16,25 lfd. m) ist elektronisch verzeichnet, das Übrige ist noch unverzeichnet (die Entscheidungen des ORG chronologisch, die Personalakten nach Namensalphabet geordnet).
8. Bemerkungen	-

4.7.1.2 Gerichte

1. Archiv	**Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Frankfurt a.M. / Prozessakten der Wiedergutmachungskammer (Abt. Z 460)**
3. Laufzeit des Bestandes	- Seit 1948
4. Umfang (Stück / lfm.)	- Ca. 12.000 Prozessakten (170,5 lfd. m), außerdem 1,5 lfm. Register.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Entscheidung über Ansprüche aus den o.g. Gesetzen, sofern eine gütliche Einigung vor dem Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Hessen bzw. dessen nachgeordneten Ämtern nicht zustande kam und die Sache von diesen an die Kammer verwiesen wurde.
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten; Lagerung nach Geschäftszeichen – Die Prozessakten der Wiedergutmachungskammer bei dem Landgericht Frankfurt a.M. enthalten auch entsprechende Akten der bis 1955 bei den Landgerichten Darmstadt (15 lfd. m), Fulda (Akten bei Kassel), Gießen (9 lfd. m), Kassel (20 lfd. m), Marburg (1,5 lfd. m) und Wiesbaden (2,5 lfd. m) sowie bei dem Amtsgericht Offenbach a.M. (Akten bei Darmstadt) existierenden Wiedergutmachungskammern. - Parallelüberlieferung: Die in den Prozessakten enthaltenen Informationen finden sich teilweise auch in den korrespondierenden Rückerstattungsakten des Landesamts für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Hessen (Abt. 519/5 und 519/6).
7. Erschließungszustand	- Unverzeichnet, kein Findmittel.
8. Bemerkungen	-

4.8 Niedersächsisches Landesarchiv

4.8.1 Staatsarchiv Aurich

4.8.1.1 Behörden

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Aurich –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksamt Aurich für die Beaufsichtigung gesperrten Vermögens (Rep. 251)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945–1955
4. Umfang (Stück / lfm.)	1823 Stück / 12 lfm.
5. Behördengeschichte	Nach der Einrichtung des Landesamtes für die Beaufsichtigung versperrten Vermögens wurden für jeden Regierungs- oder Verwaltungsbezirk Bezirksämter eingerichtet mit Außenstellen für die Landkreise und kreisfreien Städte. Das Bezirksamt Aurich war für den Regierungsbezirk Aurich zuständig. Soweit die Entscheidung nicht beim Landesamt lag, war das Bezirksamt zuständig für Beaufsichtigung bzw. Entlassung der Vermögen aus der Kontrolle sowie die Beaufsichtigung, Einsetzung, Abberufung und Vergütung der Treuhänder. Ebenso wie das Landesamt wurden auch die Bezirksämter zum 1.4.1955 aufgelöst, die Außenstellen bereits einige Jahre zuvor. Die Restaufgaben verblieben beim Regierungspräsidenten in Aurich.
6. Bestandsbeschreibung	Sachakten (allgemeine Verwaltung), Einzelfallakten
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

4.8.1.2 Gerichte

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Aurich –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Aurich (Rep. 107)**
3. Laufzeit des Bestandes	1948–1975 (Laufzeit der Rückerstattungsakten)
4. Umfang (Stück / lfm.)	ca. 15 lfm.
5. Behördengeschichte	Das Wiedergutmachungsamt des Landgerichts Aurich war von 1949 bis 1956 für die Entscheidung der Rückerstattungsanträge nach dem Bundesrück-erstattungrecht zuständig. Die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts war erste gerichtliche Instanz, wenn zwischen dem Antragsteller und dem Antragsgegner im Rahmen des Rückerstattungsverfahrens keine gütliche Einigung zustande kam.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Einzelfallakten des Wiedergutmachungsamts. Sie enthalten die Antragsformulare, Ermittlungen, Schriftwechsel der Beteiligten mit dem Wiedergutmachungsamt, ggf. Beschlüsse und Vergleiche der Wiedergutmachungskammer.
7. Erschließungszustand	Unverzeichnet. Bislang liegen nur Listen der Aktenzeichen vor.
8. Bemerkungen	-

4.8.2 Staatsarchiv Bückeburg

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Bückeburg –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Bückeburg (L 23)**
3. Laufzeit des Bestandes	Ca. 1950–1962 (1933–1944) (Laufzeit der Rückerstattungsakten)
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 250 Stück / 3,5 lfm.
5. Behördengeschichte	Das Wiedergutmachungsamt des Landgerichts Bückeburg war von 1949 bis 1956 für die Entscheidung der Rückerstattungsanträge nach dem Bundesrückerstattungrecht zuständig. Die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts war erste gerichtliche Instanz, wenn zwischen dem Antragsteller und dem Antragsgegner im Rahmen des Rückerstattungsverfahrens keine gütliche Einigung zustande kam.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Einzelfallakten des Wiedergutmachungsamts. Sie enthalten die Antragsformulare, Ermittlungen, Schriftwechsel der Beteiligten mit dem Wiedergutmachungsamt, ggf. Beschlüsse und Vergleiche der Wiedergutmachungskammer.
7. Erschließungszustand	Unverzeichnet. Bislang liegen nur Listen der Aktenzeichen vor.
8. Bemerkungen	-

4.8.3 Hauptstaatsarchiv Hannover

4.8.3.1 Behörden

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesamt für die Beaufsichtigung gesperrten Vermögens (Nds. 210)**
3. Laufzeit des Bestandes	1930–1965
4. Umfang (Stück / lfm.)	1438 Stück / 49,7 lfm.
5. Behördengeschichte	Durch Instruktion Nr. 1 vom 27.11.1947 hat die britische Militärregierung angeordnet, dass bestimmte Aufgaben der Vermögenskontrolle des nach Militär-Regierungsgesetz Nr. 52 gesperrten Vermögens in Zukunft von deutschen Dienststellen wahrzunehmen sind. Durch niedersächsischen Staatsministerialbeschluss vom 30.12.1947 wurden zum 1.1.1948 die bisher von Property Control ausgeübten Befugnisse auf das Landesamt für die Beaufsichtigung gesperrten Vermögens übertragen und dem Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums der Finanzen unterstellt. Für jeden Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirk wurden Bezirksämter eingerichtet mit Außenstellen für die Landkreise und kreisfreien Städte. Aufgrund des Erlasses des Niedersächsischen Ministers der Finanzen vom 22.2.1949 wurden sämtliche Bezirksämter des Landesamtes in Hannover organisatorisch und personell den Behörden der Regierungs- bzw. Verwaltungspräsidenten eingegliedert. Mit Wirkung vom 1.4.1955 wurden das Landesamt in Hannover und die Bezirksämter schließlich aufgelöst. Die Restaufgaben gingen auf andere Regierungsdezernate über.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Verwaltungs-, General- und Einzelfallakten zur Vermögenskontrolle bzw. Sicherstellung bzw. Rückerstattung. Die Akten enthalten Sicherstellungsverfahren, Einsetzen eines Treuhänders, Prüfung von Rückerstattungs- oder Entschädigungsansprüchen, Verwaltung der Vermögenswerte und Entsperrung des Vermögens bzw. Rückerstattung oder Verkauf der Vermögenswerte.
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksamt Hannover für die Beaufsichtigung gesperrten Vermögens (Nds. 211 Hannover)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945–1970
4. Umfang (Stück / lfm.)	60 Nrn./1,6 lfm.
5. Behördengeschichte	Nach der Einrichtung des Landesamtes für die Beaufsichtigung versperrten Vermögens wurden für jeden Regierungs- oder Verwaltungsbezirk Bezirksämter eingerichtet mit Außenstellen für die Landkreise und kreisfreien Städte. Das Bezirksamt Hannover war für den Regierungsbezirk Hannover zuständig. Soweit die Entscheidung nicht beim Landesamt lag, war das Bezirksamt zuständig für Beaufsichtigung bzw. Entlassung der Vermögen aus der Kontrolle sowie die Beaufsichtigung, Einsetzung, Abberufung und Vergütung der Treuhänder. Ebenso wie das Landesamt wurden auch die Bezirksämter zum 1.4.1955 aufgelöst, die Außenstellen bereits einige Jahre zuvor. Die Restaufgaben verblieben beim Regierungspräsidenten in Hannover.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Verwaltungs-, General- und Einzelfallakten zur Vermögenskontrolle bzw. Sicherstellung bzw. Rückerstattung. Die Akten enthalten Sicherstellungsverfahren, Einsetzen eines Treuhänders, Prüfung von Rückerstattungs- oder Entschädigungsansprüchen, Verwaltung der Vermögenswerte und Entsperrung des Vermögens bzw. Rückerstattung oder Verkauf der Vermögenswerte.
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksamt Hildesheim für die Beaufsichtigung gesperrten Vermögens (Nds. 211 Hildesheim)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945–1962
4. Umfang (Stück / lfm.)	443 Stück / 12,9 lfm.
5. Behördengeschichte	Nach der Einrichtung des Landesamtes für die Beaufsichtigung versperrten Vermögens wurden für jeden Regierungs- oder Verwaltungsbezirk Bezirksämter eingerichtet mit Außenstellen für die Landkreise und kreisfreien Städte. Das Bezirksamt Hildesheim war für den Regierungsbezirk Hildesheim zuständig und unterstand der Fachaufsicht des Landesamts. Soweit die Entscheidung nicht beim Landesamt lag, war das Bezirksamt zuständig für Beaufsichtigung bzw. Entlassung der Vermögen aus der Kontrolle sowie die Beaufsichtigung, Einsetzung, Abberufung und Vergütung der Treuhänder. Ebenso wie das Landesamt wurden auch die Bezirksämter zum 1.4.1955 aufgelöst, die Außenstellen bereits einige Jahre zuvor. Die Restaufgaben verblieben beim Regierungspräsidenten in Hildesheim.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Verwaltungs-, General- und Einzelfallakten zur Vermögenskontrolle bzw. Sicherstellung bzw. Rückerstattung. Die Akten enthalten Sicherstellungsverfahren, Einsetzen eines Treuhänders, Prüfung von Rückerstattungs- oder Entschädigungsansprüchen, Verwaltung der Vermögenswerte und Entsperrung des Vermögens bzw. Rückerstattung oder Verkauf der Vermögenswerte. Wenige Akten der Außenstellen haben ebenfalls Eingang in den Bestand gefunden.
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksamt Lüneburg für die Beaufsichtigung gesperrten Vermögens (Nds. 211 Lüneburg)**
3. Laufzeit des Bestandes	1910–1956
4. Umfang (Stück / lfm.)	300 Stück / 3,2 lfm.
5. Behördengeschichte	Nach der Einrichtung des Landesamtes für die Beaufsichtigung versperrten Vermögens wurden für jeden Regierungs- oder Verwaltungsbezirk Bezirksämter eingerichtet mit Außenstellen für die Landkreise und kreisfreien Städte. Das Bezirksamt Lüneburg war für den Regierungsbezirk Lüneburg zuständig und unterstand der Fachaufsicht des Landesamts. Soweit die Entscheidung nicht beim Landesamt lag, war das Bezirksamt zuständig für Beaufsichtigung bzw. Entlassung der Vermögen aus der Kontrolle sowie die Beaufsichtigung, Einsetzung, Abberufung und Vergütung der Treuhänder. Ebenso wie das Landesamt wurden auch die Bezirksämter zum 1.4.1955 aufgelöst, die Außenstellen bereits einige Jahre zuvor. Die Restaufgaben verblieben beim Regierungspräsident in Lüneburg.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Verwaltungs-, General- und Einzelfallakten zur Vermögenskontrolle bzw. Sicherstellung bzw. Rückerstattung. Die Akten enthalten Sicherstellungsverfahren, Einsetzen eines Treuhänders, Prüfung von Rückerstattungs- oder Entschädigungsansprüchen, Verwaltung der Vermögenswerte und Entsperrung des Vermögens bzw. Rückerstattung oder Verkauf der Vermögenswerte.
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

4.8.3.2 Gerichte

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Oberlandesgericht Celle (Nds. 710)**
3. Laufzeit des Bestandes	1949–1970 (Laufzeit der Rückerstattungsakten)
4. Umfang (Stück / lfm.)	20 Stück
5. Behördengeschichte	Das Oberlandesgericht Celle ist Berufungsinstanz in Entschädigungs- und Rückerstattungssachen.
6. Bestandsbeschreibung	Überwiegend Register der Beschwerden und Sammlungen der Berufungsurteile in Rückerstattungssachen.
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Göttingen (Nds. 720 Göttingen)**
3. Laufzeit des Bestandes	Ca. 1945–1960 (Laufzeit der Rückerstattungsakten)
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 14,5 lfm.
5. Behördengeschichte	Das Wiedergutmachungsamt des Landgerichts Göttingen war von 1949 bis 1956 für die Entscheidung der Rückerstattungsanträge nach dem Bundesrückerstattungrecht zuständig. Die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts war erste gerichtliche Instanz, wenn zwischen dem Antragsteller und dem Antragsgegner im Rahmen des Rückerstattungsverfahrens keine gütliche Einigung zustande kam,
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Einzelfallakten des Wiedergutmachungsamts. Sie enthalten die Antragsformulare, Ermittlungen, Schriftwechsel der Beteiligten mit dem Wiedergutmachungsamt, ggf. Beschlüsse und Vergleiche der Wiedergutmachungskammer.
7. Erschließungszustand	Unverzeichnet. Bislang liegen nur Listen der Aktenzeichen vor.
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Hannover (Nds. 720 Hannover)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945–1990 (Laufzeit der Rückerstattungsakten)
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 105 lfm.
5. Behördengeschichte	Das Wiedergutmachungsamt des Landgerichts Hannover ist bis heute für die Entscheidung der Rückerstattungsanträge nach dem Bundesrückerstattungrecht zuständig. Die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts ist erste gerichtliche Instanz, wenn zwischen dem Antragsteller und dem Antragsgegner im Rahmen des Rückerstattungsverfahrens keine gütliche Einigung zustande kam.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Einzelfallakten des Wiedergutmachungsamts. Sie enthalten die Antragsformulare, Ermittlungen, Schriftwechsel der Beteiligten mit dem Wiedergutmachungsamt, ggf. Beschlüsse und Vergleiche der Wiedergutmachungskammer.
7. Erschließungszustand	Unverzeichnet. Bislang liegen nur Listen der Aktenzeichen vor.
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Hildesheim (Nds. 720 Hildesheim)**
3. Laufzeit des Bestandes	Ca. 1945–1960 (Laufzeit der Rückerstattungsakten)
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 14 lfm.
5. Behördengeschichte	Das Wiedergutmachungsamt des Landgerichts Hildesheim war von 1949 bis 1956 für die Entscheidung der Rückerstattungsanträge nach dem Bundesrückerstattungrecht zuständig. Die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts war erste gerichtliche Instanz, wenn zwischen dem Antragsteller und dem Antragsgegner im Rahmen des Rückerstattungsverfahrens keine gütliche Einigung zustande kam.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Einzelfallakten des Wiedergutmachungsamts. Sie enthalten die Antragsformulare, Ermittlungen, Schriftwechsel der Beteiligten mit dem Wiedergutmachungsamt, ggf. Beschlüsse und Vergleiche der Wiedergutmachungskammer.
7. Erschließungszustand	Unverzeichnet. Bislang liegen nur Listen der Aktenzeichen vor.
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Lüneburg (Nds. 720 Lüneburg)**
3. Laufzeit des Bestandes	Ca. 1945–1960 (Laufzeit der Rückerstattungsakten)
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 5,5 lfm.
5. Behördengeschichte	Das Wiedergutmachungsamt des Landgerichts Lüneburg war von 1949 bis 1956 für die Entscheidung der Rückerstattungsanträge nach dem Bundesrückerstattungrecht zuständig. Die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts ist erste gerichtliche Instanz, wenn zwischen dem Antragsteller und dem Antragsgegner im Rahmen des Rückerstattungsverfahrens keine gütliche Einigung zustande kam.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Einzelfallakten des Wiedergutmachungsamts. Sie enthalten die Antragsformulare, Ermittlungen der Landgerichte, Schriftwechsel der Beteiligten mit dem jeweiligen Wiedergutmachungsamt, ggf. Beschlüsse und Vergleiche der jeweiligen Wiedergutmachungskammer.
7. Erschließungszustand	Unverzeichnet. Bislang liegen nur Listen der Aktenzeichen vor.
8. Bemerkungen	-

4.8.4 Staatsarchiv Oldenburg

4.8.4.1 Behörden

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Oldenburg –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Verwaltungspräsident Oldenburg, Aktengruppe 06: Beaufsichtigung gesperrter Vermögen (Rep. 400)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945–1959
4. Umfang (Stück / lfm.)	206 Stück / 3,2 lfm.
5. Behördengeschichte	Nach der Einrichtung des Landesamtes für die Beaufsichtigung versperrten Vermögens wurden für jeden Regierungs- oder Verwaltungsbezirk Bezirksämter eingerichtet mit Außenstellen für die Landkreise und kreisfreien Städte. Das Bezirksamt Oldenburg für die Beaufsichtigung gesperrter Vermögen verfügte über Außenstellen u.a. in Varel und Vechta. Diesen zugeordnet waren sog. Treuhänderbüros, die für die tatsächliche Beaufsichtigung der Objekte zuständig waren. Ebenso wie das Landesamt wurde das Bezirksamt Oldenburg zum 1.4.1955 aufgelöst, die Außenstellen bereits einige Jahre zuvor. Die Restaufgaben verblieben beim Verwaltungspräsidenten in Oldenburg.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand enthält zu einem Viertel Verwaltungsakten, zu drei Vierteln Einzelfallakten. Kleinere Vermögenswerte wurden bei der Übernahme 1973 nicht berücksichtigt (etwa ein Drittel kassiert).
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank (Signaturen: Best. 138, Nr. 638–705, 716–765, 768–794, 797–844, 855–867)
8. Bemerkungen	-

4.8.4.2 Gerichte

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Oldenburg –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Oberlandesgericht Oldenburg (Rep. 940)**
3. Laufzeit des Bestandes	Ca. 1949–1966 (Laufzeit der u. g. Akten)
4. Umfang (Stück / lfm.)	12 Stück
5. Behördengeschichte	Das Oberlandesgericht Oldenburg ist Berufungsinstanz in Entschädigungs- und Rückerstattungssachen.
6. Bestandsbeschreibung	Sachakten zu Wiedergutmachungsämtern und -kammern, Einzelfallakten zur Entschädigung und Rückerstattung.
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Oldenburg –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Oldenburg – Wiedergutmachungsamt (Rep 942)**
3. Laufzeit des Bestandes	1949–1956 (Laufzeit der Rückerstattungsakten)
4. Umfang (Stück / lfm.)	14,8 lfm.
5. Behördengeschichte	Das Wiedergutmachungsamt des Landgerichts Oldenburg war von 1949 bis 1956 für die Entscheidung der Rückerstattungsanträge nach dem Bundesrückerstattungrecht zuständig. Die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts war erste gerichtliche Instanz, wenn zwischen dem Antragsteller und dem Antragsgegner im Rahmen des Rückerstattungsverfahrens keine gütliche Einigung zustande kam.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Einzelfallakten des Wiedergutmachungsamts. Sie enthalten die Antragsformulare, Ermittlungen, Schriftwechsel der Beteiligten mit dem Wiedergutmachungsamt, ggf. Beschlüsse und Vergleiche der Wiedergutmachungskammer.
7. Erschließungszustand	Unverzeichnet. Bislang liegen nur Listen der Aktenzeichen vor.
8. Bemerkungen	-

4.8.5 Staatsarchiv Osnabrück

4.8.5.1 Behörden

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Osnabrück –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksregierung Osnabrück – Verwaltung des gesperrten Vermögens Bezirksamt Osnabrück (Rep 430 Dez 904)**
3. Laufzeit des Bestandes	1939–1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	375 Stück / 5 lfm.
5. Behördengeschichte	Nach der Einrichtung des Landesamtes für die Beaufsichtigung gesperrten Vermögens wurden für jeden Regierungs- oder Verwaltungsbezirk Bezirksämter eingerichtet mit Außenstellen für die Landkreise und kreisfreien Städte. Das Bezirksamt Osnabrück war für den Regierungsbezirk Osnabrück zuständig. Soweit die Entscheidung nicht beim Landesamt lag, war das Bezirksamt zuständig für Beaufsichtigung bzw. Entlassung der Vermögen aus der Kontrolle sowie die Beaufsichtigung, Einsetzung, Abberufung und Vergütung der Treuhänder. Ebenso wie das Landesamt wurde das Bezirksamt Osnabrück zum 1.4.1955 aufgelöst, die Außenstellen bereits einige Jahre zuvor. Die Restaufgaben verblieben beim Regierungspräsidenten in Osnabrück.
6. Bestandsbeschreibung	Verwaltungsakten, Akten betr. Vermögenskontrolle (auch Vorakten betr. Vermögenseinziehung), nur 34 Einzelfallakten betr. Rückerstattung vor allem an Einzelpersonen.
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

4.8.5.2 Gerichte

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Osnabrück –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Osnabrück (Rep 940)**
3. Laufzeit des Bestandes	1948–1960 (Laufzeit der Rückerstattungsakten)
4. Umfang (Stück / lfm.)	14 lfm.
5. Behördengeschichte	Das Wiedergutmachungsamt des Landgerichts Osnabrück war von 1949 bis 1958 für die Entscheidung der Rückerstattungsanträge nach dem Bundesrückerstattungrecht zuständig. Die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts war erste gerichtliche Instanz, wenn zwischen dem Antragsteller und dem Antragsgegner im Rahmen des Rückerstattungsverfahrens keine gütliche Einigung zustande kam.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Einzelfallakten des Wiedergutmachungsamts. Sie enthalten die Antragsformulare, Ermittlungen, Schriftwechsel der Beteiligten mit dem Wiedergutmachungsamt, ggf. Beschlüsse und Vergleiche der Wiedergutmachungskammer.
7. Erschließungszustand	Unverzeichnet. Bislang liegen nur Listen der Aktenzeichen vor.
8. Bemerkungen	-

4.8.6 Staatsarchiv Stade

4.8.6.1 Behörden

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Stade –**
2. Bestand /Bestandsgruppe	**Bezirksamt Stade für die Beaufsichtigung gesperrten Vermögens (Rep. 209)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945–1955 (1964)
4. Umfang (Stck / lfm.)	54 Stück / 1 lfm.
5. Behördengeschichte	Nach der Einrichtung des Landesamtes für die Beaufsichtigung gesperrten Vermögens wurden für jeden Regierungs- oder Verwaltungsbezirk Bezirksämter eingerichtet mit Außenstellen für die Landkreise und kreisfreien Städte. Das Bezirksamt Stade war für den Regierungsbezirk Stade zuständig. Soweit die Entscheidung nicht beim Landesamt lag, war das Bezirksamt zuständig für Beaufsichtigung bzw. Entlassung der Vermögen aus der Kontrolle sowie die Beaufsichtigung, Einsetzung, Abberufung und Vergütung der Treuhänder. Ebenso wie das Landesamt wurde das Bezirksamt Stade zum 1.4.1955 aufgelöst, die Außenstellen bereits einige Jahre zuvor. Die Restaufgaben verblieben beim Regierungspräsidenten in Stade.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst neben allgemeinen Akten nur wenige Einzelfallakten zur Kontrolle und Verwaltung gesperrten Vermögens.
7. Erschließungszustand	Erschlossen, maschinenschriftliches Findbuch
8. Bemerkungen	-

4.8.6.2 Gerichte

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Stade –**
2. Bestand /Bestandsgruppe	**Landgericht Stade (Rep. 171 Stade)**
3. Laufzeit des Bestandes	1948–1964 (Laufzeit der Rückerstattungsakten)
4. Umfang (Stck / lfm.)	5,2 lfm.
5. Behördengeschichte	Das Wiedergutmachungsamt des Landgerichts Stade war von 1949 bis 1956 für die Entscheidung der Rückerstattungsanträge nach dem Bundesrückerstattungrecht zuständig. Die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts war erste gerichtliche Instanz, wenn zwischen dem Antragsteller und dem Antragsgegner im Rahmen des Rückerstattungsverfahrens keine gütliche Einigung zustande kam.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Einzelfallakten des Wiedergutmachungsamts. Sie enthalten die Antragsformulare, Ermittlungen, Schriftwechsel der Beteiligten mit dem Wiedergutmachungsamt, ggf. Beschlüsse und Vergleiche der Wiedergutmachungskammer.
7. Erschließungszustand	Unverzeichnet. Bislang liegen nur Listen der Aktenzeichen vor.
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Stade –**
2. Bestand /Bestandsgruppe	**Landgericht Verden (Rep. 171 Verden)**
3. Laufzeit des Bestandes	1948–1964 (Laufzeit der Rückerstattungsakten)
4. Umfang (Stck / lfm.)	7,4 lfm.
5. Behördengeschichte	Das Wiedergutmachungsamt des Landgerichts Verden war von 1949 bis 1956 für die Entscheidung der Rückerstattungsanträge nach dem Bundesrückerstattungrecht zuständig. Die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts war erste gerichtliche Instanz, wenn zwischen dem Antragsteller und dem Antragsgegner im Rahmen des Rückerstattungsverfahrens keine gütliche Einigung zustande kam.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Einzelfallakten des Wiedergutmachungsamts. Sie enthalten die Antragsformulare, Ermittlungen, Schriftwechsel der Beteiligten mit dem Wiedergutmachungsamt, ggf. Beschlüsse und Vergleiche der Wiedergutmachungskammer.
7. Erschließungszustand	Unverzeichnet. Bislang liegen nur Listen der Aktenzeichen vor.
8. Bemerkungen	-

4.8.7 Staatsarchiv Wolfenbüttel

4.8.7.1 Behörden

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Wolfenbüttel –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Bezirksamt Braunschweig für die Beaufsichtigung gesperrten Vermögens (26 Nds)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945–1955 (1928–1963)
4. Umfang (Stück / lfm.)	3552 Stück / 57,2 lfm.
5. Behördengeschichte	Die Befugnisse der Property control der britischen Militärregierung gingen 1948 auf das Landesamt für die Beaufsichtigung gesperrten Vermögens über, das ein Bezirksamt in Braunschweig und (bis 1951) Außenstellen für die Stadt Braunschweig, die Kreise Braunschweig-Land und Helmstedt, Wolfenbüttel und Watenstedt-Salzgitter, Goslar, Gandersheim unterhielt. Das Bezirksamt selbst wurde zum 31.3.1955 aufgelöst. Die noch zu führenden Amtsgeschäfte wurden vom Verwaltungsbezirk Braunschweig fortgeführt. Von hier wurden die Akten an das Staatsarchiv Wolfenbüttel 1964 abgegeben.
6. Bestandsbeschreibung	Einzelfallakten zu gesperrten Vermögen, darunter auch zahlreiche Vermögen, die Gegenstand von Rückerstattungsverfahren waren; Sachakten (Rechtsgrundlagen, Organisation)
7. Erschließungszustand	Erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

4.8.7.2 Gerichte

1. Archiv	**Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Wolfenbüttel –**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Braunschweig Sonderfindbuch Rückerstattung (58 Nds Fb. 3)**
3. Laufzeit des Bestandes	1945–1961
4. Umfang (Stück / lfm.)	11,6 lfm.
5. Behördengeschichte	Das Wiedergutmachungsamt des Landgerichts Braunschweig war von 1949 bis 1956 für die Entscheidung der Rückerstattungsanträge nach dem BRüG zuständig. Die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts war bis 1955 erste gerichtliche Instanz, wenn zwischen dem Antragsteller und dem Antragsgegner im Rahmen des Rückerstattungsverfahrens keine gütliche Einigung zustande kam.
6. Bestandsbeschreibung	Einzelfallakten des Wiedergutmachungsamts. Sie enthalten die Antragsformulare, Ermittlungen, Schriftwechsel der Beteiligten mit dem Wiedergutmachungsamt, ggf. Beschlüsse und Vergleiche der Wiedergutmachungskammer. Beschlussabschriften.
7. Erschließungszustand	Teilweise erschlossen, EDV-Findbuch/Datenbank
8. Bemerkungen	-

4.9 Landesarchiv Nordrhein-Westfalen

4.9.1 Abt. Rheinland

4.9.1.1 Behörden

1. Archiv	**Landesarchiv NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Landesamt für gesperrte Vermögen**
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1964
4. Umfang (Stück / lfm.)	31.647 Stück / 168,0 lfm
5. Behördengeschichte	Bis 31.12.1947 Britische Militärregierung – Property Control Branch, 1948 Landesamt für gesperrte Vermögen in Abt. III des Finanzministeriums, Bezirksämter bei den Regierungspräsidenten und Kreisämter bei den Stadt- und Landkreisen; 1956 Umbenennung des Düsseldorfer Bezirksamtes in Landesamt für gesperrte Vermögen, bis 1957 Auflösung aller übrigen Ämter, 1959 Eingliederung in die Oberfinanzdirektion Düsseldorf (Abwicklungsstelle), Schließung 1973.
6. Bestandsbeschreibung	- Verwaltungsakten - Nach Seriennummern geordnete Einzelfallakten; - Parallelüberlieferung (zu den Einzelfallakten): Wiedergutmachungsämter bei den Landgerichten.
7. Erschließungszustand	Findbücher 247.01.00, 247.02.1-5. Es handelt sich um Ablieferungslisten ohne Indizes. Die Listen der Bezirksämter und der Kreisämter für gesperrte Vermögen sind nach Stadt- und Landkreisen geordnet. Unterhalb dieser Ebene fehlen weitere Ordnungskriterien.
8. Bemerkungen	-

4.9.1.2 Gerichte

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Aachen, Rückerstattungen**
3. Laufzeit des Bestandes	1949 - 1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	4182 Stück
5. Behördengeschichte	Ab 1957: Landgericht Köln
6. Bestandsbeschreibung	- Anmeldebogen MGAF/...(je nach Anmelder); Ermittlungen, Beschlüsse, ggf. Vergleiche - Parallelüberlieferung: Ämter für gesperrte Vermögen; Parteiakten bei der Oberfinanzdirektion
7. Erschließungszustand	- Komplett verzeichnet (Findbücher 223.11.1-7) - Lagerfolge, Personen-, Orts-, Sachindex, Aktenzeichenkonkordanz
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Bonn, Rückerstattungen**
3. Laufzeit des Bestandes	1949 - 1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	3833 Stück
5. Behördengeschichte	Ab 1957: Landgericht Köln
6. Bestandsbeschreibung	- Anmeldebogen MGAF/...(je nach Anmelder); Ermittlungen, Beschlüsse, ggf. Vergleiche - Parallelüberlieferung: Ämter für gesperrte Vermögen; Parteiakten bei der Oberfinanzdirektion
7. Erschließungszustand	- Komplett verzeichnet (Findbücher 223.12.1-7) - Lagerfolge, Personen-, Orts-, Sachindex, Aktenzeichenkonkordanz
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Düsseldorf, Rückerstattungen**
3. Laufzeit des Bestandes	1949 - 1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	5458 Stück
5. Behördengeschichte	Ab 1957: Landgericht Duisburg
6. Bestandsbeschreibung	- Anmeldebogen MGAF/...(je nach Anmelder); Ermittlungen, Beschlüsse, ggf. Vergleiche - Parallelüberlieferung: Ämter für gesperrte Vermögen; Parteiakten bei der Oberfinanzdirektion
7. Erschließungszustand	- Komplett verzeichnet (Findbücher 223.13.1-8) - Lagerfolge, Personen-, Orts-, Sachindex, Aktenzeichenkonkordanz
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Duisburg, Rückerstattungen**
3. Laufzeit des Bestandes	Seit 1949
4. Umfang (Stück / lfm.)	5754 Stück
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Anmeldebogen MGAF/...(je nach Anmelder); Ermittlungen, Beschlüsse, ggf. Vergleiche - Parallelüberlieferung: Ämter für gesperrte Vermögen; Parteiakten bei der Oberfinanzdirektion
7. Erschließungszustand	- Komplett verzeichnet (Findbücher 223.14.1-8) - Lagerfolge, Personen-, Orts-, Sachindex, Aktenzeichenkonkordanz
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Essen, Rückerstattungen**
3. Laufzeit des Bestandes	1949-1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	3721 Stück
5. Behördengeschichte	Ab 1957: Landgericht Dortmund
6. Bestandsbeschreibung	- Anmeldebogen MGAF/...(je nach Anmelder); Ermittlungen, Beschlüsse, ggf. Vergleiche - Parallelüberlieferung: Ämter für gesperrte Vermögen; Parteiakten bei der Oberfinanzdirektion
7. Erschließungszustand	- Komplett verzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Kleve, Rückerstattungen**
3. Laufzeit des Bestandes	1949-1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	1173 Stück
5. Behördengeschichte	Ab 1957: Landgericht Krefeld
6. Bestandsbeschreibung	- Anmeldebogen MGAF/...(je nach Anmelder); Ermittlungen, Beschlüsse, ggf. Vergleiche - Parallelüberlieferung: Ämter für gesperrte Vermögen; Parteiakten bei der Oberfinanzdirektion
7. Erschließungszustand	- Komplett verzeichnet (Findbücher 223.17.1-5) - Lagerfolge, Personen-, Orts-, Sachindex, Aktenzeichenkonkordanz
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Köln, Rückerstattungen**
3. Laufzeit des Bestandes	1949-1985
4. Umfang (Stück / lfm.)	19104 Stück
5. Behördengeschichte	Ab 1.5.1985: Landgericht Duisburg
6. Bestandsbeschreibung	- Anmeldebogen MGAF/...(je nach Anmelder); Ermittlungen, Beschlüsse, ggf. Vergleiche - Parallelüberlieferung: Ämter für gesperrte Vermögen; Parteiakten bei der Oberfinanzdirektion
7. Erschließungszustand	- Komplett verzeichnet (Findbücher 223.18.1-19) - Lagerfolge, Personen-, Orts-, Sachindex, Aktenzeichenkonkordanz
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Krefeld, Rückerstattungen**
3. Laufzeit des Bestandes	1949-1964
4. Umfang (Stück / lfm.)	3214 Stück
5. Behördengeschichte	Ab 1965: Landgericht Duisburg
6. Bestandsbeschreibung	- Anmeldebogen MGAF/...(je nach Anmelder); Ermittlungen, Beschlüsse, ggf. Vergleiche - Parallelüberlieferung: Ämter für gesperrte Vermögen; Parteiakten bei der Oberfinanzdirektion
7. Erschließungszustand	- Komplett verzeichnet (Findbücher 223.19.1-6) - Lagerfolge, Personen-, Orts-, Sachindex, Aktenzeichenkonkordanz
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Mönchengladbach, Rückerstattungen**
3. Laufzeit des Bestandes	1949-1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	2107 Stück
5. Behördengeschichte	Ab 1957: Landgericht Krefeld
6. Bestandsbeschreibung	- Anmeldebogen MGAF/...(je nach Anmelder); Ermittlungen, Beschlüsse, ggf. Vergleiche - Parallelüberlieferung: Ämter für gesperrte Vermögen; Parteiakten bei der Oberfinanzdirektion
7. Erschließungszustand	- Komplett verzeichnet (Findbücher 223.20.1-5) - Lagerfolge, Personen-, Orts-, Sachindex, Aktenzeichenkonkordanz
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Rheinland**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgericht Wuppertal, Rückerstattungen**
3. Laufzeit des Bestandes	1949-1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	2699 Stück
5. Behördengeschichte	Ab 1.5.1957: Landgericht Duisburg
6. Bestandsbeschreibung	- Anmeldebogen MGAF/...(je nach Anmelder); Ermittlungen, Beschlüsse, ggf. Vergleiche - Parallelüberlieferung: Ämter für gesperrte Vermögen; Parteiakten bei der Oberfinanzdirektion
7. Erschließungszustand	- Komplett verzeichnet (Findbücher 223.15.1-6) - Lagerfolge, Personen-, Orts-, Sachindex, Aktenzeichenkonkordanz
8. Bemerkungen	-

4.9.2 Abt. Westfalen

4.9.2.1 Behörden

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Westfalen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Ämter (Bezirks- und Kreisämter) für gesperrte Vermögen, Vermögenskontrolle (L 300 – L 357)**
3. Laufzeit des Bestandes	1947-1959
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 40.000 Akten / ca. 300 lfm.
5. Behördengeschichte	Die Durchführung der aus dem Gesetz Nr. 52 der britischen Militärregierung erwachsenen Aufgaben erfolgte zunächst durch die Militärregierung selbst. Im Lauf des Jahres 1946 wurde die dreistufige Verwaltung der *Property Control Section* etabliert mit einem Hauptquartier bei der Militärregierung, *Regional Offices* auf Ebene der Bezirke und *Zone Administrators* für einen zumeist mehrere Kreise umfassenden Zuständigkeitsbereich. Anfang 1948 erhielt die Landesregierung NRW einen Teil der Exekutivfunktion. Die deutsche Verwaltung für gesperrte Vermögen gliederte sich ebenfalls in drei Ebenen: An der Spitze stand der Landesbeauftragte für gesperrte Vermögen. Als Mittelinstanz auf der Ebene der Regierungsbezirke fungierten die Bezirksbeauftragten. Ihnen unterstanden die Kreisbeauftragten in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten. Da durch die Rückgabe und Entsperrung immer weniger Vermögen zu verwalten waren, wurden die Kreisämter nach und nach zusammengelegt. Die Bezirksämter gingen nach Düsseldorf und erhielten die Bezeichnung "Landesamt für gesperrte Vermögen". 1957 wurden schließlich auch die verbliebenen Kreisämter Düsseldorf, Köln und Arnsberg. mit ihren Aufgaben in das Landesamt Düsseldorf überführt, bis 1959 die Oberfinanzdirektion Düsseldorf die Aufgabe der Abwicklungsstelle für das Landesamt übernahm.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand umfasst Generalia und Spezialia der Vermögenskontrolle in den Bezirken Arnsberg und Münster
7. Erschließungszustand	Die Kreisämter Altena, Arnsberg, Bocholt, Bochum, Borken, Brilon, Castrop-Rauxel, Coesfeld, Dortmund, Ennepe-Ruhr, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Iserlohn, Lippstadt, Lüdinghausen, Lünen, Meschede, Olpe, Siegen, Soest, Unna, Wanne-Eickel, Wattenscheid, Witten, Wittgenstein sind erschlossen.
8. Bemerkungen	-

4.9.2.2 Gerichte

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Westfalen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgerichte, Rückerstattungen (Teilbestand: Landgericht Arnsberg / Q 121)**
3. Laufzeit des Bestandes	1949 - 1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 1250 Einzelfallakten, 23 General- und Verwaltungsakten
5. Behördengeschichte	Zuständigkeit Ab 01.05.1957: Landgericht Dortmund Ab 01.05.1985: Landgericht Duisburg
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten: Durchschläge der Anmeldungen beim Zentralmeldeamt in Bad Nenndorf, Ermittlungen, Beschlüsse der Wiedergutmachungsämter, -kammer, des OLG und Board of Review/ORG, Vergleiche, z.T. Versandanforderungen für (spätere) BEG-Verfahren - Generalakten: Akten zum Geschäftsbetrieb, Mitteilungen und Verfügungen zum Wiedergutmachungsverfahren, Aktenregister, Namensverzeichnisse, Beschlusssammlung Wiedergutmachungskammer und OLG - Parallelüberlieferung: Ämter für gesperrte Vermögen
7. Erschließungszustand	- Verzeichnung der Einzelfälle mit Angabe der RÜ-Berechtigten ggf. (Erbes-)Erben, RÜ-Verpflichteten, RÜ-Gegenstand - Fünf Indizes (RÜ- Berechtigte, RÜ-Verpflichtete, Wohnort der Berechtigten zum Zeitpunkt der Vermögensentziehung, Ort der Vermögensentziehung, Aktenzeichen)
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Westfalen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgerichte, Rückerstattungen (Teilbestand: Landgericht Bochum / Q 121)**
3. Laufzeit des Bestandes	1949 - 1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 2750 Einzelfallakten, 26 General- und Verwaltungsakten
5. Behördengeschichte	Zuständigkeit Ab 01.05.1957: Landgericht Dortmund Ab 01.05.1985: Landgericht Duisburg
6. Bestandsbeschreibung	Siehe Teilbestand Landgericht Arnsberg!
7. Erschließungszustand	Siehe Teilbestand Landgericht Arnsberg!
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Westfalen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Q 121** **Landgerichte, Rückerstattungen (Teilbestand: Landgericht Dortmund / Q 121)**
3. Laufzeit des Bestandes	1949 - 1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 9.500 Einzelfallakten, 112 General- und Verwaltungsakten
5. Behördengeschichte	Zuständigkeit Ab 01.05.1985: Landgericht Duisburg
6. Bestandsbeschreibung	Siehe Teilbestand Landgericht Arnsberg!
7. Erschließungszustand	Siehe Teilbestand Landgericht Arnsberg! Bestand ist noch nicht vollständig verzeichnet, Findmittel ist z. Zt. eine alphabetische Namensliste der Berechtigten und Verpflichteten
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Westfalen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgerichte, Rückerstattungen (Teilbestand: Landgericht Hagen / Q 121)**
3. Laufzeit des Bestandes	1949 - 1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 1.200 Einzelfallakten, 23 General- und Verwaltungsakten
5. Behördengeschichte	Zuständigkeit Ab 01.05.1957: Landgericht Dortmund Ab 01.05.1985: Landgericht Duisburg
6. Bestandsbeschreibung	Siehe Teilbestand Landgericht Arnsberg!
7. Erschließungszustand	Siehe Teilbestand Landgericht Arnsberg!
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Westfalen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgerichte, Rückerstattungen (Teilbestand: Landgericht Münster / Q 121)**
3. Laufzeit des Bestandes	1949 - 1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 1.350 Einzelfallakten, 28 General- und Verwaltungsakten
5. Behördengeschichte	Zuständigkeit Ab 01.05.1957: Landgericht Dortmund Ab 01.05.1985: Landgericht Duisburg
6. Bestandsbeschreibung	Siehe Teilbestand Landgericht Arnsberg!
7. Erschließungszustand	Siehe Teilbestand Landgericht Arnsberg!
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Westfalen**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landgerichte, Rückerstattungen (Teilbestand: Landgericht Siegen / Q 121)**
3. Laufzeit des Bestandes	1949 - 1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 300 Einzelfallakten, 25 General- und Verwaltungsakten
5. Behördengeschichte	Zuständigkeit Ab 01.05.1957: Landgericht Dortmund Ab 01.05.1985: Landgericht Duisburg
6. Bestandsbeschreibung	Siehe Teilbestand Landgericht Arnsberg!
7. Erschließungszustand	Siehe Teilbestand Landgericht Arnsberg!
8. Bemerkungen	-

4.9.3 Abt. Ostwestfalen-Lippe

4.9.3.1 Behörden

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Ostwestfalen-Lippe**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Ämter für gesperrte Vermögen (Bezirksamt und Kreisämter), Vermögenskontrolle (D 27)**
3. Laufzeit des Bestandes	1947-1956
4. Umfang (Stück / lfm.)	ca. 73 lfm.
5. Behördengeschichte	- 1947 Einrichtung von Ämtern für gesperrte Vermögen als Nachfolger der „Property-Contoll“-Dienstellen der Militärregierung; ein Bezirksamt und 11 Kreisämter für den damaligen Regierungsbezirk Minden. - Zwischen 1950 und 1956 Auflösung der Kreisämter, als letztes Auflösung des Kreisamtes Detmold.
6. Bestandsbeschreibung	Bezirksamt und Kreisämter 1. General- und Verwaltungsakten 2. Vermögenskontrollakten a) gesperrte Vermögen b) Rückerstattungsvermögen
7. Erschließungszustand	- Überwiegend vorläufig verzeichnet: drei ältere maschinenschriftliche Findbücher, teilweise Übernahme von Aktenzeichen der Behörden; 2894 Verzeichnungseinheiten, ca. 23,4 lfm. in VERA (Abschrift einer Zettelkartei). - Es ist geplant, den Bestand im Rahmen eines Verzeichnungsprojekts (Werkvertrag) vollständig zu verzeichnen
8. Bemerkungen	Parallelüberlieferung zu den Rückerstattungsakten der Landgerichte.

4.9.3.2 Gerichte

1. Archiv	LAV NRW Abt. Ostwestfalen-Lippe
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Landgericht Bielefeld, Rückerstattungen (Teilbestand / D 20 A)**
3. Laufzeit des Bestandes	1949-1964
4. Umfang (Stück / lfm.)	4718 Verzeichnungseinheiten, ca. 38,6 lfm.
5. Behördengeschichte	- 1949 Einrichtung eines Wiedergutmachungsamts und einer Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Bielefeld. - 1957 Erweiterung der Zuständigkeit für ganz OWL nach Auflösung der Wiedergutmachungsämter und –kammern bei den Landgerichten Detmold und Paderborn. - 1964 Auflösung des Amtes und der Kammer sowie Abgabe der Unterlagen an das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Dortmund.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand besteht aus drei Teilen: 1. General- und Verwaltungsakten 2. Einzelverfahren (Jahrgänge 1949-1964) 3. Treuhandverfahren (Jahrgänge 1951-1955 und 1957)
7. Erschließungszustand	Vollständig in VERA verzeichnet und in einem eigenen Findbuch erschlossen.
8. Bemerkungen	Findbuch noch nicht ausgedruckt.

1. Archiv	LAV NRW Abt. Ostwestfalen-Lippe
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Landgericht Detmold, Rückerstattungen (Teilbestand / D 20 B)**
3. Laufzeit des Bestandes	1949-1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	754 Verzeichnungseinheiten, ca. 5,3 lfm.
5. Behördengeschichte	- 1949 Einrichtung eines Wiedergutmachungsamts und einer Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Detmold. - 1957 Auflösung des Amtes und der Kammer sowie Abgabe der Unterlagen an das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Bielefeld.
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand besteht aus drei Teilen: 1. General- und Verwaltungsakten 2. Einzelverfahren (Jahrgänge 1949-1956) 3. Treuhandverfahren (Jahrgänge 1951-1955)
7. Erschließungszustand	Vollständig in VERA verzeichnet und in einem eigenen Findbuch erschlossen.
8. Bemerkungen	Findbuch noch nicht ausgedruckt.

1. Archiv	**LAV NRW Abt. Ostwestfalen-Lippe**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Landgericht Paderborn, Rückerstattungen (Teilbestand / D 20 C)**
3. Laufzeit des Bestandes	1949-1957
4. Umfang (Stück / lfm.)	2712 Verzeichnungseinheiten, ca. 18,9 lfm.
5. Behördengeschichte	1949 Einrichtung eines Wiedergutmachungsamts und einer Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Paderborn 1957 Auflösung des Amtes und der Kammer sowie Abgabe der Unterlagen an das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Bielefeld
6. Bestandsbeschreibung	Der Bestand besteht aus drei Teilen: 1. General- und Verwaltungsakten 2. Einzelverfahren (Jahrgänge 1949-1956) 3. Treuhandverfahren (Jahrgänge 1951-1955)
7. Erschließungszustand	vollständig in VERA verzeichnet und in einem eigenen Findbuch erschlossen
8. Bemerkungen	Findbuch noch nicht ausgedruckt

4.10 Rheinland-Pfalz

Vorbemerkung für Rheinland-Pfalz

Die Überlieferung in den Staatsarchiven von Rheinland-Pfalz ist im Bereich der Wiedergutmachung noch sehr lückenhaft. Dies liegt vor allem daran, dass das Schriftgut zur „Entschädigung“ noch ausschließlich der Verfügungsgewalt des Amtes für Wiedergutmachung in Saarburg unterliegt. Davon betroffen sind bis auf wenige Ausnahmen auch die Überlieferungen der Vorgängerbehörden des Amtes für Wiedergutmachung. Auch die Parallelüberlieferung der Justiz konnte noch nicht umfassend bewertet werden. Es ist also in den kommenden Jahren damit zu rechnen, dass weiteres Schriftgut in die Archive gelangen wird.

4.10.1 Landeshauptarchiv Koblenz

4.10.1.1 Behörden

1. Archiv	**Landeshauptarchiv Koblenz**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Bezirksamt für Wiedergutmachung Koblenz (Best. 540,001)**
3. Laufzeit des Bestandes	1931-1983
4. Umfang (Stück / lfm.)	Verzeichnet: 2931 Akten / 21,5 Regalmeter Unverzeichnet: 2,7 lfd. km (plus ca. 7 lfd km beim Amt für Wiedergutmachung in Saarburg)
5. Behördengeschichte	- Zeitraum der Behördenzuständigkeit: Rückerstattung: 1946-1985 Entschädigung: 1953-1983 - Vorgängerbehörden: 1946-1951 Ämter für kontrollierte Vermögen bei Stadt- u. Kreisverwaltungen; (daneben) seit 1947 Betreuungsstellen für die Opfer des Faschismus (1950 eingegliedert in die Ämter für kontrollierte Vermögen) Sondervermögen für Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts – Anstalt des öffentlichen Rechts – Koblenz (bisher für 1949 nachgewiesen) 1951-1953 Regierungsbezirksämter für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen - Nachfolgebehörden: Rückerstattung: Seit 1974 Bezirksamt für Wiedergutmachung, Saarburg Entschädigung: 1983-1991 Abwicklungsstelle für Wiedergutmachung, Koblenz Seit 1983 Amt für Wiedergutmachung, Saarburg
6. Bestandsbeschreibung	Bereich Entschädigungsakten: Bestandsstruktur: Einzelfallakten Aktenstruktur: zumeist Antrag, Nachweise und Entscheidung Parallelüberlieferung: Wiedergutmachungsakten des LG und AG Koblenz (bisher nicht bewertet) Bereich Rückerstattung:

	Bestandstruktur: Einzelfallakten, Sammelsachakten, statistische Übersichten Aktenstruktur: Übersichten und Listen über gesperrte Vermögen, Berichte, Auskünfte an Behörden, Restitutionsanträge, Besitznachweise Parallelüberlieferung: Finanzämter und LG Koblenz
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Vermögenskontrolle ca. 950 Akten; Betreuungsstellen für die Opfer des Faschismus ca. 1950 Akten
8. Bemerkungen	Enthält auch Überlieferung des Landesamts für Wiedergutmachung und verwaltete Vermögen Mainz und Amts für Wiedergutmachung des Landes Rheinland-Pfalz in Berlin

1. Archiv	**Landeshauptarchiv Koblenz**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Bezirksamt für Wiedergutmachung Trier (Best. 540,002)**
3. Laufzeit des Bestandes	1920-1988
4. Umfang (Stück / lfm.)	1474 Akten / 8,5 Regalmeter -> Siehe auch: Bezirksamt für Wiedergutmachung Koblenz, Bestand 540,001
5. Behördengeschichte	- Zeitraum der Behördenzuständigkeit: Rückerstattung: 1946-1974 Entschädigung: 1953-1974 - Vorgängerbehörden: 1946-1951 Ämter für kontrollierte Vermögen bei Stadt- u. Kreisverwaltungen; (daneben) seit 1947 Betreuungsstellen für die Opfer des Faschismus (1950 eingegliedert in die Ämter für kontrollierte Vermögen) Sondervermögen für Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts – Anstalt des öffentlichen Rechts – Koblenz (bisher für 1949 nachgewiesen) 1951-1953 Regierungsbezirksämter für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen - Nachfolgebehörden: Rückerstattung und Entschädigung: Seit 1974 Bezirksamt für Wiedergutmachung, Saarburg
6. Bestandsbeschreibung	Organisation des Bezirksamts für Wiedergutmachung Trier: - Bereich Entschädigungsakten: Bestandsstruktur: Einzelfallakten Aktenstruktur: zumeist Antrag, Nachweise und Entscheidung Parallelüberlieferung: Wiedergutmachungsakten des LG Trier (bisher nicht bewertet) - Bereich Rückerstattung: Bestandstruktur: Einzelfallakten, Sammelsachakten, statistische Übersichten Aktenstruktur: Übersichten und Listen über gesperrte Vermögen, Berichte, Auskünfte an Behörden, Restitutionsanträge, Besitznachweise Parallelüberlieferung: Finanzämter und LG Trier
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: Vermögenskontrolle 235 Akten; Rückerstattung ca. 750 Akten; Betreuungsstellen für die Opfer des Faschismus ca. 400 Akten
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Landeshauptarchiv Koblenz**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Finanzämter der ehemaligen Regierungsbezirke Trier und Koblenz (Best. 572)**
3. Laufzeit des Bestandes	1899-1975
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 2200 Akteneinheiten
5. Behördengeschichte	Nachfolgebehörde: Oberfinanzdirektion Koblenz
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten, Sammelsachakten, Listen - Aktenstruktur: Vermögensverzeichnisse, Grundbuchauszüge, Miet- und Pachtverträge, Rechenschaftsnachweise gegenüber den Ämtern für kontrollierte Vermögen, Restitutionsvergleiche, Rechnungen - Parallelüberlieferung: Rückerstattung: Landeshauptarchiv Koblenz, Best. 540,001 und 540,002 (Bezirksämter für Wiedergutmachung); Rückerstattungskammern der Landgerichte Enteignung: Kommunalbestände
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Landeshauptarchiv Koblenz**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Oberfinanzdirektion Koblenz Best. 922**
3. Laufzeit des Bestandes	1941-1984
4. Umfang (Stück / lfm.)	24 Akten
5. Behördengeschichte	- Vorgängerbehörden: Oberfinanzpräsident Köln (bis 1945) Landesfinanzamt Rheinland-Hessen-Nassau (bis 1950/51) Oberfinanzpräsidium Koblenz 1951-1953 Finanzämter der Regierungsbezirke Trier und Koblenz
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten - Aktenstruktur: Rückerstattungsanträge, Nachweise, Abrechnungen, Instandsetzungsnachweise, Nutzungsberechnungen, Grundbuchauszüge, Zeugenaussagen - Parallelüberlieferung: Landgerichte; Ämter für kontrollierte Vermögen
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	Siehe auch: Finanzämter der ehemaligen Regierungsbezirke Trier und Koblenz (Best. 572)

4.10.1.2 Gerichte

1. Archiv	**Landeshauptarchiv Koblenz**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Landgericht Bad Kreuznach (Best. 583,006)**
3. Laufzeit des Bestandes	-
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 8 lfm.
5. Behördengeschichte	Seit 1950 existierend
6. Bestandsbeschreibung	-Rückerstattung: Einzelfallakten - Aktenstruktur: Prozessakten mit Beschluss/Entscheidung/Urteil - Parallelüberlieferung: Prozesshandakten der OFD Koblenz; OLG Koblenz; Amt für Wiedergutmachung Saarburg
7. Erschließungszustand	Unverzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Landeshauptarchiv Koblenz**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Landgericht Koblenz (Best. 583,001)**
3. Laufzeit des Bestandes	1946-1996
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 60.000 Stück /ca. 161 Regalmeter
5. Behördengeschichte	Zuständig bis 1986
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten aus den Komplexen Rückerstattung und Wiedergutmachung - Aktenstruktur: Prozessakten mit Beschluss / Entscheidung / Urteil - Parallelüberlieferung: Finanzamtsakten; OFD Koblenz (BRüG-Akten); OLG Koblenz; Amt für Wiedergutmachung Saarburg
7. Erschließungszustand	3100 Rückerstattungsakten verzeichnet (Az OR)
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landeshauptarchiv Koblenz
2. Bestand / Bestands-gruppe	Landgericht Trier (Best. 583,002)
3. Laufzeit des Bestandes	1944-1989
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 135 lfm.
5. Behördengeschichte	Behördenzuständigkeit bis heute, da seit 1986 zentral für Rheinland-Pfalz für Klageverfahren gegen das Amt für Wiedergutmachung Saarburg zuständig
6. Bestandsbeschreibung	- Rückerstattung und Wiedergutmachung: Einzelfallakten - Aktenstruktur: Prozessakten mit Beschluss / Entscheidung / Urteil - Parallelüberlieferung für Rückerstattung: Finanzamtsakten; OFD Koblenz (BRüG-Akten); Restitutionsakten der Wiedergutmachungsämter (Landeshauptarchiv Koblenz Bestand 540,001 und 540,002); OLG Koblenz; Amt für Wiedergutmachung Saarburg - Parallelüberlieferung für Wiedergutmachung: Prozesshandakten der Bezirksämter (v.a. Trier);); OLG Koblenz; Amt für Wiedergutmachung Saarburg
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: 4036 Rückerstattungsverfahren (Az OR), 33 Entschädigung (Az O (WG))
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landeshauptarchiv Koblenz
2. Bestand / Bestands-gruppe	Oberlandesgericht Koblenz (Best. 581)
3. Laufzeit des Bestandes	-
4. Umfang (Stück / lfm.)	-
5. Behördengeschichte	Seit 1946 existierend, Vorgänger: OLG Köln
6. Bestandsbeschreibung	- Einzelfallakten zur Wiedergutmachung und zur Rückerstattung - Aktenstruktur: Senatsakten, zumeist nur mit Ablehnungsbescheid des Landgerichts (1. Instanz) sowie Beschluss/Urteil des OLG - Parallelüberlieferung: Prozessakten der 1. Instanz
7. Erschließungszustand	Unbewertet
8. Bemerkungen	-

4.10.2 Landesarchiv Speyer

4.10.2.1 Behörden

1. Archiv	**Landesarchiv Speyer**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Bezirksamt für Wiedergutmachung Neustadt an der Weinstraße (Best. R 19)**
3. Laufzeit des Bestandes	1930-1978
4. Umfang (Stück / lfm.)	9207 Stück
5. Behördengeschichte	- Zeitraum der Behördenzuständigkeit: - Entschädigung: 1953-1977 Vorgängerbehörden: 1946-1951 Ämter für kontrollierte Vermögen bei Stadt- u. Kreisverwaltungen (daneben) seit 1947 Betreuungsstellen für die Opfer des Faschismus (1950 eingegliedert in die Ämter für kontrollierte Vermögen) 1951-1953 Regierungsbezirksämter für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen Nachfolgebehörden: - Entschädigung: 1977-19**??** Abwicklungsstelle für Wiedergutmachung, Neustadt; seit 1983 Amt für Wiedergutmachung, Saarburg
6. Bestandsbeschreibung	- 2 abgebende Behörden: Bezirksamt für Wiedergutmachung, Koblenz Bezirksamt für Wiedergutmachung, Neustadt - Bereich Entschädigungsakten; Einzelfallakten - Aktenstruktur: zumeist Antrag, Nachweise und Entscheidung - Parallelüberlieferung: Wiedergutmachungsakten des LG Frankenthal
7. Erschließungszustand	Zum Teil verzeichnet. Ca. 12 lfd. m noch unverzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Landesarchiv Speyer**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Bezirksamt für Wiedergutmachung Mainz (Best. R 20)**
3. Laufzeit des Bestandes	1937-1977
4. Umfang (Stück / lfm.)	2091 Stück
5. Behördengeschichte	- Zeitraum der Behördenzuständigkeit: - Entschädigung: 1953-1977 - Vorgängerbehörden: 1946-1951 Ämter für kontrollierte Vermögen bei Stadt- u. Kreisverwaltungen (daneben) seit 1947 Betreuungsstellen für die Opfer des Faschismus (1950 eingegliedert in die Ämter für kontrollierte Vermögen) 1951-1953 Regierungsbezirksämter für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen - Nachfolgebehörden: - Entschädigung: 1977-1981 Abwicklungsstelle für Wiedergutmachung, Mainz 1981-1983 Bezirksamt für Wiedergutmachung, Koblenz Seit 1983 Amt für Wiedergutmachung, Saarburg
6. Bestandsbeschreibung	Bereich Entschädigungsakten: Einzelfallakten - Aktenstruktur: zumeist Antrag, Nachweise und Entscheidung - Parallelüberlieferung: Wiedergutmachungsakten des LG Mainz
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landesarchiv Speyer
2. Bestand / Bestands-gruppe	Finanzamt Alzey Best. L 35/Z4286
3. Laufzeit des Bestandes	1938-1952
4. Umfang (Stück / lfm.)	51 Stück / 0,6 lfm.
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Enteignung, Verwertung und Restitution 1940er – 1950er Jahre, Einzelfallakten - Aktenstruktur: Grundbuchauszüge, Miet- und Pachtverträge, Rechnungen, Rechenschaftsnachweise - Parallelüberlieferung: Rückerstattungsverfahren der Landgerichte
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landesarchiv Speyer
2. Bestand / Bestands-gruppe	Finanzamt Bingen (Best. L 36/Z4286)
3. Laufzeit des Bestandes	1941-1961
4. Umfang (Stück / lfm.)	98 Stück / 1,1 lfm.
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Enteignung, Verwertung und Restitution 1940er – 1950er Jahre; Einzelfallakten - Aktenstruktur: Grundbuchauszüge, Miet- und Pachtverträge, Rechnungen, Rechenschaftsnachweise - Parallelüberlieferung: Rückerstattungsverfahren der Landgerichte
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landesarchiv Speyer
2. Bestand / Bestands-gruppe	Finanzamt Dahn (Best. L 13/Z3326)
3. Laufzeit des Bestandes	1928-1966
4. Umfang (Stück / lfm.)	55 Stück / 0,4 lfm.
5. Behördengeschichte	Nachfolgebehörde: Finanzamt Pirmasens
6. Bestandsbeschreibung	- Vermögensbesteuerung, Enteignung, Verwertung und Restitution 1920er – 1960er Jahre; Einzelfallakten und Verfahrensakten, teilweise Betreffakten, Akten zur Steuerveranlagung - Aktenstruktur: Vermögensnachweise, Nachweise der Erfassung von Grundbesitz und dessen Veräußerung, desgl. von Vermietung und Verpachtung - Parallelüberlieferung: Regierungsbezirksamt für kontrolliertes Vermögen und Wiedergutmachung Neustadt (Landesarchiv Speyer Bestand R 19)
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landesarchiv Speyer
2. Bestand / Bestands-gruppe	Finanzamt Landau Best. L 24/Z3402
3. Laufzeit des Bestandes	1924-1968
4. Umfang (Stück / lfm.)	347 Stück, davon 20 Akten vermischten Inhalts / 3 lfm.
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Vermögensbesteuerung, Einkommens-, Umsatz-, Gewerbesteuer, Enteignung, Verwertung und Restitution; Einzelfallakten, teilweise Betreffakten - Aktenstruktur: Grundbuchauszüge, Nachweise über Vermietung und Verpachtung, Vermögensverzeichnisse, Versicherungsscheine, Bankauszüge, Arrestbeschlüsse, Pfändungsverfügungen, Nutzungsabrechnungen - Parallelüberlieferung: Regierungsbezirksamt für kontrolliertes Vermögen und Wiedergutmachung Neustadt (Landesarchiv Speyer Bestand R 19); Rückerstattungsverfahren der Landgerichte
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landesarchiv Speyer
2. Bestand / Bestands-gruppe	Finanzamt Ludwigshafen (Best. L 27/Z3784)
3. Laufzeit des Bestandes	1945-1965
4. Umfang (Stück / lfm.)	69 Stück / 1 lfm.
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Enteignung, Verwertung, Vermögensverwaltung und Restitution 1940er – 1960er Jahre; Einzelfallakten - Aktenstruktur: Miet- und Pachtverträge, Abrechnungsnachweise, Wertermittlungen, Mieteinnahmen, Mobiliarversteigerungen, Besitznachweise mit Grundbuchauszügen, Zustandsbeschreibungen, Kontenverwaltung, Restitutionsurteile der Landgerichte, Rückerstattung und Vermögensentsperrung - Parallelüberlieferung: Regierungsbezirksamt für kontrolliertes Vermögen und Wiedergutmachung Neustadt (Landesarchiv Speyer Bestand R 19); Rückerstattungsverfahren der Landgerichte
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landesarchiv Speyer
2. Bestand / Bestands-gruppe	Finanzamt Mainz (Best. L 37/Z4286)
3. Laufzeit des Bestandes	1941-1964
4. Umfang (Stück / lfm.)	166 Stück / 1,8 lfm.
5. Behördengeschichte	.
6. Bestandsbeschreibung	- Enteignung, Verwertung und Restitution 1940er – 1950er Jahre; Einzelfallakten - Aktenstruktur: Grundbuchauszüge, Miet- und Pachtverträge, Rechnungen, Rechenschaftsnachweise - Parallelüberlieferung: Rückerstattungsverfahren der Landgerichte
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landesarchiv Speyer
2. Bestand / Bestands-gruppe	Finanzamt Neustadt a.d.W. (Best. L 28/Z4196)
3. Laufzeit des Bestandes	1935-1966
4. Umfang (Stück / lfm.)	15 Stück / 0,2 lfm.
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Vermögensbesteuerung, Enteignung, Verwertung, Vermögensverwaltung und Restitution 1930er – 1960er Jahre; Einzelfallakten, 3 Betreffakten - Aktenstruktur: Abrechnungsnachweise, Kaufverträge, Wertermittlungen, Mieteinnahmen, Pachtverträge, Beschlüsse der Restitutionskammern - Parallelüberlieferung: Regierungsbezirksamt für kontrolliertes Vermögen und Wiedergutmachung Neustadt (Landesarchiv Speyer Bestand R 19); Rückerstattungsverfahren der Landgerichte
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landesarchiv Speyer
2. Bestand / Bestands-gruppe	Finanzamt Oppenheim (Best. L 38/Z4286)
3. Laufzeit des Bestandes	1942-1968
4. Umfang (Stück / lfm.)	35 Stück / 0,3 lfm.
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Enteignung, Verwertung und Restitution 1940er – 1950er Jahre; Einzelfallakten - Aktenstruktur: Grundbuchauszüge, Miet- und Pachtverträge, Rechnungen, Rechenschaftsnachweise - Parallelüberlieferung: Rückerstattungsverfahren der Landgerichte
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landesarchiv Speyer
2. Bestand / Bestands-gruppe	Finanzamt Pirmasens (Best. L 30/Z3326)
3. Laufzeit des Bestandes	1931-1972
4. Umfang (Stück / lfm.)	53 Stück, davon 7 Akten vermischten Inhalts / 0,5 lfm.
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Vermögensbesteuerung (Judenvermögensabgabe), Vermögensverwaltung und –nutzung, Restitution, 1930er – 1970er Jahre - Aktenstruktur: Vermögensnachweise, Listen zur Erfassung von Grundbesitz (Veräußerung, Vermietung und Verpachtung, Veräußerungsverträge - Parallelüberlieferung: Regierungsbezirksamt für kontrolliertes Vermögen und Wiedergutmachung Neustadt (Landesarchiv Speyer Bestand R 19); Rückerstattungsverfahren der Landgerichte
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landesarchiv Speyer
2. Bestand / Bestands-gruppe	Finanzamt Speyer (Best. L 32/Z3639)
3. Laufzeit des Bestandes	1935-1962
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 50 Stück / 0,8 lfm.
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Vermögensbesteuerung, Enteignung, Verwertung und Restitution 1930er – 1960er Jahre; Einzelfallakten - Aktenstruktur: Miet- und Pachtverträge, Nutzungsnachweise, Grundbuchauszüge, Besitzverzeichnisse, Veräußerungs- und Erwerbsnachweise, Vermögensnachweise, Restitutionsanträge - Parallelüberlieferung: Regierungsbezirksamt für kontrolliertes Vermögen und Wiedergutmachung Neustadt (Landesarchiv Speyer Bestand R 19); Rückerstattungsverfahren der Landgerichte
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landesarchiv Speyer
2. Bestand / Bestands-gruppe	Finanzamt Worms (Best. L 39/Z4286)
3. Laufzeit des Bestandes	1938-1969
4. Umfang (Stück / lfm.)	92 Stück / 1,1 lfm.
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Enteignung, Verwertung und Restitution 1940er – 1950er Jahre; Einzelfallakten - Aktenstruktur: Grundbuchauszüge, Miet- und Pachtverträge, Rechnungen, Rechenschaftsnachweise - Parallelüberlieferung: Rückerstattungsverfahren der Landgerichte
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

4.10.2.2 Gerichte

1. Archiv	Landesarchiv Speyer
2. Bestand / Bestands-gruppe	Landgericht Frankenthal (Best. J 6)
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1979
4. Umfang (Stück / lfm.)	Ca. 285 lfm.
5. Behördengeschichte	Zeitraum der Behördenzuständigkeit im Bereich Wiedergutmachung: bis etwa Ende der 1970er Jahre (regionale Zuständigkeit v.a. in Klageverfahren gegen Entscheidungen des Bezirksamtes für Wiedergutmachung Neustadt)
6. Bestandsbeschreibung	- Restitutionsverfahren; Einzelfallakten - Aktenstruktur: Prozessakten mit Beschluss / Entscheidung / Urteil des Gerichts (Original) Entschädigung: Einzelfallakten - Parallelüberlieferung: Prozesshandakten der Bezirksämter (Neustadt)
7. Erschließungszustand	Verzeichnet: 4975 Restitutionsverfahren (Az: Or), 30716 Entschädigungsverfahren (Az O (WG)), 13 Register für Wiedergutmachung 1948-1964
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landesarchiv Speyer
2. Bestand / Bestands-gruppe	Landgericht Kaiserslautern (Best. J 7)
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1969
4. Umfang (Stück / lfm.)	1362 Stück / ca. 8 lfm.
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Restitutionsverfahren; Einzelfallakten - Aktenstruktur: Prozessakten mit Beschluss / Entscheidung / Urteil des Gerichts (Original)
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landesarchiv Speyer
2. Bestand / Bestands-gruppe	Landgericht Landau (Best. J 8)
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1970
4. Umfang (Stück / lfm.)	5471 Stück / ca. 15 lfm.
5. Behördengeschichte	Zeitraum der Behördenzuständigkeit: bis etwa 1969
6. Bestandsbeschreibung	- Restitutionsverfahren; Einzelfallakten - Aktenstruktur: Prozessakten mit Beschluss / Entscheidung / Urteil des Gerichts (Original)
7. Erschließungszustand	Verzeichnet inkl. Prozessregister für Restitution und Wieder-gutmachung 1948-1952
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	Landesarchiv Speyer
2. Bestand / Bestands-gruppe	Landgericht Mainz (Best. J 10)
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1980
4. Umfang (Stück / lfm.)	187 lfm. (noch ca. 40 lfm. bei Gericht)
5. Behördengeschichte	Zeitraum der Behördenzuständigkeit im Bereich Wiedergut-machung: bis 2. Hälfte der 1970er Jahre (Auflösung des betreffenden Landesamtes und des Bezirksamtes Mainz); regionale Zuständigkeit v.a. in Klageverfahren gegen Ent-scheidungen des Bezirksamtes für Wiedergutmachung Mainz
6. Bestandsbeschreibung	- Restitutionsverfahren; Einzelfallakten - Aktenstruktur: Prozessakten mit Beschluss / Entscheidung / Urteil des Gerichts (Original) - Parallelüberlieferung: Prozesshandakten der OFD Koblenz (fortgeführte Finanzamtsakten) - Entschädigung; Einzelfallakten - Aktenstruktur: Prozessakten mit Beschluss / Entscheidung / Urteil des Gerichts (Original) - Parallelüberlieferung: Prozesshandakten des Bezirksamtes für Wiedergutmachung Mainz
7. Erschließungszustand	Zum Teil verzeichnet, sonst Erschließung über Abgabelisten
8. Bemerkungen	-

1. Archiv	**Landesarchiv Speyer**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Landgericht Zweibrücken (Best. J 9)**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1963
4. Umfang (Stück / lfm.)	757 Stück / ca. 6 lfm.
5. Behördengeschichte	-
6. Bestandsbeschreibung	- Restitutionsverfahren; Einzelfallakten - Aktenstruktur: Prozessakten mit Beschluss / Entscheidung / Urteil des Gerichts (Original)
7. Erschließungszustand	Verzeichnet
8. Bemerkungen	-

4.11 Saarland

4.11.1 Behörden

1. Archiv	**Landesarchiv Saarbrücken**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesamt Saar - Vermögenskontrolle (LAS) / Akten der Vermögenskontrolle**
3. Laufzeit des Bestandes	1946-1951
4. Umfang (Stück / lfm.)	9,7 lfm
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit: Feststellung, Erfassung und Registrierung der gesperrten Vermögen; Aussprechen der Stellung unter Kontrolle und der Aufhebung der Kontrolle; Ernennung und ggf. Abberufung der Zwangsverwalter; Überwachung der Geschäftsführung der Verwalter; Übertragung bzw. Verwertung der Vermögen nach den von der Militärregierung herausgegebenen Vorschriften. - Nachfolgebehörde: Abwicklung durch das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft (= abgebende Behörde)
6. Bestandsbeschreibung	Allgemeine Akten, Außenstelle Homburg, Außenstelle Ottweiler, Außenstelle Saarbrücken, Außenstelle Saarlouis, Außenstelle St. Wendel, Personalakten, Wehrmachtsvermögen, Vermögen der NSDAP und ihrer Untergliederungen, einzelne Organisationen und Vereine, Wirtschaftsunternehmen, Privatvermögen nach Kontrollratsgesetz Nr. 52, ehemals jüdische Vermögen
7. Erschließungszustand	ca. 50 % verzeichnet (307 Akten), Rest unverzeichnet
8. Bemerkungen	-

4.11.2 Gerichte

1. Archiv	**Landesarchiv Saarbrücken**
2. Bestand / Bestands-gruppe	**Landgericht Saarbrücken (LG.SB) / Restitutionsakten**
3. Laufzeit des Bestandes	1948-1958
4. Umfang (Stück / lfm.)	1.645 Akten, 7 lfm.
5. Behördengeschichte	- Sachliche Zuständigkeit (1948-1974): Feststellung der Nichtigkeit bzw. Aussprechen der Nichtigkeitserklärung über alle nach dem 30. Januar 1933 ohne die Zustimmung ihres Eigentümers vorgenommenen Verfügungen über Güter, Rechte oder Interessen, sofern sie im Verfolg von Maßnahmen ergingen, die auf Staats- oder Volksangehörigkeit, Rasse, Religion sowie dem nationalsozialistischen Regime feindliche politische Anschauungen oder Tätigkeiten gestützte Unterscheidungen eingeführt haben ohne die Zustimmung des Eigentümers auf Grund eines vor dem 30. Januar 1933 ergangenen Gesetzes vorgenommenen Verfügungen, wenn festgestellt ist, dass diese Verfügungen in Wirklichkeit mit Rücksicht auf die Staats- oder Volksangehörigkeit, die Rasse, die Religion, die politischen Anschauungen oder Tätigkeiten des Betroffenen und in der Absicht ihm zu schaden, vorgenommen worden sind mit Zustimmung des Eigentümers vorgenommenen Verfügungen, wenn diese Zustimmung nur unter dem Einfluss physischen oder moralischen Zwangs erteilt wurde Entscheidung über die Klage durch Endurteil oder Beschluss
6. Bestandsbeschreibung	- Restitutionsakten: Az: Y, Z , AR-Res. (1948-1958) - Parallelüberlieferung: Rückerstattungsakten der OFD Saarbrücken (heute bei der OFD Koblenz)
7. Erschließungszustand	- Unverzeichnet, Abgabelisten (geordnet nach Az)
8. Bemerkungen	Benutzbar nur, wenn Aktenzeichen bekannt!

4.12 Landesarchiv Schleswig-Holstein

4.12.1 Ministerien

1. Archiv	**Landesarchiv Schleswig Holstein**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Finanzministerium Schleswig-Holstein (LASH Abt. 661)**
3. Laufzeit des Bestandes	(1921) 1945-2005
4. Umfang (Stück / lfm.)	269 lfm
5. Behördengeschichte	Mit der Entstehung des Landes Schleswig-Holstein wurde das Finanzministerium im Dezember 1946 als eigenes Ministerialressort eingerichtet. In dem neu gebildeten Ministerium lag die Zuständigkeit für die Verwaltung des Landeshaushalts, für Grundsatzfragen des Steuerwesens und der Finanzwirtschaft sowie für Besoldungs- und Tarifangelegenheiten. In den ersten Nachkriegsjahren war das Finanzministerium auch für die Bearbeitung finanzieller Folgen der NS-Zeit zuständig. Dazu gehörten die Vermögensabwicklung von NS-Organisationen, die Rückerstattung enteigneter Vermögen, der Lastenausgleich und die Besatzungsschäden. Diese Aufgaben wurden teilweise von eigenen Ämtern wahrgenommen, die dem Finanzministerium angegliedert waren.
6. Bestandsbeschreibung	Der Aktenbestand des Finanzministeriums ist aufgrund der besonderen Struktur der Finanzverwaltung eng mit dem Bestand Landesfinanzamt / Oberfinanzpräsident / Oberfinanzdirektion (LASH Abt. 510) verzahnt. Dort liegt für viele der im Bestand Finanzministerium überlieferten Aktengruppen eine direkte Ergänzung vor. Der Bestand enthält u.a. Überlieferung aus den Bereichen: - Abwicklung von Reichs- und NSDAP-Vermögen - Abwicklung von Vermögen des Landes Preußen - Kriegsfolgelasten und Wiedergutmachung.
7. Erschließungszustand	Erschlossen (Findbuch LASH Abt. 761)
8. Bemerkungen	-

4.12.2 Behörden

1. Archiv	**Landesarchiv Schleswig Holstein**
2. Bestand / Bestandsgruppe	**Landesfinanzamt / Oberfinanzpräsidenten / Oberfinanzdirektion (LASH Abt. 510)**
3. Laufzeit des Bestandes	(1903) 1919-1999
4. Umfang (Stück / lfm.)	147 lfm.
5. Behördengeschichte	Für die Provinz Schleswig-Holstein wurde in 1919 Kiel ein Landesfinanzamt eingerichtet mit der Aufsicht über die Finanz-, Hauptzoll- und Zollämter. Außerdem wurde ihm die Reichsvermögensverwaltung in seinem Bezirk übertragen. Nach 1950 kam es zu einer Umwandlung der Behördenbezeichnung in Oberfinanzpräsidium und schließlich in Oberfinanzdirektion. Dabei wurde die Finanzverfassung geändert. Die Oberfinanzdirektion war mit Bundes- und Landesabteilungen Bundes- und Landesbehörde gleichermaßen unter anderem zuständig für die Rückerstattung von Vermögenswerten an NS-Opfer.
6. Bestandsbeschreibung	Die Überlieferung der Oberfinanzdirektion wurde zum überwiegenden Teil in den Jahren zwischen 1995 und 2002 ins Landesarchiv übernommen. Dabei waren auch in größerem Umfang Akten aus der Zeit vor 1945 erhalten. Der Bestand enthält unter anderem Überlieferung zu folgenden Bereichen: - Rückerstattung von Vermögenswerten an NS-Opfer - Einzelfallakten der Devisenstelle - Besatzungsschäden, dabei Härteausgleich und Internierungsschäden
7. Erschließungszustand	Erschlossen (Findbuch LASH Abt. 510)
8. Bemerkungen	-

5 Rechtsgrundlagen des Bundes und der Länder zur Wiedergutmachung

5.1 Bund

- Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts vom 26.4.1949 (Entschädigungsgesetz - USEG) - erlassen vom Süddeutschen Länderrat; nach Errichtung der Bundesrepublik Deutschland und Inkrafttreten des Grundgesetzes (Art. 125) als Bundesrecht übernommen (in: Deutscher Bundestag - 10. Wahlperiode, Drucksache 10/6287, S. 8)

- Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 11.5.1951(BWGöD) (BGBl. I S. 291)

- Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für die im Ausland lebenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 18.3.1952 (BWGöDAusl) (BGBl. I S. 137)

- Dritter und Vierter Teil des mit den Besatzungsmächten geschlossenen Überleitungsvertrages (26.5.1952) (BGBl. II S. 57, 181, 194)

- Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 19.8.1953 (BGBl. I S. 994)

- Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 18.9.1953 (Bundesentschädigungsgesetz - BEG) (BGBl. I S. 1387)

- Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 23.12.1955 (BGBl. I S. 820)

- Drittes Gesetz zur Änderung des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 29.6.1956 (BGBl. I S. 559)

- Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz – BRüG) vom 19.7.1957 (BGBl. I S. 734) in der Fassung vom 3. September 1969 (BGBl. I S. 1561)

- Gesetz zur allgemeinen Regelung durch den Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reiches entstandener Schäden vom 5.11.1957 (Allgemeines Kriegsfolgengesetz - AKG) (BGBl. I S. 1747)

- Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 18.8.1961 (BGBl. I S. 1349)

- Gesetz zu dem Vertrag vom 2. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über Leistungen zugunsten italienischer Staatsangehöriger, die von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen worden sind vom 28.6.1963 (BGBl. II S. 791)

- Siebentes Gesetz zur Änderung des Gesetzes der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 9.9.1965 (BGBl. I S. 1210)

- Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes vom 14.9.1965 (BEG-Schlussgesetz) (BGBl. I S. 1315)

- Richtlinien der Bundesregierung über Härteleistungen an Opfer von nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen im Rahmen des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG)
- AKG-Härterichtlinien vom 7.3.1988 (BAnz. S. 1277)

- Gesetz zur Überleitung der Zuständigkeiten der Obersten Rückerstattungsgerichte auf den Bundesgerichtshof vom 17.12.1990 (BGBl. I S. 2847, 2862)

- Gesetz über Entschädigungen für Opfer des Nationalsozialismus im Beitrittsgebiet vom 22.4.1992 (BGBl. I S. 906)

- Entschädigungsrentengesetz vom 22.4.1992 (BGBl. I S. 906)

5.2 Baden-Württemberg

5.2.1 Württemberg-Baden

- Gesetz Nr. 52 der Militärregierung Deutschland (MRG), amerikanische Zone, vom 25. Oktober 1945: Sperre und Kontrolle von Vermögen

- Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalismus und Militarismus vom 5. März 1946

- Gesetz Nr. 133 über die Bildung und vorläufige Verwendung von Sonderfonds zum Zwecke der Wiedergutmachung vom 13. Juni 1946 (RegBl Württemberg-Baden 1946 S.273)

- Verordnung Nr. 162 des Staatsministeriums über den Aufbau der Wiedergutmachungsbehörden vom 14. Juni 1947 (RegBl Württemberg-Baden 1947 S. 57)

- Gesetz Nr. 59 Rückerstattungsgesetz der Militärregierung Deutschland – Amerikanisches Kontrollgebiet vom 10. November 1947 (RegBl der Militärregierung Württemberg-Baden 1948 S. 1)

- Verordnung Nr. 1002 der Landesregierung über die Wiedergutmachungsbehörden im Sinne des Rückerstattungsgesetzes vom 18. März 1948 (RegBl Württemberg-Baden 1948 S. 53)

- Gesetz Nr. 943 zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sonderfonds zum Zwecke der Wiedergutmachung vom 29. März 1949 (RegBl Württemberg-Baden 1949 S.57f)

- Gesetz Nr. 951 zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (Entschädigungsgesetz) vom 16. August 1949 (RegBl Württemberg-Baden 1949 S.187)

5.2.2 Württemberg-Hohenzollern

- Gesetz Nr. 52 der Militärregierung Deutschland (MRG), amerikanische Zone, vom 25. Oktober 1945: Sperre und Kontrolle von Vermögen

- Gesetz über die Behandlung der Verfolgten des Nationalsozialismus in der Sozialversicherung vom 22. August 1949 (RegBl Württemberg-Hohenzollern 1950 S.247)

- Gesetz über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus vom 14. Februar 1950 (RegBl Württemberg-Hohenzollern 1950 S.187)

- Gesetz über die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts im öffentlichen Dienst vom 14. Februar 1950 (RegBl Württemberg-Hohenzollern 1950 S.200)

5.2.3 Baden

- Gesetz Nr. 52 der Militärregierung Deutschland (MRG), amerikanische Zone, vom 25. Oktober 1945: Sperre und Kontrolle von Vermögen

- Anordnung vom 21. September 1946 betreffend die Errichtung des Badischen Landesamts für kontrollierte Vermögen (Amtsblatt der Landesverwaltung Baden 1946 S. 115)

- Verordnung Nr.120 über die Rückerstattung geraubter Vermögenswerte vom 10. November 1947

- Bekanntmachung vom 23. Juli 1948 über die Eingliederung des Badischen Landesamts für kontrollierte Vermögen in das Badische Finanzministerium Abt. IV (Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1948 S. 91)

- Landesgesetz über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus vom 10. Januar 1950 (Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1950 S.139)

- Landesgesetz über die Wiedergutmachung für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 6. September 1950 (Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1950 S.285)

- Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus vom 5. September 1951 (Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1951 S.153)

- Bekanntmachung der Fassung des Landesgesetzes [vom 5. September 1951] über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus vom 29. Oktober 1951 (Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1951 S.168)

5.2.4 Baden-Württemberg

- Verordnung der vorläufigen Regierung über die Wiedergutmachungsbehörden vom 1. Juli 1952 (GBl Baden-Württemberg S. 19)

- Zweite Verordnung der vorläufigen Regierung über den Aufbau der Finanzverwaltung vom 27. April 1953 (GBl Baden-Württemberg S. 32)

- Gesetz zur Angleichung der Wiedergutmachungsgesetze vom 13. Juli 1953 (GBl Baden-Württemberg 1953 S.90)

- Verordnung der Landesregierung über die Aufhebung der Dienststelle des Schlichters für die Wiedergutmachungssachen bei dem Amtsgericht Ulm vom 11. Januar 1954 (GBl Baden-Württemberg S. 1)

- AV des Justizministeriums vom 27 Oktober 1966 (3230 – I/81) betr. die Aufhebung von Restitutionskammern (Die Justiz 1966 S. 320)

- Verordnung der Landesregierung über die Aufhebung der Dienststelle des Schlichters für Wiedergutmachungssachen beim Amtsgericht Karlsruhe und der Rückerstattungskammer beim Landgericht Karlsruhe vom 19. September 1967 (GBl. Baden-Württemberg S. 210)

- Verordnung der Landesregierung über die Aufhebung der Dienststelle des Schlichters für die Wiedergutmachung bei dem Amtsgericht Stuttgart vom 30. März 1976 (GBl Baden-Württemberg 1976 S. 443)

5.3 Bayern

- Gesetz Nr. 52 der Militärregierung für die amerikanische Zone: Sperre und Kontrolle von Vermögen (Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 1, S. 31f)

- Gesetz Nr. 9 des Kontrollrats vom 30. November 1945, Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der I.G.-Farbenindustrie

- Gesetz Nr. 10 des Kontrollrats vom 20. Dezember 1945, Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen Frieden oder Menschlichkeit schuldig gemacht haben

- Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 (GVBl 1946, S. 145)

- Gesetz Nr. 59 der Militärregierung für die amerikanische Zone: Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände vom 10. November 1947 (GVBl 1947, S. 221) nebst Änderungen

- Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (Entschädigungsgesetz) vom 12. August 1949 (GVBl 1949, 195) und Ergänzungsgesetz vom 27. November 1950 (GVBl 1950, 245)

- Gesetz über die Anerkennung als rassisch, religiös und politisch Verfolgte vom 15. November 1950 (GVBl 1950, 224)

- Gesetz über die Anerkennung als Verfolgte vom 27. März 1952 (GVBl 1952, 124)

- Gesetz über die Anerkennung juristischer Personen und nichtrechtsfähiger Personenvereinigungen als Verfolgte vom 19. November 1952 (GVBl 1952, 301)

- Versorgungsschadenrentengesetz vom 27. Juli 1953 (GVBl 1953, 118)

5.4 Berlin

- Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassisch und religiös Verfolgten des Nationalsozialismus (BerlEntschG), 10.1.1951 (VOBl I. S. 85)

- Gesetz zur Übernahme des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BerG), 6.11.1953

- Gesetz zur Übernahme des zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG-Schlußgesetz), 23.9.1965

5.5 Bremen

- Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege, vom 27.6.1947, Bremisches Gesetzblatt 1947, S. 84-85

- Zweites Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege, vom 27.6.1947, Bremisches Gesetzblatt 1947, S. 85

- Gesetz über die Gewährung eines Sonderurlaubs für die aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen Verfolgten, vom .8.1947, Bremisches Gesetzblatt 1947, S. 127.

- Gesetz über die Bildung eines Sonderfonds zum Zweck der Wiedergutmachung, vom 30.10.1947, Bremisches Gesetzblatt 1947, S. 274

- Gesetz Nr. 59 der Militärregierung Deutschland, Amerikanisches Kontrollgebiet, vom November 1947, bekannt gemacht in Bremen durch Bekanntmachung vom 5. Dezember 1947, in: Bremisches Gesetzblatt, 1947, S. 303 ff. (später mehrfach geändert und ergänzt)

- Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (Entschädigungsgesetz), vom 16.8.1949, Bremisches Gesetzblatt 1949, S. 159-166

- Gesetz über eine bremische Abgeltung der Wiedergutmachungsansprüche aus dem Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (Bremisches Abgeltungsgesetz), vom 8.7.1952, Bremisches Gesetzblatt 1952, S. 69

- Zuständigkeits- und Verfahrensordnung zum Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (ZVO-BEG), vom 20.10. 1953, Bremisches Gesetzblatt 1953, S. 111-112, mit späteren Änderungen

- Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft: Entschädigung für NS-Unrecht
- Bremer Härteregelung, Bremische Bürgerschaft (Landtag), Drucksache 12/310 vom 28.9.1988

- Beschluss des Senats über die Übertragung von Aufgaben nach dem Bundesentschädigungsgesetz auf das Niedersächsische Landesamt für Bezüge und Versorgung, wirksam zum 1.10.2007 (nicht gedruckt)

5.6 Hamburg

- Gesetz über Sonderhilfsrenten vom 24.5.1948 (HmbGVBl. S. 27, seitdem mehrfach geändert und inzwischen teilweise aufgehoben)

- Gesetz Nr. 59, Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände an Opfer der nationalsozialistischen Unterdrückungsmaßnahmen vom 12.5.1949 (Verordnungsblatt für die Britische Zone Nr. 26, S. 152)

- Haftentschädigungsgesetz vom 16.8.1949 (HmbGVBl. S. 165, aufgehoben am 15.10.1973, HmbGVBl. 1973, S. 423)

- Gesetz über die Gewährung von Zulagen zu den Sonderhilfsrenten vom 1.12.1952 (HmbGVBl. S. 267, inzwischen teilweise aufgehoben)

- Gesetz zum Ausgleich von Schäden, die durch politische, weltanschauliche, religiöse oder rassische Verfolgung entstanden sind (Allgemeines Wiedergutmachungsgesetz) vom 8.4.1953 (HmbGVBl. S. 55 - teilweise aufgehoben am 15.10.1973, HmbGVBl. 1973, S.423, und durch Gesetz vom 5.2.1985, HmbGVBl. S. 62)

5.7 Hessen

- US-Militärregierungsgesetz Nr. 52; Gesetz zur Befreiung von Militarismus und Nationalismus vom 5. März 1946 (GVBl. S. 57)

- US-Militärregierungsgesetz Nr. 58 vom 29. Juni 1947

- Richtlinien für die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts - neu gefasst durch Bekanntmachung des Direktors des Landespersonalamts Hessen vom 19. September 1947 (StAnz. S. 429)

- US-Militärregierungsgesetz Nr. 59 vom 10. November 1947 (GVBl. Beil. S. 113)

- Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (US-EG) vom 10. August 1949 (GVBI. S. 101)

5.8 Niedersachsen

5.9 Niedersachsen

- Gesetz Nr. 52 der Militärregierung vom 3.4.1945 (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland Britisches Kontrollgebiet Nr. 3, S. 18-21; geändert am 3.7.1946 (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland Britisches Kontrollgebiet Nr. 12, S. 283-284))

- Britische Anweisung Nr. 20 über Zonalpolitik vom 11.12.1945: Hilfeleistung für frühere Häftlinge der KZ-Lager (Zon/Pl (45) 20) [Nov. 1950 aufgehoben]

- Allgemeine Verfügung Nr. 10 vom 20.10.1947 (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland Britisches Kontrollgebiet Nr. 21, S. 634-635; Erste Abänderung vom 31.3.1948 (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland Britisches Kontrollgebiet Nr. 23, S. 746); zweite Abänderung vom 1.10.1948 (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland Britisches Kontrollgebiet Nr. 25, S. 843)

- Gesetz über die Gewährung von Sonderhilfe für Verfolgte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft (Sonderhilfegesetz) vom 22.9.1948 (Nds. GVBl. S. 77)

- Gesetz Nr. 59 vom 12.05.1949 der Britischen Militärregierung (Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände an Opfer der nationalsozialistischen Unterdrückungsmaßnahmen) mit Durchführungsverordnungen (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland Britisches Kontrollgebiet Nr. 28, S. 1169-1187)

- Gesetz über Entschädigung für Freiheitsentziehung durch Maßnahmen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft (Haftentschädigungsgesetz - HEG) vom 31.7.1949 (Nds. GVBl. S. 185)

- Gesetz zur Änderung des Haftentschädigungsgesetzes vom 2.11.1949 (Nds. GVBl. S. 198)

- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Gewährung von Sonderhilfe für Verfolgte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft (Personenschaden) vom 1.5.1952 (Nds. GVBl. S. 30)

- Zweites Gesetz zur Änderung des Haftentschädigungsgesetzes vom 1.5.1952 (Nds. GVBl. S. 27)

- Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Gewährung von Sonderhilfe für Verfolgte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft (Personenschaden) vom 16.10.1952 (Nds. GVBl. S. 171).

- Drittes Gesetz zur Änderung des Haftentschädigungsgesetzes vom 13.7.1953 (Nds. GVBl. S. 45).

5.10 Nordrhein-Westfalen

- Gesetz Nr. 52 der Militärregierung vom 3.4.1945 (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland Britisches Kontrollgebiet Nr. 3, S. 18-21; geändert am 3.7.1946 (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland Britisches Kontrollgebiet Nr. 12, S. 283-284))

- Britische Anweisung Nr. 20 über Zonalpolitik vom 11.12.1945: Hilfeleistung für frühere Häftlinge der KZ-Läger (Zon/Pl (45) 20) [Nov. 1950 aufgehoben]

- Gesetz über die Gewährung von Unfall- und Hinterbliebenenrenten an die Opfer der Naziunterdrückung vom 5.3.1947 (GVBl. NRW 1947 S, 225-227)

- Allgemeine Verfügung Nr. 10 vom 20.10.1947 (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland Britisches Kontrollgebiet Nr. 21, S. 634-635; Erste Abänderung vom 31.3.1948 (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland Britisches Kontrollgebiet Nr. 23, S. 746); zweite Abänderung vom 1.10.1948 (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland Britisches Kontrollgebiet Nr. 25, S. 843)

- Gesetz über die Entschädigung für Freiheitsentziehung aus politischen, rassischen und religiösen Gründen vom 11.2.1949 (GVBl. NRW 1949 S. 63f.)

- Gesetz Nr. 59 vom 12.5.1949 (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland Britisches Kontrollgebiet Nr. 28, S. 1169-1187)

- Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände vom 8.8.1949 (Soforthilfegesetz - SHG) (WiGBl. 1949 S. 205-214)

- Gesetz über die Anerkennung der Verfolgten und Geschädigten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und über die Betreuung der Verfolgten vom 4.3.1952 (GVBl. NRW 1952 S. 39-42)

- Gesetz über die Wiedergutmachung von Schäden aus Anlaß der Auflösung von Versorgungskassen aus politischen Gründen vom 4.3.1952 (GV. NRW 1952, S. 42-43)

5.11 Rheinland-Pfalz

- Gesetz 52 des Alliierten Oberkommandos über die Sperre und Kontrolle von Vermögen, gültig in der französischen Zone ab 25. März 1945

- Verordnung Nr. 1 des französischen Oberbefehlshabers in Deutschland vom 28. Juli 1945, berichtigt durch Verordnung Nr. 81 (Journal Officiel vom 6. März 1947 Nr. 59, Seite 585) vom 3. März 1947

- Verordnung Nr. 1 des französischen Oberbefehlshabers in Deutschland vom 28. Juli 1945, berichtigt durch Verordnung Nr. 81 (Journal Officiel vom 6. März 1947 Nr. 59, Seite 585) vom 3. März 1947

- Verordnung Nr. 120 des französischen Oberkommandierenden in Deutschland über die Rückerstattung geraubter Vermögenswerte vom 10. November 1947 (Journal Officiel vom 14. November 1947 Nr. 119, Seite 1219)

- Landesgesetz über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus vom 22. Mai 1950 (GVBl. RLP 1950, S. 175ff.)

- Entschädigungsgesetz – in der Fassung vom 19.03.1951 (GVBl. RLP 1951, S. 63ff.)

- Richtlinien des Ministeriums der Finanzen für den Härtefonds des Landes Rheinland-Pfalz zur Unterstützung von Opfern des Nationalsozialismus vom 30. September 1996 in der Fassung vom 8. November 2001: Landeshaushaltsgesetz 1996 vom 6. Januar 1996 (GVBl. S.1), Kapitel 04 15 Titel 686 19.

5.12 Saarland

- Gesetz Nr. 52 der Militärregierung über Sperre und Kontrolle von Vermögen vom 14.7.1945 (Gesetzliche Vorschriften der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, Ausgabe A, S. 24)

- Verfügung Nr. 1 des Gouverneur de la Sarre über die Errichtung des Landesamtes Saar - Vermögenskontrolle vom 7.11.1946 (Amtsblatt des Saarlandes 1946, S. 234)

- Verordnung Nr. 120 (des französischen Oberkommandos in Deutschland) über die Rückerstattung geraubter Vermögensobjekte vom 10.11.1947 (Journal Officiel 1947, S. 1219)

- Gesetz über die Wiedergutmachung der den Opfern des Nationalsozialismus zugefügten Schäden“ vom 31. Juli 1948 (Amtsblatt des Saarlandes 1948, S. 1122)

- Gesetz zur Neufassung über die Wiedergutmachung der den Opfern des Nationalsozialismus zugefügten Schäden vom 10. Juli 1951 (Amtsblatt des Saarlandes 1951, S. 1036)

- Gesetz Nr. 396 über die Änderung der Neufassung des Wiedergutmachungsgesetzes vom 10. Juli 1951“ vom 10. Juli 1953 (Amtsblatt des Saarlandes 1953, S. 555)

5.13 Schleswig-Holstein

- Gesetz über die Behandlung der Verfolgten des Nationalsozialismus in der Sozialversicherung vom 1. August 1950 (GVOBl. SH. 1950, S. 276).

- Gesetz zur Wiedergutmachung des den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes durch den Nationalsozialismus zugefügten Unrechts (Wiedergutmachungsgesetz) vom 4. Juli 1949 (GVOBl. SH. 1949, S. 162).

- Haftentschädigungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (HEG) vom 4. Juli 1949 (Fundstelle: GVOBl. SH. 1949, S. 161).

- Gesetz über die Wiedergutmachung von Schäden aus Anlass der Auflösung von Versorgungskassen aus politischen Gründen vom 28. März 1956 (GVOBl. SH. 1956, S. 75).